

Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr

Stadtstrukturplanung

Im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Abteilung im Jahr 1992 stand der Auftrag des Gemeinderates, eine Anpassung der im Stadtentwicklungsplan 1984 enthaltenen Entwicklungsvorstellungen an die geänderten Rahmenbedingungen (Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung) sowie parallel dazu ein neues Verkehrskonzept zu erarbeiten.

In der ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz) werden durch die Mitarbeit der Abteilung in zahlreichen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen die Interessen der Stadtplanung in Wien eingebracht. 1992 waren vor allem Fragen in Zusammenhang mit der europäischen Integration (EG- bzw. EWR-Beitritt) Schwerpunkt der Arbeiten. Daneben wurden auf nationaler Ebene die Vorarbeiten für den siebenten Raumordnungsbericht begonnen.

Im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) — einer gemeinsamen Organisation der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien zur Vorbereitung und Koordinierung raumrelevanter Aktivitäten — standen Maßnahmen zum Bahnausbau in der Ostregion. Damit sollten sowohl erhebliche Verbesserungen des Personenverkehrs, die bereits im Vorjahr grundsätzlich vorbereitet worden waren, erzielt, aber auch Fragen des Güterumschlages (Straße — Schiene — Wasser) behandelt werden. Die Standortfrage für Güterverkehrszentren bildete einen neuen Schwerpunkt für die beteiligten Länder. Es gilt, bei optimaler Erfüllung der Umweltschutzmaßnahmen für Siedlungsgebiete das LKW-Aufkommen zu reduzieren, die Betriebsabläufe zu verbessern und Umschlagstandorte in die hochrangigen Verkehrsnetze einzubinden. Daher wurde in Kooperation mit den Verkehrsträgern und Interessensvertretungen eine Überprüfung von Standorten am Stadtrand von Wien, aber auch im Wiener Umland in die Wege geleitet. In der Länderregion Ost verursachen die veränderten Rahmenbedingungen (Grenzöffnung, Arbeitskräfte, neue Europapolitik ...) gleichermaßen eine Anpassung des gemeinsamen siedlungspolitischen Leitbildes. Durch den Vergleich der vorliegenden bzw. in Arbeit befindlichen Planungskonzepte der Länder, der von der PGO erarbeiteten Studien über Verkehr, Siedlungs- und Regionskonzepte (z.B. Wienerwald, Donauauen) sowie durch die Einbeziehung grundsätzlicher bodenpolitischer Diskussionen (Fachtagungsergebnisse vom Herbst) wurde dazu eine wichtige Grundlage gelegt.

Die Bearbeitungen zum Stadtentwicklungsplan erhielten durch den Gemeinderatsbeschluss vom 19. April 1991 besondere Priorität: Für die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes (STEP) wurde ein Entwurf soweit vorbereitet, daß eine erste Information des Gemeinderates möglich wurde. Die inhaltliche Bearbeitung umfaßte auf der Grundlage der Analyse der gesellschaftlichen, geopolitischen, demographischen und wirtschaftlichen Veränderungen und Szenarien einer künftigen Entwicklung einen Entwurf für ein räumliches Entwicklungskonzept in Form eines Leitbildes. Die Diskussion um die notwendige Ausweitung des Siedlungsgebietes — da die inneren Reserven nicht ausreichen — wurde in Übereinstimmung mit den bekannten Planungen im Umland und unter Berücksichtigung der Entwicklungen im benachbarten Ausland geführt. Das Achsenmodell aus dem STEP 1984 kann seine Gültigkeit im wesentlichen behalten, eine weitere Zersiedelung des Umlandes muß in jedem Fall vermieden werden. Der Nationalpark Donauauen stellt eine Randbedingung für die Verknüpfung mit Bratislava dar, der Schutz des Wienerwaldes behält seine Priorität. In der Zentren Diskussion stand die Frage nach den Zentren auf der linken Seite der Donau im Mittelpunkt. Hier wird vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die Siedlungserweiterung im 22. Bezirk auch Stadlau als zentralen Standort zu stärken. Damit wird die Zahl der Hauptzentren erhöht, das günstigere Gleichgewicht zwischen den beiden Stadthälften ermöglicht bessere Chancen für die Entwicklungen im Norden und Nordosten. Das Leitbild enthält Vorschläge für behutsame Veränderungen im dicht bebauten Stadtgebiet, in dem Stadterneuerung ihren Stellenwert behalten soll. Das heißt, daß die Wohnqualität durch attraktivere Grünflächenpolitik, Maßnahmen im Straßenraum usw. angehoben werden soll. Daneben aber gilt, daß vorhandene Flächenreserven bei behutsamer Verdichtung genutzt werden müssen, um den Flächenverbrauch in den Randgebieten zu begrenzen. Das Siedlungsflächenpotential in den gemäß STEP 1984 bestehenden und den neuen Siedlungsachsen ist auf eine wünschenswerte Einwohnerentwicklung abgestimmt, die Unsicherheit von Prognosen erfordert aber weitere Spielräume. In der Entwurfsfassung sind auch Schritte zur Umsetzung und erste Vorschläge für ein Maßnahmenprogramm enthalten, die aber in weiterer Folge noch umfangreichen Abstimmungsgesprächen unterzogen werden müssen.

Da unter Federführung des Planungsdirektors ein neues Wiener Verkehrskonzept ausgearbeitet wird, sind die dazu bereits vorliegenden Teile in diesem STEP-Entwurf eingearbeitet. Gemeinsam mit externen Fachleuten, Bürgerinitiativgruppen und politischen Mandataren wurden die Bearbeitungen zu Leitlinien für ein Verkehrskonzept erarbeitet und nahezu abgeschlossen. Ihre Vorlage im Gemeinderat erfolgte zu Beginn des Jahres 1993, zusätzlich dazu wurden auch Vorschläge für die Weiterarbeit am Maßnahmenprogramm erarbeitet. Als sogenannte „Pilotprojekte“ liegen beispielsweise konkrete Planungen zur Parkraumbewirtschaftung vor, ebenso

wurden in einem Verfahren gemeinsam mit betroffenen Bürgern Vorschläge zur Beschleunigung der Straßenbahnlinien in der Alser Straße konkretisiert. Die Leitlinien gehen vom Begriff der „sanften Mobilität“ aus, das bedeutet, daß die Vermeidung unnötigen Verkehrs im Vordergrund steht, die Verkehrsmittelwahl in Richtung des umweltverträglichen Verkehrs zu beeinflussen ist und dementsprechende verkehrsträgerübergreifende Finanzierungsmodelle zu erarbeiten sind. Die Vorarbeiten zur Installierung eines umfassenden Verkehrsmodells gemeinsam mit der MD-ADV in der Stadtplanung wurden angesichts fehlender Ressourcen abgebrochen. Die Bemühungen werden aber in Teilbereichen intern fortgesetzt.

Die Stadtforschung fand in begleitenden Arbeiten zum Stadtentwicklungsplan und zum Verkehrskonzept ihre Schwerpunkte. Beispielsweise wurde in einer empirischen Erhebung mit Schwerpunkt Wohnungsmobilität festgestellt, daß das vielfältige städtische Angebot generell durch die Wiener Bevölkerung positiv beurteilt wird. Die höchste Zufriedenheit herrscht derzeit mit den Bildungsmöglichkeiten in Wien, den Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten und dem kulturellen Leben. Deutlich unzufrieden ist man mit den Verkehrsverhältnissen und den Wohnmöglichkeiten. Aus diesen etwas allgemeinen Aussagen läßt sich das kritische Bewußtsein der Wiener deutlich ableiten. Während die Wohnmöglichkeiten generell in Wien nicht sehr positiv beurteilt werden, ist bei den befragten Wienern eine sehr hohe Zufriedenheit mit der derzeitigen eigenen Wohnsituation feststellbar. Die Wohnumgebung wird hingegen generell von jüngeren Wienern schlechter bewertet als mit steigendem Alter. Dieser Erhebung ist auch zu entnehmen, daß 9 Prozent der Erwachsenenhaushalte für sich selbst eine Wohnung suchen, weitere 10 Prozent für die eigenen Kinder oder andere nahestehende Personen. Die gewünschte Wohnform hängt stark von der Finanzkraft ab, ist aber naturgemäß auch von der Dringlichkeit bestimmt. Die Vorstellungen über die Wohnkosten liegen bei einem großen Teil der Wohnungssuchenden unter den derzeitigen Wohnkosten und damit erst recht unter den üblichen Marktpreisen. Aus einer Telefonumfrage zum Verkehrskonzept wurde klar, daß ein überwiegender Teil der Wienerinnen und Wiener für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs eintritt. Was den Straßenausbau betrifft, ist kritisches Denken zu erkennen, wobei dennoch bestimmte Umfahrungsstraßen (z.B. Südumfahrung Wiens) Akzeptanz finden. Maßnahmen, die den einzelnen (motorisierten) Verkehrsteilnehmer direkt betreffen, also Tempo-30-Zonen, Parkraumsteuerung usw. werden heikler beurteilt. Die Erfassung von Baulandreserven im dicht bebauten Stadtgebiet sowie Instrumente, um sie auch nutzbar zu machen, waren Gegenstand von Grundlagenarbeiten. In einer Testbearbeitung für einen Baulückenkataster wurden Methoden und Aussagekraft eines derartigen Instrumentes untersucht. Es liegt nunmehr eine Basis für eine Vollerhebung vor, die gemeinsam mit den mit Grundstücksangelegenheiten in Wien befaßten Dienststellen durchgeführt werden kann.

In diesem Jahr wurde auch wieder gemeinsam mit der Wiener Handelskammer eine Passantenzählung in den wichtigen Geschäftsstraßen in Wien durchgeführt. Einerseits erbrachte diese den Nachweis für eine Attraktivitätssteigerung des Bereiches Kohlmarkt, Freyung, Herrngasse, was auf die verbesserte Erreichbarkeit durch die U-Bahn-Linie U 3 zurückzuführen sein könnte, andererseits hatten besonders Geschäftsstraßen in den Bezirken außerhalb des Gürtels Zuwachsraten zu verzeichnen: Laxenburger Straße, Hernalser Hauptstraße, Bereich Floridsdorf/Am Spitz, Wagramer Straße und Atzgersdorf.

Mehrere Forschungsarbeiten konnten in diesem Jahr zum Themenbereich Freiräume abgeschlossen werden. Dazu zählen Bearbeitungen, die das Thema „Parkanlage“ in peripheren Stadtlagen zum Inhalt haben. Als erste Ergebnisse liegen Parameter vor, die für solche Anlagen anzuwenden sind.

Die Gebietsbearbeitungen wurden von der Planung der „Stadtentwicklungszonen“ dominiert, die durch die Leitlinien und den korrespondierenden Gemeinderatsbeschluß vorgegeben waren. Teams aus Mitarbeitern der Planungsabteilungen und externen Fachleuten arbeiteten gemeinsam an den städtebaulichen Leitbildern, durch regelmäßige Kontakte mit einem aus international angesehenen Fachleuten gebildeten Beratergremium wurden die Ziele harmonisiert und Entscheidungen vorbereitet.

Das Projektteam „Marchegger Ast“ entwickelte die wesentlichen Teile für ein städtebauliches Leitbild für dieses Gebiet. Insbesondere konnte — gemeinsam mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds — für das ehemalige Asperner Flugfeld ein städtebauliches Leitprogramm auf Grundlage eines Wettbewerbes (Sieger: Dipl.-Ing. Rüdiger Lainer) gewonnen werden. In vielen Teilbereichen konnten die Arbeiten soweit fortgeführt werden, daß ein Bericht an den Gemeinderat im nächsten Jahr möglich wäre. Probleme stellen sich noch bei der Grünversorgung und bei der verkehrlichen Erschließung. Einerseits ergibt die Summe der Nutzungsansprüche, insbesondere auch für die „norwendige“ Infrastruktur immer wieder einen höheren Flächenbedarf, als er auf den jeweils ausgewiesenen Bauplätzen abdeckbar erscheint, andererseits konnten bisher keine verbindlichen Abgrenzungen für das künftige Grünland festgelegt werden. Die Verkehrsanbindung wird gemeinsam mit den Bürger/innen erarbeitet. Sowohl die Führung einer Straße (B3d) und insbesondere deren Gestaltung (Zahl der Fahrstreifen, Lärmschutz ...) wie auch der Ausbau der S-Bahn wurden in mehreren Varianten diskutiert. Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 25 nach Eßling ist unbestritten.

Für das Gebiet des Nordbahnhofes wurde die erste Entwurfsphase mit einem Workshop „Städtebau Nordbahnhofgelände — Lassallestraße“ abgeschlossen. Das Ergebnis hat die vom Projektteam vorbereiteten Funktions- und Bilanzierungsmodelle sowie die Grundsätze der Verkehrsorganisation bestätigt.

In der Folge standen daher drei Fragestellungen im Vordergrund:

- Die Zusammenführung der beiden empfohlenen Entwürfe (Architekt Tesar und Architekt Podrecca) zu einer weitgehend neuen gemeinsamen Konzeption unter Beibehaltung der jeweiligen Entwurfsqualitäten;
- die inhaltliche Erweiterung und Präzisierung von Problemanalysen und Zielformulierungen (wie zum Beispiel die Erarbeitung eines Leitbildes für die Freiraumplanung, Konkretisierung von stadtkologischen Aspekten, oder teilräumliche Bearbeitungen in Wechselbeziehungen zum städtebaulichen Gestaltungsentwurf);
- Information der Fachöffentlichkeit und der betroffenen Bevölkerung in Ausstellungen, Bürgerdiskussionen und Medienberichten. Im Dezember wurden die Bearbeitungen in einem ganztägigen Seminar mit einem größeren Kreis (Politiker, Fachleute) erörtert, um die Weichenstellungen für das Leitprojekt vorzunehmen. Einschließlich der Busgarage in der Vorgartenstraße und des Streifens an der Lassallestraße sollen rund 160 ha Bruttogeschoßfläche für rund 20.000 Bewohner und 17.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Für einen weiteren Stadtentwicklungsbereich nördlich der Donau ist das Projektteam „Donaufeld — Kagran“ unter maßgeblicher Mitwirkung der Abteilung tätig. In diesen Bearbeitungsbereich ist auch das Zentrum Kagran, d.h. der Bereich um die Endstelle der U 1, eingeschlossen. Dieses Bearbeitungsgebiet wurde in mehrere Teilbereiche zerlegt, wobei für die Teile um Kagran bereits sehr weitgehende Festlegungen gemeinsam mit dem Beirat für die Stadtentwicklungszonen getroffen werden konnten (z.B. Saikogasse). Auch für Möglichkeiten einer Aufwertung des Zentrumsbereiches durch Verdichtungen östlich der Wagramer Straße konnte ein Vorschlag erarbeitet werden. Für die Teile in Richtung Floridsdorf war die Führung der B 3 und der B 232, also die Verbindung zwischen Floridsdorf und Kagran sowie eine Straße durch den geplanten Grünkeil Richtung Norden, zunächst planerisch zu lösen. Die Fragen der öffentlichen Verkehrserschließung (langfristig Verlängerung der U 1, Straßenbahn zur neuen Veterinärmedizinischen Universität und darüber hinaus) konnten beantwortet werden.

Daneben wurden die Arbeiten zur **Bezirksentwicklungsplanung** und zu speziellen Problembereichen unter dem Gesichtspunkt weitergeführt, daß bereits zur Mitte des Jahres der Beschluß gefaßt wurde, diesen Aufgabenbereich ab 1993 der MA 21 zu übertragen. Es wurde daher versucht, bis Ende 1992 einen möglichst abgeschlossenen Stand der Bearbeitungen zu erzielen (siehe Tabelle). Für nahezu sämtliche Bezirke lagen im Jahresende Strukturanalysen vor, Entwürfe für Bezirksentwicklungspläne für den größeren Teil. Darüber hinaus haben die meisten Bezirke Bezirksentwicklungskommissionen eingerichtet und ein Bezirksentwicklungskonzept erstellt bzw. arbeiten daran.

Arbeiten für den Bereich **öffentlicher Verkehr** waren im Jahr 1992 vor allem durch das Verkehrskonzept bestimmt:

Im Bereich **Eisenbahnverkehr** lag der Schwerpunkt bei der Diskussion über das künftige S-Bahn-Netz sowie über die Auswirkungen eines Tunnelprojektes der Österreichischen Bundesbahnen im Zuge der Verbindung Westbahn — Bahnhof Wien. Die Verlagerung und Veränderung von Verkehrsströmen infolge der neuen Siedlungstätigkeit, der Kontakte zu östlichen Nachbarn und notwendige Komfortverbesserungen führten zu zahlreichen neuen Varianten, die in Hinblick auf ihre Verkehrswirksamkeit, Kosten usw. zu vergleichen und aus Sicht der Stadt Wien zu bewerten waren.

In der **U-Bahn-Planung** führte die Forderung nach neuen Linien in die Stadterweiterungsgebiete und nach Verlängerung bestehender Linien zu weiteren Netzüberlegungen, die in das Verkehrskonzept und in den Stadtentwicklungsplan einfließen. Daneben wurden die generellen Planungen zur U 6-Nord abgeschlossen und jene zur Verlängerung der U 3 nach Simmering weitergeführt. Zu Ende des Jahres lagen zwei Varianten im Bereich der Simmeringer Hauptstraße vor, die mit dem Bezirk zu diskutieren sein werden.

Für das **Straßenbahnnetz** waren insbesondere die bereits erwähnten Planungen im 21. und 22. Bezirk ein Schwerpunkt. Dazu konnten auch grundlegende Arbeiten für eine Schnellstraßenbahnlinie abgeschlossen werden.

Die Bearbeitungen zum neuen **Verkehrskonzept** wurden bereits erwähnt, ergänzend wurden Vorarbeiten für künftig mögliche Realisierungsschritte begonnen, das betrifft vor allem Vorher-Untersuchungen, die sowohl als Analyse des Handlungsbedarfes (insbesondere Parkraum) wie auch als Maß für die Wirksamkeit durch Vergleich mit einer Nachher-Untersuchung notwendig waren.

Von der **Generellen Bundesstraßenplanung** wurden zur Anpassung des Wiener Bundesstraßennetzes an die geänderten übergeordneten Rahmenbedingungen verkehrstechnische Untersuchungen und Projektierungsarbeiten durchgeführt, insbesondere in den neuen Stadtentwicklungsgebieten, in denen größere Flächen einer intensiven Neubebauung zugeführt werden sollen. Dazu zählen insbesondere die B 3 („Donaustraße“), die B 7 (Brünner Straße), die Anschlußstelle Laaerberg der A 23 (Südosttangente), die B 12 (Brunner Straße), die B 225 („Wienerbergstraße“) und die B 228 („Simmeringer Straße“). Für größere Bauvorhaben im Bereich der Muthgasse im 19. Bezirk und im Bereich des Leberberges im 11. Bezirk wurden unter Berücksichtigung des öffentlichen Verkehrs Abschätzungen der erforderlichen Dimensionierung des Straßennetzes durchgeführt. Für einige weitere Bundesstraßenabschnitte wurden Projekte aus unterschiedlichen Notwendigkeiten erstellt: In Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen wurde eine Variante für die B 3 erarbeitet, die eine

verbesserte Nutzungsmöglichkeit der Areale des aufgelassenen Bahnhofes Jedleseer ermöglicht. Im Hinblick darauf mußte auch das Projekt der Verlängerung der B 227 entsprechend überarbeitet werden. In Zusammenhang mit der geplanten Verkehrsberuhigung im Zentrum von Floridsdorf wurde eine Variantenuntersuchung für die B 226 im Bereich der Floridsdorfer Hauptstraße durchgeführt. Für die Breitenfurter Straße (B 12), die derzeit in einer Breite von 33,00 m gewidmet ist, wurden Varianten für die Verringerung des Baulinienabstandes im Hinblick auf eine bessere Bebaubarkeit der verbleibenden Grundflächen ausgearbeitet. Für die vorgesehene Überplattung der Donauufer Autobahn zwischen IAKW und Reichsbrücke („Donau-City“) war für den Umbau der bestehenden Rampen beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten eine Verordnung gemäß § 4 Bundesstraßengesetz 1971 zu erwirken. Zahlreiche weitere Untersuchungen über Verlängerungen oder Neutrasseierungen von Bundesstraßen wurden begonnen.

In der Generellen Radwegeplanung wurde eine weitere Konfliktuntersuchung durchgeführt, in der das Thema „Autofahrer und Radfahrer“ behandelt wurde. Zusätzlich wurden im 21. und 23. Bezirk Generelle Projekte für die Schließung wichtiger übergeordneter Radwegverbindungen erstellt, für den 12. Bezirk eine Konkretisierung der Planungen für das Bezirksradwegenetz mittels Routenplanungen begonnen und bei den durchgeführten Bundesstraßenplanungen die Erfordernisse des Radverkehrs mitbehandelt.

Zur Thematik des Ruhenden Verkehrs wurde vor allem mit einer systematischen Untersuchung der gegenwärtigen Parkplatzsituation in den inneren Bezirken begonnen, um Grundlagen für die in der Diskussion bereits weit fortgeschrittene Einführung einer Parkraumbewirtschaftung zu erhalten. Für den ersten Bezirk wurde eine sehr umfangreiche „Vorher-Untersuchung“ eingeleitet, da für diesen Testbezirk genauere Daten erforderlich sind, um die Wirksamkeit von Maßnahmen ebenso wie allfällig notwendige Korrekturen beurteilen zu können.

Wie schon in den vergangenen Jahren bildeten Ausstellungen in der Wiener Planungswerkstatt den Schwerpunkt der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit. Als Themenschwerpunkte waren 1992 Verkehrsfragen („Sanfte Mobilität“), die bevorstehende Stadterweiterung und Bewohnerpartizipation zu nennen. Die einzelnen Ausstellungen fanden großen Anklang.

Mehrere Publikationen in der Reihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ sowie verschiedene Veröffentlichungen zu den Planungen in den Stadtentwicklungsgebieten ergänzen das Informationsangebot für die fachinteressierte Öffentlichkeit. Auch die Publikationen spiegeln die Schwerpunkte der Tätigkeit wider, so wurden Forschungsergebnisse zur Büroflächenentwicklung, zur Zentrenentwicklung und zum Verkehrsverhalten der Wiener Bevölkerung veröffentlicht, ebenso Beiträge zur Diskussion des Verkehrskonzeptes. Die Zwischenberichte zu den einzelnen Verfahrensabschnitten der Planungen zu den Stadtentwicklungszonen werden in einer eigenen Reihe („Wien wächst“) herausgegeben. Die Aktualität der verschiedenen Broschüren führte zu einer gegenüber den Vorjahren wesentlich gesteigerten Nachfrage.

Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr sind der Abteilung Agenden der Stadtgestaltung zugewiesen. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkttätigkeiten zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen,
- Erstellung von Entwürfen und Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume,
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung; Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes,
- Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten,
- architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens, auch in Schutz-zonen,
- Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung direkt erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Unter dem Begriff „Stadtgestaltung“ sind mehrere Schwerpunktbereiche, denen Referate zugeordnet sind, zusammengefaßt, und zwar die „Gestaltung öffentlicher Raum“, die „Generelle Grundlagenplanung“, der „Städtische Nutzbau“, die „Architektonische Begutachtung“ und die „Stadtbildpflege — Schutzzonen“.

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“ standen, wie schon in den Jahren vorher, jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt hatten. Das Referat hat 1992 49 Projekte unterschiedlicher Größe in Eigenplanung ausgearbeitet und den jeweiligen Besprechungen zugeführt, wie z.B. die Projekte für 3, Radetzkyplatz, 5, Margartenplatz, 8, Neudeggergasse, 9, Alserbachstraße, 9, Galileigasse, 11, Münichplatz, 10, Pernerstorfer-

gasse, 17, St.-Bartholomäus-Platz, 19, In der Krim, 18, Schopenhauerstraße/Staudgasse (realisiert) sowie diverse Straßenplanungen in den Stadterweiterungsgebieten im 11., 21. und 22. Bezirk. Im Rahmen der Oberflächenplanungen mit Architektenbeauftragungen, die im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau stehen, sind die Bereiche in 6, 7, Mariahilfer Straße (Kaiserstraße — Getreidemarkt), 1, Babenbergerstraße bis Ring, 6, 7, 15, Europaplatz einschließlich 6, „Mariahilfer Platz“, 15, Bezirkszentrum Meiselmarkt, Kardinal-Rauscher-Platz, 16, U 3-Bereiche Ottakring, weiters für die U 6/Süd und U 6/Nordverlängerungen weiterbearbeitet worden. Die Abteilung hat bei diesen Projekten die Koordination der Architekten mit den Dienststellen, Bezirksvorstehungen usw. durchzuführen. Im Zuge des im Mai 1992 fertiggestellten Projektes für 1, Michaelerplatz, hatte die Abteilung die umfangreiche Gesamtkoordination des sogenannten „Archäologiefeldes Michaelerplatz“ (Planung Prof. Hollein) über. Die Weiterbetreuung der Projekte für 5, Siebenbrunnenplatz, 8, Tigerpark-Pfeilgasse, 9, Bauernfeldplatz und 17, Dornplatz, erfolgte nach Ergebnissen von Ideenfindungen. Für das Projekt in 3, Landstraßer Hauptstraße von der Kundmangasse bis Schlachthausgasse und den angrenzenden Bereichen wurde eine Ideenfindung (Wettbewerb) durchgeführt und die Umsetzung des Projektes für die Detailplanung weiterbetrieben. Für das Projekt in 20, Gaußplatz, wurde eine Ideenfindung durchgeführt und im Anschluß die grundsätzliche Vorbereitung für die Realisierung eines Detailprojektes getroffen. Im Zuge des Oberflächenprojektes in 12, Meidlinger Hauptstraße (Architektenbeauftragung), wurde die Koordinierung vorgenommen. Weiters wurde eine Studie über die Möblierung der Ringstraße erstellt, ein Expertenverfahren über die gesamte Stadtmöblierung des öffentlichen Raumes einschließlich der Abhaltung eines Studentenwettbewerbes durchgeführt sowie eine Studie über die neue Aufstellung von Abfallsammelbehältern der MA 48 im öffentlichen Raum zusammengestellt. Ferner wurde ein neuer 100-l-Standpapierkorb gemeinsam mit der MA 48 und dem beauftragten Architekten Prof. Podrecca entwickelt, ebenso eine Studie über „Flankierende Maßnahmen im Zuge der U 3“. Für autofreie Bereiche im 1. Bezirk wurden umfassende Gestaltungsüberlegungen für 15 Plätze als Provisorium und Definitivum angestellt. Vertiefungsprojekte waren der Bereich in 1, Neue Markt, Franziskanerplatz, Judenplatz, Kühfußgasse, Stallburggasse und Lugeck. Am U-Bahn-Innenausschuss wurde mitgearbeitet, ein Gestaltungskonzept für das Karmeliterviertel im 2. Bezirk in bezug auf die Errichtung einer Tiefgarage erstellt, an einem Garagenkonzept für Wien in Zusammenhang mit Oberflächenkonzepten gemeinsam mit der MD-BD, Dezernat 2, weitergearbeitet und im Zuge der „Planungszelle“ in 8, 9, Alser Straße, gemeinsam mit Bürgern beider Bezirke und den Dienststellen der Stadt Wien mitgearbeitet. Im Zuge des Oberflächenprojektes in 15, Bezirkszentrum Meiselmarkt, entsteht die sog. „Wiener Wasser Welt“, bei dem die Abteilung im Arbeitskreis vertreten und mit koordinierender Tätigkeit befaßt ist. Weiters wurde der Arbeitskreis Donaukanal — Innere Stadt in bezug auf die Umsetzung des Leitprojektes Donaukanal koordiniert und geleitet, ein Projekt für die Aufstellung der HL.-Antonius-Statue neben der Votivkirche ausgearbeitet, und an diversen Bürgerdiskussionen, Bezirksvertretungssitzungen im Zuge von Projektvorbereitungen teilgenommen. Im Zuge von Ausstellungen, Fotomontagen, Veröffentlichungen, Zeitschriften, Pressekonferenzen, Bürgerbeteiligungen usw. wurde die Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Ein Buch über Projekte des öffentlichen Raumes wurde gemeinsam mit der MA 18 vorbereitet. Auch die gestalterischen Begleitbearbeitungen von Straßenprojekten der MA 28 bzw. von Brücken und Stegen der MA 29 stellte, wie bereits in den vorausgegangenen Jahren, einen großen Arbeitsanteil dar. An einer gemeinsamen Ideenfindung mit der MA 29 über die Gestaltung des Hackinger Steges in bezug auf den Witterungsschutz wurde gearbeitet. Im Zuge der Dezentralisierung waren weiters die jeweiligen Koordinationsbesprechungen für sämtliche 23 Wiener Bezirke zu betreiben. Schließlich wurde an Besprechungen in den jeweiligen Gebietsbetreuungen in den Stadterweiterungsgebieten teilgenommen.

Die Aufgabenstellung des Referates „Generelle Grundlagenplanung“ besteht einerseits in der Ausarbeitung von Planungsvorstellungen bzw. in der gestalterischen Einschätzung von Projekten in großräumigen Bereichen, andererseits in der Ausarbeitung eines Stadterhaltungskonzeptes hinsichtlich einer Neuformulierung des Schutzzonengedankens. So erhielten Architekten, aufbauend auf den Ergebnissen des 1991 durchgeführten Stadterhaltungssymposiums, vier Aufträge zur Erarbeitung eines gesamten Stadterhaltungskonzeptes. Darin sollen ein Konzept für Gesamt Wien im Maßstab 1 : 25.000 und ein historischer Schichtenplan für ein Teilgebiet im 6. Bereich erarbeitet werden, ferner eine Schutzzoneninventarisierung aufbereitet und eine Untersuchung eines 1. Teiles der Alten Ortskerne im Nordosten Wiens im Hinblick auf die Festlegung von Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit den Planungsabsichten der Stadterweiterung durchgeführt werden. Geplant ist weiters die Herausgabe eines Bandes der „Blauen Reihe“ zum Thema „Stadterhaltung — Ensembleschutz im internationalen Vergleich“. Die in der Planungswerkstatt im November 1991 gezeigte Ausstellung zum Thema „Stadterhaltung — Wiener und ausländische Beispiele“ wurde in Budapest und Prag der Öffentlichkeit präsentiert. Im Rahmen der laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurden schließlich Aufträge zur Feststellung von Ensemblegebieten im 4., 6., 9., 14., 16. und 19. Bezirk vergeben.

Planungen, die die Abteilung selbst durchführte, waren Vorschläge für die städtebauliche Ausformung der Randzonen des Gaudenzdorfer Knotens. Als Vorgabe für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurden Varianten ausgearbeitet. Die endgültigen Festlegungen können erst nach definitiver Abstimmung mit dem Straßenprojekt der Bundesstraßen AG getroffen werden. Weiters wurden im Rahmen der laufenden Überarbei-

tungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes Ensemblegebiete im 4., 6., 8., 11., 18. und 19. Bezirk festgestellt. Das Referat hatte auch Planungsabläufe zu koordinieren. So wurden die städtebaulichen Möglichkeiten im Umfeld des Franz-Jonas-Platzes im Zuge des U 6-Neubaues und des S-Bahn-Umbaues im Rahmen einer Feasibility-Studie untersucht und Teilergebnisse fertiggestellt. Die städtebaulichen Möglichkeiten einer multifunktionellen Nutzung als Erweiterung des U 4-Parkshops wurden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie überprüft und abgeschlossen. Dabei wurde als neues „Visualisierungsverfahren“ eine Computerrealfilmanimation gemeinsam mit der MD-ADV durchgeführt.

Die Expertenverfahren — Wettbewerbe, die durchgeführt wurden, umfaßten unter anderem den Bereich in 16, Heigerleinstraße, wobei die Ausarbeitungen von städtebaulichen Lösungsvorschlägen im Sommer 1992 abgeschlossen werden konnten. Für den Bereich in 3, Aspernbrückengasse, sind die Verfahrensvorbereitungen noch nicht abgeschlossen. Das Verfahren für das Projekt „Park and Ride Ottakring“ wurde im Rahmen eines Arbeitskreises abgewickelt und im Sommer 1992 abgeschlossen. Die sonstigen Tätigkeiten bestanden in der Mitarbeit in Arbeitskreisen bzw. an generellen Planungen. Es waren dies der Arbeitskreis Wiental B 1 (Wiener Bundesstraßen AG), Arbeitskreis Wienfluß (Federführung), Arbeitskreis Hütteldorf (B 223-Planung), Park and Ride Hütteldorf, Arbeitskreis Zentralbahnhof, Arbeitskreis Marchegger Ast, Arbeitskreis Nordbahnhofgelände, Arbeitskreis Rothneusiedel, Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitskreis Donauefeld, Arbeitskreis WED-Planungen, die Mitarbeit an generellen Bundesstraßenprojekten der MA 18, im Kleingartenbeirat, die Teilnahme an Flächenwidmungsgesprächen, Stellungnahmen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Stellungnahmen zu Bezirksentwicklungsplänen und die Mitarbeit im ÖNORMEN-Ausschuß.

Im Referat Städtischer Nutzbau sind alle Planungen für städtische Hochbauten mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefaßt, wobei eine weitere Aufgliederung in Schulbauten, Kindergärten und Heime, in Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr und diverse Nutzbauten sowie in Krankenanstalten, Pflegeheime und Rettungsdienst vorgenommen wurde. Einen Teil der anfallenden Planungsaufträge hat die Abteilung selbst durchgeführt, einen Teil an Ziviltechniker vergeben. Dem Referat obliegt es, ausgehend von der Grundlagenbeschaffung, den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren. Bei Vergabe von Aufträgen an Dritte sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlußrechnung zu prüfen sowie gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Im Bereich Sch u l b a u haben verschiedene gesetzliche Maßnahmen zur Schulorganisation, wie Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl, Einführung von Förder- und Leistungsgruppen sowie Schulversuche, gleichzeitig mit der höheren Geburtenrate und Zuwanderung zu einer akuten Schulraumnot in Wien geführt. Die Stadt Wien hat diesem Umstand in den beiden vergangenen Jahren Rechnung getragen und ein eigenes Schulbauprogramm zusammengestellt. Die Abteilung hat seit Herbst 1990 an 49 Standorten, verteilt auf das gesamte Stadtgebiet, Planungen für Erweiterungs- und Schulneubauten betreut. Von diesen Schulbauten wurden 1992 der Zubau für 4 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 14, Karl-Toldt-Weg 12, der Zubau für 6 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 14, Mondweg 73—83, die Turnhalle 22 x 44 x 7 m für die Schule in 14, Spallartgasse—Zennerstraße, der Zubau für 6 Klassen zum Gebäude der ganztägig geführten Volksschule in 15, Reichsapfelgasse 30, der Zubau für 4 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 19, Krottenbachstraße 108, der Zubau für 6 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 20, Spielmannsgasse 1, der Zubau für 4 Klassen und einen Gymnastikraum zum Gebäude der Volksschule in 22, Langobardenstraße 56, und der Neubau für 5 polytechnisch geführte Klassen in 23, „Wohnpark Alt-Erlaa“ (Grundeigentum Gesiba) fertiggestellt und in Betrieb genommen. Seit 1992 in Bau sind die Aufstockung für 4 Klassen zum Gebäude der Hauptschule in 2, Obere Augartenstraße 38, ein Schulgebäude für 2 Volksschulen (12 und 8 Klassen) in 10, Pernerstorfergasse 43—45, ein Schulgebäude für die Volksschule (13 Klassen) in 11, Fuchsröhrenstraße, der Zubau zum 3. Zentralberufschulgebäude für die Berufsschule Bäcker und Konditoren in 12, Längenfeldgasse 13—15, der Ausbau und die Aufstockung des Zentralberufschulgebäudes in 12, Längenfeldgasse 13—15, der Zubau für 6 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 13, Hietzinger Hauptstraße 166—168, der Turnsaalzubau zum Gebäude der Volksschule in 14, Mondweg 73—83, der Zubau für 8 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 15, Schweglerstraße 2—4, ein Schulgebäude für 2 Hauptschulen (8 und 8 Klassen) in 16, Hasnerstraße/Koppstraße, der Zubau für 6 Klassen samt Turnsaal zum Gebäude der Volksschule in 17, Knollgasse, der Zubau für 7 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 21, Irenäusgasse 2, der Zubau für 6 Klassen zum Gebäude der Volksschule in 21, Prießnitzgasse 1, sowie ein Schulgebäude und Erweiterungsbau der Hauptschule in 23, Dirmhirngasse 138. Kurz vor Baubeginn stehen der Neubau eines Schulgebäudes für eine Hauptschule (12 Klassen) in 10, Absberggasse, der Dachbodenausbau im Gebäude der Hauptschule in 12, Johann-Hoffmann-Platz 19, der Turnsaalzubau (zweiter Turnsaal) für die Hauptschule in 13, Veitingergasse 9, sowie ein Schulgebäude für 2 Hauptschulen (12 und 8 Klassen) in 14, Waidhausenstraße. Über 20 weitere Planungen wurden 1992 von der Abteilung betreut. Dazu kamen noch zahlreiche Bebauungsstudien, die im Schulbaureferat ausgearbeitet wurden und als Entscheidungsgrundlage bei der Auswahl der Standorte von entscheidender Bedeutung sind. Die Umsetzung des gesamten Ausbauvorhabens gestaltete sich von der Planung und auch von der Durchführung her äußerst schwierig, da keine ausreichend großen



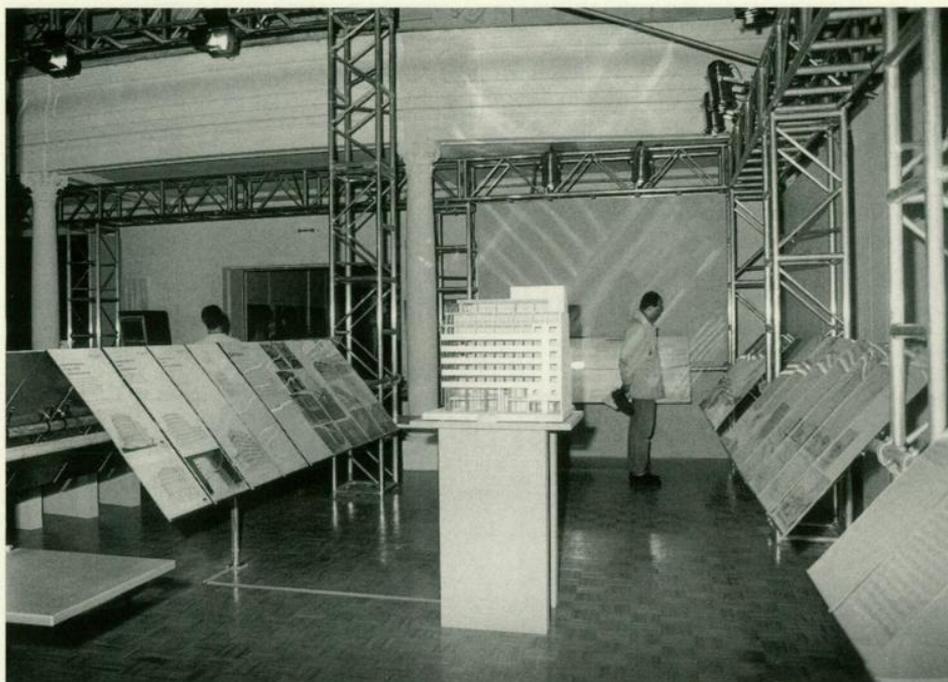
Amtsführender Stadtrat Dr. Hannes Swoboda verabschiedet den Hilfszug für Kroatien

Foto: Votava

„Beirat für Stadtentwicklungsbereiche“, eine Tagung im Messepalast

Foto: Votava





Ausstellung „Die neue Mariabilfer Straße“

Foto: Rohrmoser

Dr. Hannes Swoboda besichtigt mit einer Wiener Delegation Zürich

Foto: PID



Bauplätze mit der entsprechenden Widmung zur Verfügung stehen. Die Folge sind daher Baulückenverbauungen, etappenweise Errichtung, eingegrabene Turnhallen und die begleitende Aufstellung oder Versetzung von mobilen Klassen zur Abdeckung des unbedingten Raumbedarfes bis zur Fertigstellung der Neubauten. Entsprechend mühsam und zeitaufwendig ist aus diesem Grund auch der Planungsprozeß für jedes einzelne Bauvorhaben. Trotzdem konnte in den letzten beiden Jahren den Ausbauwünschen der Schulverwaltung weitgehend Rechnung getragen werden. Die Planung hat jedenfalls die Weichen für die Realisierung des umfangreichen Schulbauprogramms gestellt.

Der Arbeitsbereich Kindertagesheime und Heime für Jugendliche bzw. Bauvorhaben, die zum Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie gehören, umfaßt Neubauten und Renovierungen von Kindertagesheimen, Heimen, Wohngemeinschaften, Bezirksjugendämtern und diversen therapeutischen Einrichtungen. Kindertagesheime der Stadt Wien werden z.T. als Einzelbauvorhaben errichtet oder im Zuge größerer Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien sowie zunehmend in Anlagen, die durch Genossenschaften gebaut werden, miterrichtet, um den Bedarf an Plätzen abdecken zu können. Bedingt durch die forcierte Wohnbautätigkeit in den Stadterweiterungsgebieten sowie durch den Platzbedarf in den Schulen ist die Zahl der Kindertagesheimprojekte gestiegen. Die Planungen hierfür erfolgen zum Teil durch Ziviltechniker, die von der Abteilung oder durch Genossenschaften beauftragt werden, wobei die Abteilung die projektsbegleitende Bearbeitung durchzuführen hatte und zum Teil auch eigene Planungen erstellte. In Planung bzw. Ausführung sind Projekte in 2, ÖKO-Haus/Handelskai, in 3, Hainburger Straße, in 3, Markhofgasse, in 4, Wiedner Hauptstraße 132, 5, Schönbrunner Straße 34, 6, Mittelgasse—Strohmayergasse, 10, Wienerberggründe, Bauteil III und IV, 11, Geiselbergstraße, 11, Bebauung Leberberg (Kindertagesheime), 11, Simmeringer Hauptstraße, 13, Sommergasse, 14, Girzenberg, 16, Grundsteingasse (in Schule), 17, Nattergasse, 20, Hartlgasse 40, 20, Pappenheimgasse 10—16, 21, Obere Alte Donau, 21, Bebauung westlich Brünner Straße (6 Kindertagesheime), östlich Brünner Straße (2 Kindertagesheime), in 21, Rudolf-Virchow-Gasse, 21, östlich Süßenbrunner Straße (2 Kindertagesheime), 22, Mühlgrundweg, 22, Marburggasse, 22, Hagedornweg, 22, Kornhäuselweg, 22, Bebauung südlich Langobardenstraße (6 Kindertagesheime), 23, Siedlung Rodaun und in 23, Carlberggasse. Im Bereich der Spitäler werden Planungen für das Rudolfspital, das Sozialmedizinische Zentrum-Ost, Krankenhaus Lainz und Pflegeheim Baumgarten durchgeführt. Bei bestehenden Kindertagesheimen erstellte fast ausschließlich die Abteilung in Eigenplanung Konzepte und Planungen für diverse Umbau- und Zubauarbeiten, Sanierungs- bis Generalsanierungsmaßnahmen. Fertiggestellt wurde die Generalsanierung in 5, Bacherplatz und in 12, Ulmenhof. In Planung sind die Projekte in 5, Reumannhof, 5, Mateottihof, 12, Andersengasse, 14, Hägelingasse/Kendlergasse, 15, Selzergasse, 15, Ölweingasse, 18, Paulinenhof/Lindenhof, 19, Heiligenstädter Straße 86, 20, Vorgartenstraße 71, 21, Luckenschwemmungasse, 23, Dr.-Barilits-Gasse und Lastenstraße. Nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang benötigte „Tröpferlbäder“ sollen zur Nutzung von Kindertagesheimen umgebaut werden, so in 8, Florianigasse, und 10, Gudrunstraße/Erlachplatz. Die entsprechenden Studien wurden von der Abteilung erstellt. Neben Kindertagesheimen führt das Amt für Jugend und Familie ebenfalls eine Reihe von Beratungsstellen, die ebenfalls auch in größeren Wohnhausanlagen miterrichtet werden. Der Neubau bzw. Einbau erfolgte für ein Eltern-Kind-Zentrum in 10, Miesbachgasse, und eine psychologische Beratungsstelle in 10, Wienerberggründe II., Bauteil. In Planung sind eine Familienberatungsstelle in 19, Karl-Marx-Hof, eine Mutterberatung in 10, Wienerberggründe sowie eine Kinderübernahmestelle und Wohngemeinschaft in 10, Columbusgasse. Im Bereich der Jugendheime wurde im Erholungsheim Bad Ischl der Umbau des W-Gebäudes begonnen. Für die Übersiedlung des Heimes Lindenhof in Eggenburg wurden nach einer Studie diverse Umbauarbeiten weitergeführt. Neben den einschlägigen Bauvorhaben werden in diesem Referat auch immer wieder zusätzliche Aufgaben übernommen, wie die Einrichtung diverser Büros für leitende Beamte im Rathaus.

Im Bereich Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr und diverse Neubauten wurden für die Jugendsportanlage Venedigerau im 2. Bezirk (Adaptierung), die Jugendsportanlage Herderpark im 11. Bezirk (Adaptierung) die Planungen durchgeführt. Bei der Eissporthalle Attemsasse im 22. Bezirk wurde an Expertengesprächen hinsichtlich neuer Zielvorgaben für das Zentrum Kagran teilgenommen.

Das Bäderkonzept sieht eine gleichmäßige Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Hallen- und Sommerbädern vor. Um diese Zielvorstellungen erfüllen zu können, kann man zwei Schwerpunktsbereiche bei der Bautätigkeit unterscheiden. Der erste umfaßt Adaptierungsarbeiten an bestehenden Objekten, wobei versucht wird, neben der Erfüllung der Auflagen des neuen Bäderhygienegesetzes vor allem die Attraktivität dieser meist veralteten Anlagen zu verbessern. Der zweite Schwerpunktsbereich umfaßt den Neubau von Bezirkshallenbädern und den dazugehörigen Sommerbädern, wobei auch in diesen Fällen dem Trend nach Erlebnisbädern Rechnung getragen wird. Beim Laaerbergbad wurden eine Studie für Nutzungsmöglichkeiten des Wasserturms sowie ein Farbkonzept für die gesamte Anlage erstellt. Für das Kinderfreibad Herderpark waren Planungsarbeiten für den Umbau des Garderobentraktes durchzuführen, für das Theresienbad Planungsarbeiten für den Um- und Zubau eines Kinderfreibekens. Schließlich wurde eine Studie für die Wiedererrichtung des Kinderfreibades nach Fertigstellung der geplanten Tiefgarage unter dem Hofferplatz abgeschlossen.

In diversen Amtshäusern wurden Umbauten, Zubauten, Liftein- bzw. -zubauten, Adaptierungen (Dach-

ausbauten, Schaffung neuer Büroräume, Neugestaltung von Festsälen, Trauungssälen, Pensionistenclubs, Ausstellungshallen, Beschriftungen, Fassadengestaltungen usw.) vorgenommen. So wurden im Rathaus die Amtsräume für den Herrn Vizebürgermeister und den Amtsführenden Stadtrat für Wohnbau und Stadterneuerung, der Presserraum für den PID neugestaltet und der Umbau der Amtsräume der MA 61 geplant. Für das Alte Rathaus in 1, Wipplingerstraße, war eine Studie für die Neugestaltung der Ein- und Durchgänge, Höfe und der Feststiege sowie der Sanierung der Fassaden zu erstellen. Für den Zubau eines Mehrzwecksaales im Hof des Amtshauses in 10, Keplerplatz, wurde gleichfalls eine Studie durchgeführt. Mit dem Umbau des Festsaales wurde begonnen. Weitere Planungen für Umbauten, Liftein- bzw. -zubauten in den Amtshäusern in 2, Obere Augartenstraße, 8, Schlesingerplatz, 9, Währinger Straße, 11, Enkplatz, 17, Elterleinplatz und 20, Brigittaplatz, wurden vorgenommen. Der Umbau des Standesamtes in 22, Siebeckstraße, wurde fertiggestellt.

Was die sonstigen Nutzbauten betrifft, wurden die Planungsarbeiten für den Umbau des Bezirksmuseums in 20, Dresdner Straße 79, sowie für den Umbau des Forsthauses „Teichhaus“ in 13, Lainzer Tiergarten durchgeführt. Für die MA 48 wurden Betriebsgebäude in 17, Richthausenstraße, 23, Seybelgasse, und 21, Fultonstraße, geplant, ebenso für die MA 42 Betriebsgebäude in 2, Freudenu, und 22, Reservegarten Hirschstetten. Mit den Planungsarbeiten für die Wiedererrichtung der historischen Pergola nebst integriertem Wintergarten auf der Terasse der Stadtgardendirektion in 3, Am Heumarkt, wurde begonnen. Die KFZ-Verwahrstelle Simmering ist in Bau. Schließlich war eine große Zahl an vielen, oft wenig beachteten, aber nicht minder arbeits- und einsatzaufwendigen Planungsarbeiten durchzuführen und an Bauvorhaben mitzuarbeiten, die für die reibungslose Erfüllung von Leistungen der Stadtverwaltung erforderlich sind. Es sind dies unter anderem Bauten für die Stadtreinigung und den Fuhrpark, das Forstamt, das Stadtgartenamt, die vielen Umbauten von Aufzügen, Stiegenanlagen und behindertengerechten Toilettenanlagen sowie die Bauten für die Detailmärkte. Die Abteilung hat weiters im Rahmen der Kulturförderung mitzuarbeiten. Der Entwurf für Fassadenaufschriften an städtischen Gebäuden, die Gestaltung der Widmungs- und Gedenktafeln und die Hilfestellung bei der Situierung und Umgebungsgestaltung von Denkmälern fallen ebenfalls in diesen Aufgabenbereich.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlußabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Stadtwerken — Verkehrsbetrieben, Elektrizitätswerken, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigegeben. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfanges ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, so daß Honorare eingespart werden konnten.

Durch die stete Weiterentwicklung und Spezialisierung der Technik auf dem Gebiet des Krankenhausbauwes ist die Abteilung mit zahlreichen und vielfältigen Planungsaufgaben konfrontiert, die von den Planungsgruppen des Referates größtenteils selbst durchgeführt werden und ein besonders umfangreiches Einsatzgebiet mit laufenden Planungsarbeiten, Bau- und Koordinierungsgesprächen sowie der Baubetreuung mit künstlerischer Oberleitung und Materialauswahl sind. Die Umbauarbeiten erfordern jedoch auf Grund der Einordnung in andere Bereiche bzw. auf Grund der Verflechtung mit anderen Bereichen, oftmals aber auch durch die Beengtheit der vorhandenen baulichen Gegebenheiten viel Geschick und Erfahrung.

Einen Schwerpunkt der Planungstätigkeit bildete die 2. Bauetappe des Umbaus und der Sanierung der Kinderinfektionsabteilung im Wilhelminenspital. Die gesamte Polier-, Detail- und Einrichtungsplanung wurde mit dem Personal der Abteilung durchgeführt. Das bereits im Zuge der 1. Bauetappe angewandte Konzept der Krankensaalunterteilung und Schaffung von kleinen Raumeinheiten mit Einbau von Sanitärbereichen in jedem Zimmer wurde auch in dem in Fertigstellung befindlichen 2. Bauabschnitt realisiert. Besonderes Augenmerk wurde auf die Sanierung und Rückführung der zum Teil abgeschlagenen und veränderten Fassade gelegt. Durch diese im Sinne des Denkmalschutzes durchgeführten Maßnahmen konnte ein nunmehr einheitliches Erscheinungsbild dieser Abteilung geschaffen werden. Weiters wurden im Wilhelminenspital Planungen zur Einrichtung der Neurologischen Ambulanz im Pavillon 3 und einer Herzüberwachungsstation im Pavillon 29 sowie zum Einbau von Bettenaufzügen im Pavillon 26 erarbeitet. Umfangreiche Entwurfspläne wurden für den Umbau der Tagesklinik für HIV-positive Patienten sowie für die Einrichtung der 2. Ambulanz und Atemphysiologie in den Pavillons „Rosenvilla“ und „Wienerwald“ des Pulmologischen Zentrums erstellt. Die Arbeiten für die Intermediärstation konnten abgeschlossen werden. Weiters wurden folgende Projektplanungen durchgeführt: Ein Rechenzentrum der MD-ADV im Direktionsgebäude wurde eingerichtet und Aufzüge im Pavillon „Hermann“ und „Leopold“ des Pulmologischen Zentrums eingebaut. Zentralgarderoben wurden im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof, in der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik sowie im Elisabeth-Spital errichtet. Ein Isolierzimmer in der Kinderklinik Glanzing wurde geschaffen und die Einreichplanung für den Umbau der Stationen V und VII im Psychiatrischen Krankenhaus durchgeführt. Daneben wurden eine Vielzahl von Kleinprojekten, Standardverbesserungen durch Einbau von Sanitärräumen in Krankenzimmern bearbeitet und Projektvorgaben an Privatarchitekten durchge-

führt. Nicht zuletzt ist die intensive Beschäftigung mit dem Brandschutz zu nennen. Das bereits im architektonisch sensiblen Bereich der Krankenanstalten Baumgartner Höhe von der Abteilung entwickelte Konzept, Gangabschlußtüren zu Brandschutzportalen umzubauen, kann als richtungweisend angesehen werden. In diesem Sinne wurden zur Wahrung des Erscheinungsbildes von kulturhistorisch wertvollen Gebäuden, wie des von Otto Wagner errichteten Pavillons 24 des Wilhelminenspitales (ehemals Lupusheilstätte) und des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof, Rauchabschlußtüren aus Holz entwickelt und realisiert. Die Projekte, die im Jahr 1992 für das Franz-Josef-Spital ausgearbeitet wurden, waren ein Entwurf für eine Entsorgungsstation, der Einreichplan Kaltvergaseranlage — Medgaszentrale, der Entwurf für eine Komfortzimmerstation in der Chirurgischen Abteilung des Pavillons G sowie ein Entwurf für den Umbau der Ambulanz in der Urologischen Abteilung des Pavillons G. Im Krankenhaus Lainz wurden für den bereits in Umbau befindlichen Pavillon 3 A die Einrichtungs- und Detailplanung durchgeführt, ein Entwurf für die Umstrukturierung der Dermatologischen Abteilung im Pavillon 6—7, die Einreichplanung für den Aufzugszubau an den Pavillon 8 sowie im selben Pavillon — Lungenabteilung ein Entwurf für die Schaffung von Komfortzimmern erstellt. Für die im B-Gebäude befindliche Blutbank wurde der Umbau dieser Einrichtungen mit dem Ziel geplant, in Zukunft die Versorgung mit Eigenblut zu ermöglichen sowie Personalgarderoben für die gesamte Abteilung der Anästhesie zu schaffen. Für das Neurologische Krankenhaus Rosenhügel wurden im wesentlichen die Studie „Neubau Ambulanzgebäude“, der Entwurf einer Entsorgungsstation, für Pavillon A in Einreichplanung für den Dachgeschoßausbau und für Pavillon C die Umstrukturierung der Abteilung für behinderte Kinder ausgearbeitet. Die Planungs- und Bauarbeiten im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost wurden termingemäß weitergeführt, so daß die Inbetriebnahme der 1. und teilweise der 2. Ausbaustufe erfolgen konnte. Bis 1996 sollen alle drei Ausbaustufen fertiggestellt werden. Neben all diesen im einzelnen angeführten Projekten wurde noch in allen zu betreuenden Anstalten eine Fülle von Kleinprojekten, wie der Einbau von Sanitäreinrichtungen, Fassadengestaltungen, Beleuchtung usw., erstellt.

Die Abteilung hat auch die einzelnen Bauansuchen in architektonischer Hinsicht im Zuge des Baubewilligungsverfahrens zu begutachten, eine Aufgabe, die im Rahmen der *Baubewertung* wahrgenommen wird. Die Tätigkeit stellt eine direkte und objektsbezogene Auseinandersetzung mit Fragen des Stadtbildes dar und umfaßt alle bewilligungspflichtigen Bauansuchen (Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen). Es wird darauf geachtet, nötigenfalls Einfluß genommen, daß beabsichtigte Baumaßnahmen sich nicht optisch nachteilig im Stadtbild auswirken. Diese Aufgabe besteht in drei Schwerpunkten, und zwar in der Begutachtung all jener baulichen Maßnahmen, die im Stadtbild deutlich zu sehen sind sowie alle Neubauten im allgemein, wie Hochhausbauten, größere Gebäudeanlagen usw. Zweitens handelt es sich um die Begutachtung von Zu- und Umbauten mit geringfügigeren gestalterischen Änderungen bei Straßenständen, Schanigärten, Fensterauswechslungen, Loggienverglasungen sowie bei Abgasstutzen in Fassaden, die auf Grund ihrer großen Anzahl wesentliche Auswirkungen auf das Stadtbild haben. Dritter Punkt ist die Erstellung schriftlicher Gutachten zu Fragen des Stadtbildes. Insbesondere sind das Begutachtungen des „Gründruckes“ im Hinblick auf die Auswirkungen der geplanten Widmungsfestlegung auf das örtliche Stadtbild sowie Stellungnahmen im Zuge von Enteignungs- und Berufungsverfahren. Zu erwähnen ist noch, daß alle Bauvorhaben, die Ausnahmegenehmigungen nach § 69 Bauordnung erfordern, besonders kritisch beurteilt werden und daß nur solchen zugestimmt wird, die mit rein „öffentlichem“ Interesse zu begründen sind. Im Jahre 1992 wurden rund 8.000 Bauansuchen, Reklameanlagen usw. und 4.500 Akte über Ansuchen um Fensterauswechslungen, Loggienverglasungen und die Installation von Abgasstutzen in Fassaden bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet.

Der Wiener Landtag beschloß am 7. Juli 1972 die sogenannte Altstadterhaltungsnovelle zur Wiener Bauordnung. Dadurch wurde in Form von „Schutzzone“ ein Rechtsinstrument zum Schutz der erhaltungswürdigen, historischen Gebiete Wiens geschaffen. Schutzzone sind die vom Wiener Gemeinderat gemäß § 7 (1) Bauordnung für Wien in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen besonders ausgewiesenen Teile des Stadtgebietes, die wegen ihres besonderen örtlichen Stadtbildes in hohem Maße als schutzwürdig bezeichnet wurden. Neben den Gebäuden ist auch auf bauliche Ziergegenstände, wie Brunnen, Säulen, Bildstöcke, Dachaufbauten, Ein- und Abfriedungen, Fenster- und Türverzierungen, Hauszeichen, Inschriften und dgl., zu achten.

Im Rahmen städtischer Projektierungen leistet das Referat *Stadtbildpflege — Schutzzone* Beiträge aus kulturhistorischer Sicht. Diese Tätigkeit erstreckt sich auch auf Vorschläge zur Abgrenzung von Schutzzone sowie auf die Betreuung von wissenschaftlichen Projekten zur Untersuchung des gesamten Stadtbildes (Baualterplan, Kulturgüter- und Ortsbildkataster). Dazu war eine Vielzahl von Besprechungen und Verhandlungen erforderlich. In konzeptioneller Hinsicht wurden ein Programm zur Inventarisierung der Schutzzoneobjekte und ein Vorschlag zur Novellierung der Wiener Bauordnung ausgearbeitet. Im Rahmen der Bauberatung wird Bauwerkern und Planern Hilfestellung bei Projektierungen von Neu-, Zu- und Umbauten in Schutzzone geboten, wobei rund 1.900 Besprechungen während der Amtsstunden abgehalten wurden und etwa 600 Begehungen an Ort und Stelle stattfanden. Ferner wurden bei baupolizeilichen Bewilligungsverfahren in Schutzzone etwa 900 schriftliche Begutachtungen abgegeben. Mitarbeiter des Referates nahmen zu diesem Zweck auch an etwa 200 Bauverhandlungen teil. Für geplante Fensteränderungen und Außenmaueröffnungen in Schutzzone wurden etwa 150 Begutachtungsverfahren durchgeführt.

Druckerei und technische Dokumentation

Die Abteilung ist ein Servicebetrieb und eine Informationsstelle der Stadtverwaltung für alle technisch-grafischen Belange. Die Einrichtungen auf allen Gebieten des Druckes, der Vervielfältigung, der verschiedenen Reproduktionstechniken, des Mikrofilmes, der technischen und allgemeinen Fotografie stehen allen Dienststellen und in speziellen Fällen auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Engagierte und qualifizierte Mitarbeiter sowie zeitgemäße technische Einrichtungen sind vorhanden, dem Kunden Ergebnisse zu liefern, die weit über das Niveau solcher interner Dienstleistungen hinausgehen und auch den Vergleich mit technischen Gewerbebetrieben durchaus nicht zu scheuen brauchen. Darüber hinaus stellt die Abteilung ihr Fachwissen auch im Rahmen der zentralen Beschaffungsstelle für Spezialerfordernisse auf dem grafischen Sektor einschließlich des technischen Zeichenmaterials allen Dienststellen der Stadtverwaltung zur Verfügung. Desgleichen wird Vermessungshilfspersonal samt der notwendigen technischen Ausrüstung den technischen Dienststellen des Magistrates auf Anforderung beigestellt. Eine umfassende technisch-wissenschaftliche Bibliothek und die Verkaufsstelle für die städtischen Kartenwerke sind weitere Einrichtungen. Wie schon in den Vorjahren wurde dem Trend zur Erzeugung anspruchsvoller Druckwerke im Rahmen der vorhandenen technischen Möglichkeiten auch weiterhin Rechnung getragen. Finanzielle Einsparungen gegenüber einer Vergabe an das Gewerbe, hohe Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter sowie eine vermehrte Präsenz in der Öffentlichkeit sind die bemerkenswerten Vorteile der Abteilung für die Stadt Wien.

Die Produktion des Atlases „400 Jahre Donauregulierung“ befindet sich in der Endphase. Der Termin für die Fertigstellung der Druckarbeiten ist für Mitte des Jahres 1993 vorgesehen. In der Folge konnte mit den Arbeiten an einem neuen Auftrag der MA 45, der die thematische Karte „Wiener Altlasten“ betrifft, begonnen werden.

Ein ständiger Auftraggeber ist auch die MA 18 — Wiener Planungswerkstatt, deren Ausstellungsplakate repro-technisch betreut und hergestellt werden, wobei auch spezielle Anforderungen, zum Beispiel für Wanderausstellungen, erfüllt werden können.

Die teilweise komplizierte Aufbereitung von Plandokumentgrundlagen für die Darstellung von Schutzzonen, und zwar Alt- und Neubestand, sowie der neuartigen Rasterdarstellung von Wohnzonen basieren auf einer intensiven Zusammenarbeit mit allen betroffenen Dienststellen der Stadt Wien.

Das Referat „Allgemeine Fotografie“ steht mit seinem Laborbetrieb im Auftrag der MA 53 dem aktuellen Dienst (Berichterstattung Rußland-Hilfstransporte, Jugoslawienkrise) ebenso zur Verfügung wie allen anderen Dienststellen. Dies zeigen z.B. die Vergleichsdokumentation „Altes — Neues AKH“, die Fotodokumentation „Wohnen in Wiener Neubau-Siedlungsgebieten“, die umfassende Dokumentation aller von der Stadtverwaltung unterhaltenen Schulen u.v.m. Das europaweite „Aus“ der Farbmikrofilmentwicklung machte die Suche nach Alternativen erforderlich und bedingte schließlich den Einstieg in die Prozeßtechnologie. Der Magistrat der Stadt Wien ist somit das einzige Großunternehmen Österreichs, das Farbmikrofilme systematisch anwendet. Erwähnenswert sind die Plakatsammlungen der MA 9 und das „Räumliche Bezugssystem Wien — RBW“ der MD-ADV. Im Projektstadium befinden sich die Farbmikroverfilmung der Archivalien des Historischen Museums der Stadt Wien (MA 10), die Verfilmung des Patientenkatasters der Jugendzahnklinik sowie die Verfilmung des Nachlasses der Sammlung Dr. Mohilla — Donauhochwasserschutz bei Wien — im Auftrag der MA 45.

Zur Bewältigung dieser umfangreichen Aufträge wurden einige bisher aus budgetären Gründen zurückgestellte Investitionen getätigt. So konnte schon im Vorjahr durch die Aufstellung eines A 1-Normalpapierprinters ein großer Teil des Auftragsvolumens des ZNO-Printers verlagert werden, wodurch es möglich war, nicht nur eine bedeutende Kostensenkung auf dem Materialsektor, sondern auch eine deutliche Verringerung der MAK-Werte für die Ozonausscheidung zu erreichen. Ebenso wurde nach erfolgreichen 12 Betriebsjahren der alten Anlage die Schwarzweiß-Mikrofilm-Rollfilm-Entwicklungsmaschine durch ein neues Gerät ersetzt. Mit dem nunmehr erfolgten Ankauf eines EDV-unterstützten Beschriftungssystems für Mikrofilmlochkarten und Mikrofilmjackets (Fiches) ist an den Aufbau eines KAR-Systemes gedacht. Eine weitere große Investition wurde in Form des Ankaufes einer A 3-Einfarbendruckmaschine getätigt. Diese ermöglicht eine wesentlich schnellere Auftragsabwicklung bei allen plötzlich anfallenden kleinformatigen Anforderungen, wie etwa Flugblättern oder Faltprospekten. Die Grundausrüstung dieses neuen Gerätes, das mit November 1992 in Betrieb genommen werden konnte, wird durch die ständige Nachfrage der MA 21 nach kleinformatigen Plandokumenten gewährleistet. Trotz der kurzen Einsatzdauer ist eine insgesamt sehr gute Auslastung gegeben.

Der Bereich der Repro-Fotografie arbeitet derzeit an der Neuauflage des Luftbild-Planfluges 1991 auf Fotomaterial sowie an der Umarbeitung der Stiftung des Gerlach-Archives mit rund 20.000 Originalen von Glasplattennegativen auf Filmnegative. Außerdem werden laufend fotooptische Montagen, vor allem für Reproduktionen von Ausstellungen der MA 18 und der Mobilien Gebietsbetreuung, aber auch für viele andere Interessenten angefertigt.

Auf dem Sektor Reprografie wurde der alte Großflächenkopierer durch ein neues Gerät ersetzt. Der neue Kopierer — Rank Xerox 5080 hat eine wesentlich größere Palette an Möglichkeiten, die früher nur durch viel-

fältige, zeit- und materialaufwendige Zwischenschritte erreicht werden konnten. So wurde mittels der Editiereinrichtung für den Kunden die Möglichkeit eröffnet, den Arbeitsaufwand für mühevolleres Freistellen von partiellen Planausschnitten einzusparen. Eine weitere große Einsparungsmöglichkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß das neue Gerät außerdem die Optionen sowohl für fixe als auch stufenlose Maßstabsänderungen und eine vorprogrammierbare Repetiereinrichtung bietet. So ist die Abteilung nunmehr in der Lage, spezielle Formate bis zu 5,00 m Länge und einer maximalen Einzugsbreite von 0,90 m herzustellen.

In der hauseigenen Druckerei am Modenapark konnten die Vorarbeiten für einen Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bestehend aus zwei Bänden, je eines in Deutsch und Englisch, mit je rund 400 Seiten und einer Auflage von 500 Stück nach etlichen Korrekturen des Lektorates, vor allem der englischen Fassung, erfolgreich abgeschlossen und mit dem Druck begonnen werden. An Neuanschaffungen konnte 1992 eine Bänderoliermaschine angekauft werden, die seit Herbst im Einsatz ist und mit einem Ausstoß von bis zu 100 Paketen pro Tag eine wesentliche Arbeitserleichterung bedeutet.

Die Großkopieranlage konnte mit mehr als 5 Millionen kopierter A 4-Seiten 1992 eine Steigerung von etwa 12 Prozent erzielen. Vor allem macht sich die stark steigende Zahl der Aufträge der Verwaltungsakademie für die Vervielfältigung ihrer Skripten bemerkbar.

Der Personalstand der Druckerei blieb 1992 im wesentlichen unverändert; ein Mitarbeiter wurde für einige Monate dem Büro des Magistratsdirektors zur Bewältigung von momentan anfallenden Engpässen bei Kopierarbeiten zur Verfügung gestellt. In den Sommermonaten wurde wieder zwei Feriapraktikantinnen der grafischen Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt die Möglichkeit geboten, erste Erfahrungen im Berufsleben zu sammeln.

Der Buchbestand der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek stieg um 326 auf 18.101 Werke bzw. um 772 auf 31.348 Bände. Die Zahl der Entlehnungen von Fachbüchern, Vorschriften, Normen und Gesetzen sowie EG-Rechtsdokumenten nahm gegenüber dem Jahr 1991 um 58 Prozent auf 7.908 zu. Die 358 Fachzeitschriften sind auf Mikrofilm jederzeit verfügbar, im Zeitschriftenrundlauf werden 267 Zeitschriften wöchentlich an 204 Teilnehmer versandt. Das ergibt einen Gesamtumsatz von 36.820 Einzelheften pro Jahr. Der Bibliothek steht seit Oktober 1992 ein eigenes Kopiergerät zur Verfügung, wodurch die anfallenden Kopierarbeiten wesentlich effizienter erledigt werden können. Von Oktober bis Jahresende konnten etwa 18.500 kopierte Seiten gezählt werden.

Die Verkaufsstelle für die Kartenwerke der Stadt Wien hat sich 1992 wie auch schon in vergangenen Jahren sehr gut bewährt und ist mittlerweile sowohl für private Nutzer — von Studenten über Zivilingenieure und Architekten bis zu Immobilienmakler und Bauwerber — als auch insbesondere für alle Stellen der Stadtverwaltung zu einer Institution geworden, deren Engagement und Flexibilität allseits positives Echo findet. Persönliche Initiativen der Mitarbeiter verhindern aber auch, daß die unkoordinierten Zeiten des Parteienverkehrs der MA 20 und 21 bezüglich der Information über Bebauungsvorschriften und den Verkauf von Plandokumenten auf dem Rücken des Bürgers ausgetragen werden. Insgesamt wurden 1992 Plandokumente, Pläne und Stadtkarten im Wert von 703.590 S verkauft. Durch die laufenden Neuerfassungen und die ständige Erweiterung der Produktpalette bzw. des Vermessungsbereiches der Mehrzweckkarte, die gemeinsam von der MA 41 und der MD-ADV produziert und von der Abteilung vertrieben wird, konnte eine permanente Erweiterung des Interessentenkreises erzielt werden. Die Mehrzweckkarte ist sowohl in analoger Form — als Computerplott der erfaßten Daten — als auch digital auf Datenträgern erhältlich. Die sich daraus ergebende größtmögliche Flexibilität inhaltlicher Art ermöglicht es, immer diffizienteren Anforderungen zu entsprechen und dadurch immer höhere Akzeptanz bei privaten wie auch magistratsinternen Nutzern zu finden. Kompetente fachliche Beratung von der ersten Kontaktaufnahme über alle anfallenden Fragen des Kunden und das gemeinsame Auffinden von Problemlösungen sowie eine begleitende Auftragsbetreuung engagierter Mitarbeiter weit über die Rechnungslegung hinaus sind für eine bürgernahe Servicedienststelle eine absolute Selbstverständlichkeit.

Ständig steigende Auftragszahlen — 1992 konnte gegenüber dem Vorjahr eine Verdoppelung der Aufträge erreicht werden — mit verrechneten Aufträgen von 14.844.968 S und unverrechneten Lieferungen an Dienststellen der Hoheitsverwaltung im Wert von 16.340.425 S ergeben einen statistischen Jahresumsatz von 31.185.393 S. Die Bearbeitung der Bestellvorgänge erfolgte von Anfang an EDV-unterstützt, mittlerweile wurde mit dem Aufbau einer PC-orientierten Auftragsvidenz begonnen, um den Mehraufwand durch die stark gestiegene Nachfrage auszugleichen.

Flächenwidmungs- und Bebauungspläne

Die Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne sind hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen laufend zu überprüfen. Die an die Stadtplanung gestellten Anforderungen machen eine laufende Überarbeitung in Abstimmung mit neuen Erkenntnissen und Zielsetzungen, wie vor allem der Stadterweiterung und der damit verbundenen

Schaffung von neuen Lebensräumen, notwendig. Im Jahre 1992 wurden aus diesem Grund wieder zahlreiche Erhebungen, Entwürfe und städtebauliche Studien erstellt, die neue Bereiche des Stadtgebietes betrafen, inhaltlich jedoch neben den bisherigen Schwerpunkten auf „alte Ortskerne“, „Stadterneuerung“ und „Kleingartenfragen“ auch auf die Ausarbeitung von städtebaulichen Leitprogrammen für die wichtigsten Stadtentwicklungs-zonen ausgerichtet waren. Diese Arbeiten wurden entweder von Mitarbeitern der Abteilung selbst oder im Auftragsweg durchgeführt. So wurden rund 12 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und Neuplanungen durch Architekten, den Betrieb von Betreuungslokalen in alten Ortskernen und die Durchführung von Ausstellungen anlässlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen aufgewendet. Es wurden städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete im 10. Bezirk in den Bereichen Favoritenstraße und Raxstraße, im 11. Bezirk in den Bereichen Zinnergasse, Simmeringer Hauptstraße, Kaiserebersdorfer Straße und Etrichstraße, im 12. Bezirk im Bereich Breitenfurter Straße, im 13. Bezirk im Bereich Wlassakstraße und der Sat-Siedlung, im 14. Bezirk am Wolfersberg und im Hadersdorfer Cottage, im 16. Bezirk in den Bereichen Savoyenstraße, Liebhartstraße, Montleartstraße, Huttengasse, Schuhmeierplatz und Ottakringer Straße, im 17. Bezirk in den Bereichen Geblergasse und Heuberggasse, im 21. Bezirk in der Nordrandsiedlung, im 22. Bezirk nördlich Donauefelder Straße und östlich Baumanngasse und im 23. Bezirk in den Bereichen Blumental, Perfektastraße-Multifunktionales Zentrum und Industriegebiet Liesing ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden für die Assanierungsgebiete im 2. Bezirk Erhebungsarbeiten sowie Studien über bauliche Verdichtungen im 15. und 17. Bezirk durchgeführt. Zur Erhaltung, Wiederherstellung bzw. Entwicklung eines charakteristischen Ortsbildes und -gefüges, unter intensiver Einbindung der Bevölkerung in den Planungsprozeß, wurde in Hetzendorf die Planungskoordination und in Eßling und Aspern die Ortsbetreuung fortgesetzt sowie im 18. und 19. Bezirk für das Cottageviertel ein Diskussionsentwurf für einen neuen Bebauungsplan erarbeitet. Mit einem Kostenaufwand von rund 7 Millionen Schilling wurden in den Stadtentwicklungsgebieten im 22. Bezirk in Süßenbrunn Grundlagen für einen städtebaulichen Wettbewerb vorbereitet, für den „Marchegger Ast“ ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt und eine Bebauungsstudie ausgearbeitet, für das Zentrum Kagran und das Flugfeld Aspern städtebauliche Leitprojekte beauftragt, für das Flugfeld Aspern weiters eine Verkehrsuntersuchung, ein Grünkonzept und zwei städtebauliche Testentwürfe erstellt und für die Bebauung im Bereich Marshallhof eine Nutzungsstudie ausgearbeitet.

Vom Dezernat Donau-City wurden mit einem Budgetrahmen von rund 10 Millionen Schilling folgende Arbeiten beauftragt:

- Zur Wiener Hochhausstudie wurde eine Kurzfassung beauftragt und ein Katalog erstellt. Untersucht wurde eine Reihe von Hochhäusern hinsichtlich ihres Charakters als nicht-quantifizierbarer Planungsfaktor sowie der Grad ihres positiv/negativ Charakters betreffend die Dominanz im Stadtbild. Die Ergebnisse der Hochhausstudie wurden in einer Sondernummer der Reihe „Perspektiven“ publiziert.
- Die „Wien-Werkstatt“, deren Agenden Organisation, Durchführung und Dokumentation von planerischen Aktivitäten betreffend Wien-relevante Entwicklungsfragen waren, zeichnete auch für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des 3. Wiener Architekturseminars verantwortlich. Die Finanzierung der Wien-Werkstatt erfolgte über das gesamte Budgetjahr 1992.
- Die Tätigkeit des Vereins „Stadt-Raum-Remise“ zur Nutzung und Instandhaltung wurde subventioniert sowie eine Machbarkeitsstudie für die Remise Vorgartenstraße betreffend den Einbau von Veranstaltungsräumen für kulturelle Nutzungen in das bestehende Objekt ausgearbeitet.
- Die Ergebnisse des 1. und 2. Wiener Architekturseminars wurden in einer Ausstellung in der Remise Vorgartenstraße präsentiert; es wurde auch ein Katalog erstellt. Dabei wurden die Organisation der Ausstellung, die Organisation und die redaktionellen Arbeiten für den Katalog, der Druck und Vertrieb des Kataloges sowie die Text- und Bildbeiträge zu den einzelnen Projekten finanziert.
- Das 3. Wiener Architekturseminar, bei dem Architekturstudenten aus mehreren europäischen Ländern, betreut von international anerkannten Architekten, in verschiedenen Gruppen Aussagen zu einzelnen Stadträumen erarbeiteten, wurde in der renovierten Remise Vorgartenstraße abgehalten. Finanziert wurden die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung bzw. die Betreuung der Teilnehmer sowie die Aufbereitung der Ergebnisse des Workshops.
- Für die städtebauliche und widmungsmäßige Behandlung des Standortes Donau-City wurden Planungsgrundlagen erarbeitet und vorhandene Grundlagen aufbereitet, wie z.B. Grundlagen über den Verkehr und die äußere und innere Aufschließung.
- Schließlich wurde eine Dokumentation aller den Nordbahnhof betreffenden Planungsdiskurse und Aktivitäten von seiner Entstehung bis zur Gegenwart erarbeitet.

Die Abteilung hat im Jahre 1992 129 Anträge an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung gestellt. 94 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 35 Anträge wurden wegen Verhängung und Verlängerung von Bausperren gestellt. Eine Vielzahl von Antragsentwürfen — insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten — wurde im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder

bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst von Mitarbeitern der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt und mit dieser diskutiert. Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern wurden bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mitberücksichtigt. Erwähnenswert sind neben den Planungszielen bei den Neufestsetzungen wie die Überprüfung der baulichen Ausnützbarkeit die Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen zur differenzierten Gestaltung des örtlichen Stadtbildes bzw. zur Erhaltung des charakteristischen Ortsbildes, die Abgrenzung privater und öffentlicher Grünflächen sowie die Wahrung des einheitlich durchgrüneten Siedlungscharakters, die Vorsorge für Betriebe, vor allem aber die ansehnliche Zahl der zusätzlichen Wohnungen, die im Jahre 1992 gewidmet werden konnten.

Bei den Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurden in den Bezirken 3, 7, 10, 17, 19 und 20 850 Wohnungen, im 11. Bezirk 4.450, im 21. und 22. Bezirk 9.800, zusammen 15.000, zusätzliche Wohnungen gewidmet.

Zur Erhaltung von Ensembles, die für das örtliche Stadtbild bedeutsam sind, wurden im Jahre 1992 in folgenden Teilbereichen Schutzzonen, teilweise in Verbindung mit Wohnzonen, im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlußfassung zugeführt:

1. Bezirk: Albertina—Weihburggasse
2. Bezirk: Heumühlgasse—Waaggasse
7. Bezirk: Andreasgasse—Richtergasse
9. Bezirk: Liechtensteinstraße
9. Bezirk: Nußdorfer Straße
11. Bezirk: Kaiserebersdorfer Straße
13. Bezirk: Lainzer Straße—Würzburggasse
14. Bezirk: Ameisgasse
17. Bezirk: Kalvarienbergviertel
17. Bezirk: Dornbacher Straße
18. Bezirk: Scheibenbergstraße
19. Bezirk: Grinzinger Straße
19. Bezirk: Muthgasse
23. Bezirk: Untere Aquäduktgasse
23. Bezirk: Kalksburg

Die eingeleitete Überprüfung der bestehenden Kleingartenanlagen und kleingärtnerisch genutzten Flächen im Hinblick auf deren widmungsmäßige Sicherung bzw. Sanierung wurde fortgesetzt. Die Ansuchen, die das ganzjährige Wohnen in den Kleingartenanlagen betreffen, wurden gesammelt und bezirkweise in einzelnen Veranstaltungen mit den Bezirksvertretungen und der Bezirkskleingartenkommission einer ersten Sichtung zugeführt. Die Abteilung ist im Kleingartenbeirat vertreten und hat an den Sitzungen teilgenommen. Unter Einschluß von Flächen, die für eine Neuaufschließung von Kleingartenanlagen vorgesehen sind, konnten dem Gemeinderat Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die zusammen 46,3 ha an Erholungsgebiet-Kleingarten-Flächen ausweisen, zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 10 Sitzungen 2 Schutzzonen und 71 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 27 Abänderungen bzw. 44 Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziele hatten, und 15 Planungsvorhaben von der MA 19 vorgelegt. Die Abteilung hat alle Bürogeschäfte, die für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlich waren, gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt.

Insgesamt wurde im Jahre 1992 eine Fläche von 2.881 ha in den 129 Anträgen behandelt. 1.922 ha waren von Abänderungen, Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes betroffen. Bei den Widmungen von Grünflächen wurden 46,3 ha Kleingartenflächen bearbeitet bzw. neu festgesetzt. Bestehende Anlagen wie in der Schongaugergasse, der Etrichstraße, der Gallgasse, der Steinbruchstraße, der Leschetitzkygasse, der Stadlauer Straße und in Stammersdorf, die bisher keine Widmung für Kleingarten hatten, wurden widmungsmäßig berücksichtigt. Bestehende und bereits gewidmete Anlagen wie etwa im Bereich der Knödelhüttenstraße, der Eichelhofstraße, der Industriestraße und am Wienerberg wurden arrondiert und widmungsmäßig gesichert. Am Wienerberg im Bereich des Anningerweges wurde ein Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen ausgewiesen.

Im Jahre 1992 wurden 959 ha Stadtgebiet, die unter Bausperren standen, bearbeitet; zum Jahreswechsel 1992/93 waren es 1.107 ha. Das bedeutet, daß für rund 11 km² des Stadtgebietes neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorbereitet werden. Bauführungen können in diesem Gebiet nur mit dem Einverständnis der Planung und in Übereinstimmung mit den künftigen Bebauungsbestimmungen durchgeführt werden.

Die große Zahl der Stellungnahmen, der umfangreichen Motivenberichte sowie die Verständigungen der Einschreiter im Verfahren über die Abänderungen und Neufestsetzungen zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konnten mit der gemeinsam mit der MD-ADV bereits 1986 entwickelten speziellen Nutzung des IBS bewältigt werden. Ohne die Computerunterstützung wären die zahlreichen Berichte zu den Stellungnahmen und

die Änderungen in den Motivenberichten, die in den einzelnen Antragsphasen immer wieder neu gefaßt und geschrieben werden müssen, nicht zu bewältigen.

Im Jahre 1992 wurden über 19.000 Adressen- bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen beim Adressenabgleichen für die Großzählung 1991 und bei den Daten des Grundbuches, der Fortführung für die Wählerrevidenz und den Änderungen zum IBS (Adreßprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Mit den dezentralen grafischen Arbeitsplätzen (mit Bildschirm, Digitalisierbrett und Kontrollplotter), die von einem mit dem Zentralrechner gekoppelten Kleinrechner gesteuert werden, wurde die Nachjustierung bzw. die Abstimmung des generalisierten Flächenwidmungsplanes auf die Blockstrukturen des RBW und die Nutzungseinheiten fortgesetzt. Neue Beschlüsse wurden eingearbeitet, die Blockstrukturen des RBW, die Netzknoten, aber auch die Nutzungseinheiten pro Block auf Grund des von der MA 41 bearbeiteten Bildfluges 1991 überarbeitet. Es konnten dabei 40 Prozent des Stadtgebietes neu überprüft bzw. ergänzt werden.

Auf dem 1989 installierten Anschluß an das Bundesrechenzentrum haben Mitarbeiter der Abteilung über 23.900 Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bearbeitung des Bebauungsplanes vorgenommen.

Für die von der MA 7 über den Gemeinderatsausschuß für Kultur verfügten Neubenennungen bzw. Umbenennungen von Verkehrsflächen, Parks und Wohnhausanlagen wurden 47 Ansuchen behandelt. 35 Ansuchen konnten einer amtlichen Benennung zugeführt werden. Die grafischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der Abteilung angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der Abteilung 4.157 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. 1.724 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, die den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffen, wurden untersucht und behandelt. Weiters nahmen Vertreter der Abteilung an 1.264 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Auf Grund des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 6.128 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 5.781 Anfragen, die das Amt der Wiener Landesregierung stellt, betrafen Wohnungsverbesserungen. 347 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern eingebracht.

Straßenverwaltung und Straßenbau

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahre 1992 2.762 km öffentliche Straßen, von denen 215 km Bundesstraßen B, 38 km Autobahnen und 2.509 km Gemeindestraßen sind.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau von Siedlungsstraßen wurden gemeindeeigene Geräte eingesetzt, und zwar 3 große Straßenwalzen, 12 Gehwegwalzen, 9 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 10 Straßenreparaturzüge, 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen) und 1 Straßenfräse sowie 1 Minibagger und 10 fahrbare Leichtkompressoren. Diese Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden in Straßendecken. Für die Neuherstellung bzw. Instandsetzung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen hat die Abteilung an öffentliche Einbautenstellen und an private Bauwerber zusammen rund 13.200 Aufgrabungsbewilligungen erteilt. In etwa 120 Fällen wurden in verkehrsreichen Straßen statt Aufgrabungen Bohrungen (30) bzw. Minierungen (90) durchgeführt.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden wieder vier PKW, darunter zwei mit Funkausstattung, eingesetzt. Bei diesen Inspektionen wurden rund 39.000 km zurückgelegt. Sobald Mängel festgestellt werden konnten, ist deren unverzügliche Behebung veranlaßt worden. Die Beanstandungen führten in fast allen Fällen zum Erfolg. In Zukunft werden diese Kontrollfahrten fortgesetzt, um eine klaglose Abwicklung der Aufgrabungen im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der MA 39 und privaten Prüfanstalten wurden von den diversen Einbautendienststellen auf Grund der neuen Wiederinstandsetzungsvorschrift der Abteilung laufend Druckversuche mit Lastplatten auf den zugeschütteten Künetten durchgeführt. Bei den insgesamt rund 3.200 Lastplattenversuchen wurden an etwa rund 2.700 Stellen positive Ergebnisse erzielt, d.h. die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurde zu rund 16 Prozent nicht immer ordnungsgemäß durchgeführt. In diesen Fällen wurden die bauausführenden Firmen beauftragt, die Mängel durch Nachverdichtungen bzw. durch einen Materialaustausch zu beheben.

In den **Hauptstraßen** der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Straßenbauten durchgeführt, und zwar Fortsetzungsarbeiten und neue Baumaßnahmen: Zu den Fortsetzungsarbeiten zählten im 12. Bezirk die Meidlinger Hauptstraße von der Schönbrunner Straße bis zur Niederhofstraße. Sie wurde mit zwei Fahrspuren und verbreiterten und gestalteten Gehsteigen umgebaut, um den Übergang zur anschließenden Fußgängerzone

der Meidlinger Hauptstraße/Niederhofstraße bis zur Eichenstraße zu finden. Der Bau des Hauptstraßenteils dauerte von Oktober 1991 bis Dezember 1992, die Belagsaufbringung erfolgt im Frühjahr 1993. Im Bereich der Kaltenleutgebner Straße im 23. Bezirk (Zufahrt „Perlmooser Zementwerke“ — Stadtgrenze) wurden die Fahrbahn und die beidseitigen Gehsteige nach Herstellung einer Stützmauer und nach Abschluß vorangegangener Einbautenlegungen erneuert. Die Bauzeit erstreckte sich von Mai bis Juli 1992. In der Inzersdorfer Straße im 10. Bezirk im Abschnitt von Neilreichgasse bis Laxenburger Straße wurde die schlechte, den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechende Fahrbahnbefestigung (teilweise auch noch Pflasterdeck 4) durch eine moderne Asphaltkonstruktion ersetzt. Errichtet wurden eine Fahrspur und eine Parkspur unter Bäumen je Richtung. Die Bauzeit war von Juni bis November 1992. Im 11. Bezirk in der Kaiser-Ebersdorfer-Straße von Florian-Hedorfer-Straße bis Hörteggasse wurde ein kompletter Umbau mittels Generalsanierung der Fahrbahn und der Abstellflächen vorgenommen. Dabei sind statt des alten mit Asphaltbeton überzogenen Kleinsteinpflasters ohne Unterbau eine Asphaltbetonkonstruktion eingebaut und eine Neuherstellung der Gehsteige durchgeführt worden. Die Bauarbeiten wurden von Juni 1992 bis Oktober 1992 durchgeführt. Im 22. Bezirk Biberhauferweg im Abschnitt zwischen Neufahrtweg und Plattensteingasse, werden Straßenraumgestaltungen (Fahrbahnverschwengungen, Busschleusen, Baumscheiben u.a.) sowie bauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit durchgeführt. Außerdem wurde die Straßenentwässerung umgebaut, die nicht mehr entsprechenden Sickerschächte wurden aufgelassen und entsprechende Anschlüsse der Wasserlaufschächte an den Kanal durchgeführt. Der Umbau der Entwässerung dauerte von März bis September 1992, die Straßenraumgestaltungsmaßnahmen werden voraussichtlich bis Juni 1993 dauern. Im 23. Bezirk in der Ketzergasse von Brunner Straße bis Lemböckgasse wurde eine Belagssanierung einschließlich kleinerer Umbaumaßnahmen im Kreuzungsbereich mit der Liesinger Flurgasse durchgeführt, und zwar im Zeitraum von August bis Oktober 1992. Anschließend wurde mit dem Umbau der Kreuzung Perfektastraße im Zusammenhang mit der U-Bahn begonnen. Die Arbeiten dauerten von Oktober bis Dezember 1992.

Außer den Neu- und Umbauarbeiten auf Hauptstraßen sind nur noch einige lediglich nach dem Grad der Wichtigkeit auszuweisende angeführte Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen von größerer Bedeutung. Dabei wurden vor allem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln sowie diverse Umbauten für Verkehrssicherheitsmaßnahmen ausgeführt. Dies betraf u.a. die Straßenteilabschnitte in 1, Kärntner Straße (Plateau Kärntner Ring), 2, Taborstraße 22—26 und gegenüber, 3, Rasumofskygasse 2—4, 5, Ramperstorffergasse (Viktor-Christ-Gasse—Schönbrunner Straße), 6, Magdalenenstraße (Corneliusgasse—Esterhazygasse), 7, Zieglergasse 4—12, 3—13, 9, Liechtensteinstraße 18—24 und 19—25; 48—50 und 47—69, 10, Gudrunstraße 138, 11, Kaiser-Ebersdorfer-Straße 147—215, 12, Schönbrunner Allee (Gaßmannstraße—Hetzendorfer Straße), 14, Linzer Straße 430—436, Hütteldorfer Straße (266—Baumgartner Spitz (Linzer Straße), 17, Hernalser Hauptstraße (Beringgasse—Paschinggasse), 19, Krottenbachstraße (Felix-Dahn-Straße—Glanzinggasse), Heiligenstädter Straße 78—88, 81—145, 20, Wallensteinplatz/Wallensteinstraße, 21, Gerasdorfer Straße 184—216, 22, Breitenleer Straße (Iberisweg—Markomanenstraße), Hirschstettner Straße 77—95, 23, Ketzergasse 439—443, Liesinger Platz (ganzer Bereich) und Triester Straße/Sternegasse.

Im Rahmen der Herstellung von Nebenstraßen wurden Neu- und Umbauten- bzw. diverse Belagsarbeiten (Instandsetzungen, Regenerierungen auf Grund von Zeitschäden sowie zu erwartenden Frostschäden u.a.) oder auch sonstige verschiedene Straßenumbauarbeiten, wie z.B. Fahrbahnverbreiterungen bzw. Gehsteigverschmälerungen oder Parkstreifenherstellungen usw., durchgeführt. So unter anderem in 1, Herrengasse (Michaelerplatz—Bankgasse), 1, Schottengasse 1—11 und 4—6, 4, Wohlebengasse (Prinz-Eugen-Straße—Argentinierstraße), 5, Spengergasse (Margaretenstraße—Schönbrunner Straße), 7, Seidengasse (Schottenfeldgasse—Zieglergasse), 9, Brünllbadgasse 15—17, 16—18, 10, Erlachplatz 7—11, 11, Ravelinstraße 1—11 und gegenüber, 12, Kobingergasse 5—7, 8—12, 13, Veitingergasse (Hummelgasse—Sauraugasse), 14, Meiselstraße (Drechslergasse—Sebastian-Kelch-Gasse), 15, Ullmannstraße (Stiegergasse—Sparkassaplatz), 16, Wilhelmminenstraße (189—Savoyenstraße), 17, Steinmüllergasse 23—27, 30—34, 18, Staudgasse 1—7 und gegenüber, 19, Weimarer Straße 69—83, 82—96, 20, Bäuerlegasse 12—36, 13—35, 21, Arbeiterstrandbadstraße 17—43, 12—60, Siedlung „Schwarzlackenau“ (Teilbereiche), 22, Schüttauplatz 1—23 und gegenüber sowie in 23, Jesuitensteig 1—15 und gegenüber.

Bei der Herstellung von Siedlungsstraßen wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen mit gemeindeeigenen Gradern und Baumaschinen auf bisher zum Teil unbefestigten Fahrbahnen nach erfolgter Aufgrabung, aber auch Bodenverbesserungen mittels Einbau einer Frostschutz- und mechanisch-stabilisierten Tragschicht sowie durch Verstärkung mit Hilfe der Aufbringung einer Bitumen-Kiestragschicht samt erforderlichen Pflasterungs- und Baumeisterarbeiten durchgeführt: Unter anderem erfolgte dies in Teilabschnitten im 22. Bezirk in der Siedlung Rügenau (Pfeilkrautweg u.a.) und in der „Schippanisiedlung“ (Hadrawgasse, Podlahagasse u.a.).

Die Neuherstellung von Radwegen bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulegungen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässer-

rungsanlagen u.a.) wurde auch im Jahre 1992 in folgenden Straßen fortgeführt, so u.a. in 1, Rathausplatz (Ring-Reichsratstraße) und Grillparzerstraße (Reichsratstraße—Ebendorferstraße), in 10, im Aufschließungsgebiet „Wienerberg Ost“, Gudrunstraße (Absberggasse—Sonnwendgasse), in 12, und 13, Teilabschnitte des Rosenhügelradweges in 12, Edelsinnstraße, Hohenbergstraße; 13, Rosenhügelstraße; in 20, Leipziger Straße (Klosterneuburger Straße—Burghardtstraße) und in 22, Langobardenstraße (56—Kapellenweg) zur Aufschließung des SMZ-Ost.

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen wurden im Jahre 1992 fortgesetzt bzw. begonnen, so u.a. in Teilbereichen folgender Straßenzüge bzw. Plätze in 1, Michaelerplatz 1—6 und gegenüber, (Kreis Innen), 3, Kegelgasse 34 („Hundertwasserhaus“), 4, Mühlgasse 9—29, 18—32, 5, Stolberggasse (Zentagasse—Reinprechtsdorfer Straße), 12, Meidlinger Hauptstraße 17—39, 19, Börnergasse 1—9 sowie u.a. angrenzende Straßenabschnitte, 23, Rudolf-Waisenhorn-Gasse 39—97 und gegenüber und Pfarrgasse (Sternstraße—32).

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten wurden straßenbauliche Maßnahmen (Umbauarbeiten) an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt, wie z.B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnteilern, Kreuzungsaufdoppelungen, Fahrbahnaufpflasterungen, Gehsteigvor- bzw. -durchziehungen, Polleraufstellungen sowie Parkspurabdeckungen und andere Umbauten besonderer Art. Dies traf unter anderem für kleinere Teilabschnitte in 1, Friedrich-Schmidt-Platz, Lugeck und Operngasse, 2, Am Tabor und Obere Augartenstraße, 3, Jacquingasse, 4, Schönbrunner Straße/Heumühlgasse und Favoritenstraße, 5, Siebenbrunnengasse, 6, Gumpendorfer Straße, 7, Schottenfeldgasse und Hermannsgasse, 8, Friedrich-Schmidt-Platz, Florianigasse und Hamerlingplatz, 9, Nußdorfer Straße und Liechtensteinstraße, 10, Laaer Bergstraße und Simmeringer Hauptstraße, 11, Kaiser-Ebersdorfer-Straße, 13, Gallgasse und Fasangartengasse, 13 und 14, Schönbrunner Schloßstraße/Schönbrunner Schloßbrücke, 15, Vogelweidplatz, 16, Neulerchenfelder Straße und Maroltingergasse/Hasnerstraße, 17, Neuwaldegger Straße, 18, Hasenauerstraße und Gesthofer Straße, 19, Peter-Jordan-Straße und Gymnasiumstraße, 20, Jägerstraße, 21, Oswald-Redlich-Straße, 22, Biberhaufenweg und Industriestraße sowie 23, Rudolf-Waisenhorn-Gasse, zu.

Die Arbeiten im Zuge des Behindertenprogramms wurden, wie bisher in den vergangenen 12 Jahren, beginnend mit dem Jahre 1981 auch im Jahre 1992 für den gesamten Wiener Raum fortgesetzt. So wurden in erster Linie „behindertengerechte“ Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgängern frequentierten Kreuzungsbereichen oder im Anschluß an Fußgeherübergängen in verschiedenen Straßenabschnitten ausgeführt, um u.a. das Befahren mit Rollstühlen zu erleichtern. Solche Arbeiten erfolgten in 1, Fleischmarkt, Herrengasse, Seilerstätte, Franz-Josefs-Kai, Schottenring, Schuberting und Kärntner Ring, 4, Favoritenstraße und Wiedner Hauptstraße, 7, Burggasse, Kaiserstraße, Lerchenfelder Straße und Neustiftgasse, 8, Alser Straße, Auerspergstraße, Landesgerichtsstraße und Josefstädter Straße, 9, Alserbachstraße, Liechtensteinstraße, Nußdorfer Straße und Währinger Straße, 10, Quellenstraße, 11, Simmeringer Hauptstraße, 17, Jörgerstraße und 18, Gentzgasse und Weimarer Straße, 19, Heiligenstädter Straße, Billrothstraße, Grinzinger Allee und Sieveringer Straße.

Im Bereich des Neubaus von städtischen Wohnhausanlagen wurden Straßenbauarbeiten ausgeführt, und zwar auf Teilflächen im Aufschließungsbereich der Wohnhausanlage „Wienerberg Ost“ im 10. Bezirk, in Otto-Probst-Straße, 10, Erlachplatz und 22, Mendelssohnstraße.

Im Bereich des Neubaus privater Wohnhausanlagen und sonstiger hochbaulicher Anlagen wurden diverse Straßenbauarbeiten von größerer Bedeutung ausgeführt, und zwar in 7, Schottenfeldgasse/Kandlgasse, 10, Kaistraße und Bahnlande, 11, Am Kanal, 12, Aßmayergasse—Böckhgasse—Längelfeldgasse (Wohnpark „Wilhelmsdorf“), 14, Linzer Straße/Bujattigasse, 15, Hollergasse—Rauchfangkehrergasse, 22, Tamariskengasse, Arminenstraße—Erzherzog-Karl-Straße, Schiffmühlenstraße—Gänsehäufelgasse—Harrachgasse und Prandaugasse—Straße der Menschenrechte.

Der U-Bahn-Bau löste auch im Jahre 1992 eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen aus. Vorwiegend war dies in den Bezirken 1, 6, 7, 15, 16 und 20 sowie 21 der Fall, da rechtzeitig vor Baubeginn der eigentlichen U-Bahn-Bauarbeiten (Aufgrabungen wegen Einbautenverlegungen sowie Absperrungen) leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr, sowie bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahn-Bau errichtet werden mußten. Auch wurden bereits nach abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn sowohl großflächige Wiederinstandsetzungs- bzw. Wiederherstellungsarbeiten eingeleitet oder durchgeführt, und zwar in 1, Burgring/Belariastraße, Stubenring und Wallnerstraße, 6, 7, Mariahilfer Straße, 15, Europaplatz, Felberstraße, Schweglerstraße, Neubaugürtel, Holohergasse und Märzstraße sowie Mariahilfer Straße, 16, Hasnerstraße, Kenderstraße und Paltaufgasse, 20, Engerthstraße, Hellwagstraße und Wexstraße sowie Leipziger Straße, sowie 21, Schloßhofer Straße und Angerer Straße. Auch 1992 wurden wieder Straßenbauten kleineren Umfanges für andere Dienststellen in einigen Bezirken durchgeführt, und zwar vorwiegend für die Wiener Stadtwerke—Verkehrsbetriebe. Es wurden sogenannte „Haltestellenkaps“ errichtet sowie zum Zweck des „Beschleunigungsprogramms“ für Straßenbahn und Bus Umbauten durchgeführt (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten u.a.). Für die MA 49 wurden diesbezügliche Erhaltungsarbeiten am örtlichen Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens geleistet. Im Zuge der laufenden Instandhaltungsarbeiten wurden in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten,

wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Regenerierungen bzw. Ausbesserungsarbeiten kleineren, nicht zusammenhängenden Umfanges, sowohl auf Gemeindestraßen als auch auf Gehsteigen der Bundesstraßen „B“ ausgeführt.

Brückenbau und Grundbau

Die Abteilung gliedert sich in die Fachbereiche „Brückenbau und Straßentunnel“, „Grundbau“ und „Allgemeines, Brückenprüfung und Sonderbauten“. Gegenüber der bisherigen Untergliederung wurden Ende 1992, um die Effektivität bei der Erledigung der Geschäfte zu erhöhen, drei Stäbe (Stab für Sofortmaßnahmen für den Brückenbau, Stab für Planungen für den Brückenbau, Stab für internes Controlling) Projektbearbeiter und interne Koordinatoren eingeführt und direkt dem Abteilungsleiter bzw. dem Abteilungsleiter-Stellvertreter unterstellt. Im Fachbereich Grundbau wurden in der Gruppe Bauberatung, Tiefbau und U-Bahn-Bau zwei neue Referate (Geotechnische Verfahrens- und Datenanalyse, Dokumentation; Geotechnische Meßtechnik und EDV) installiert. Auf Grund organisatorischer Gründe wurden auch in der Gruppe Brückenprüfung drei Referate (Brücken und Tunnel; Stützmauern und Ingenieurbauwerke; Sondertransporte, Sonderprüfungen) eingerichtet.

Der Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel gliedert sich in die Gruppen „Planung und Bauvorbereitung“, „Neubau“ und „Erhaltung“. Das Arbeitsgebiet dieser Gruppen schließt aber auch Stützmauern und Stiegenanlagen ein.

Im Rahmen der Gruppe Planung und Bauvorbereitung wurde eine Studie über die Verbreiterung der Prater Hochstraße im Zuge der A 23 Südosttangente, in die eine ebenfalls durchgeführte Baumbestandserhebung sowie die rechnerische Voruntersuchung der Schadstoffausbreitung im betroffenen Streckenabschnitt eingearbeitet wurden, begonnen und abgeschlossen. Für die zufolge eines Straßenprojektes erforderlichen Baumaßnahmen im Widerlagerbereich der Heiligenstädter Brücke (Seite 20. Bezirk) wurden grundsätzliche Planungsüberlegungen angestellt. Für den Umbau des Hackinger Steges, der in der Errichtung eines Witterungsschutzes und einer behindertenfreundlichen Ausbildung besteht, wurde im Rahmen einer Ideenfindung ein Gestaltungsentwurf ausgewählt, auf dessen Grundlage die gestalterische und statisch konstruktive Planung für die Ausschreibung begonnen und weitgehend abgeschlossen wurde. Das Ausschreibungsprojekt für den Umbau des Kasgrabengewölbes wurde durchgeführt und abgeschlossen. Für einen Zugang von der Muthgasse zum Bahnhof Heiligenstadt in Form eines Tunnels wurde die Erstellung eines Ausschreibungsentwurfes in Angriff genommen. Zur Klärung der Randbedingungen für den Neubau der Wurzbachtalbrücke und Herzmanskybrücke wurden entsprechende Schritte eingeleitet. Was die Fußgängerunterführung Löwengasse betrifft, wurden für den ersten Bauabschnitt die Planungsunterlagen erstellt, die die MA 30 für die Ausschreibung bzw. Ausführung im Zusammenhang mit der Errichtung des Donaukanal — Entlastungskanals benötigt. Ferner waren laufend Stellungnahmen zu Projektierungen anderer Dienststellen abzugeben bzw. fachliche Beurteilungen vorzunehmen. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren für die zufolge der Staustufe Wien erforderliche Hebung der Praterbrücke wurde die Abteilung als Konsenswerber angesprochen; so waren diesbezügliche Erledigungen vorzunehmen. Weiters erfolgte die Mitwirkung als Auftraggebervertreter in einem Arbeitskreis, der über eine neue Honorarordnung für die Planung und statisch-konstruktive Bearbeitung von Brückenbauten und Überbauungen verhandelte und diese zur Anwendung empfahl. Neben den genannten Tätigkeiten war über den Projektstand einer Reihe von Planungen zu berichten und deren Fortgang zu beurteilen. Ferner waren laufend Anfragen in Zusammenhang mit einer eventuellen Errichtung von Brücken, Unterführungen, Stützmauern und Stiegen usw. zu beantworten bzw. dafür Kostenschätzungen vorzunehmen.

Die städtischen Brückenneubauten umfaßten im Jahr 1992 zwei Projekte:

Im Oktober 1992 wurde mit den Arbeiten für die Errichtung der Kaisermühlenbrücke über die Neue Donau im 22. Bezirk auf der Höhe der Mendelsohnngasse, die eine neue Verbindung für Fußgänger und Radfahrer, aber auch für Einbauten (E-Werk, Post, Wasser, Kanal) auf die Donauinsel herstellt, begonnen. Diese Brücke können auch Einsatz- und Erhaltungsfahrzeuge bis 25 t (im Alleingang) benutzen. Die Gesamtlänge beträgt 207,85 m (60,30 + 80,60 + 60,95 m), die Nutzbreite 4,0 m. 1992 wurden vor allem Planungsarbeiten, Materialbestellungen und Arbeiten im Werk durchgeführt. Die Stahlbaumontage: Februar 1993, vorzeitige Freigabe: Juni 1993, Gesamtfertigstellung: Juli 1993. Ebenso wurde im Oktober 1992 mit den Sanierungsarbeiten für das bestehende Kasgrabengewölbe im 14. Bezirk im Zuge der Mauerbachstraße begonnen. Im Rahmen dieser Arbeiten wird das Bauwerk um rund 2,5 m beidseitig verbreitert und durch Herstellung einer Spritzbetonschale im Bereich des schadhafte Gewölbes saniert. Zwischen dem Bestand und den äußeren Abschlußwänden werden dabei auch Einbautentröge für Gasrohre sowie für Kabel vom Elektrizitätswerk, der Post und Beleuchtung situiert. Aus architektonischen Gründen wird das Gewölbe zum Teil mit Steinen verkleidet. Ende der Bauarbeiten: März 1993.

Als Bundesvorhaben im Brückenneubau wurden folgende Objekte ausgeführt:

Die im August 1989 begonnenen Arbeiten für den Umbau der A 23 Südosttangente — Knoten Landstraße, die die Neuerrichtung der Fahrbahn — Rampe 700 von der Gürtelauffahrt nach St. Marx, die Verbreiterung der

Hauptfahrbahnen 200 und 600 von derzeit 2 x 2 auf 2 x 3 Fahrspuren sowie die Mittelstreifenverschiebung bis zum Knoten Prater zur Gewinnung einer zusätzlichen Fahrspur Richtung Norden umfaßten, wurden bis Februar 1992 abgeschlossen.

In Floridsdorf wird zur Umfahrung des Bezirkszentrums ein neues Teilstück der Bundesstraße B 3 — Donau Straße von der Brünner Straße zur Leopoldauer Straße mit der Brücke über das Gleisdreieck Floridsdorf errichtet. Dabei müssen zwei Schnellbahnstrecken sowie vielbefahrene Betriebsgleise der Schnellbahn und der Hauptwerkstätte Floridsdorf überquert werden. Die Brücke mit einer Gesamtlänge von 345 m wurde im sogenannten Taktschiebepverfahren gebaut, um auch während des Baues einen weitgehend störungsfreien Bahnbetrieb zu gewährleisten, und weist zwei Fahrspuren in jeder Richtung, einen Mittelstreifen und beiderseitige Geh- und Radwege auf. Ende November 1992 konnte bereits eine vorzeitige, halbseitige Verkehrsfreigabe vorgenommen werden. Fertigstellung: Ende Juni 1993 vorgesehen.

In den Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel fallen auch die Bauvorhaben der Wiener Bundesstraßen AG (WBG — ab 1993 ÖSAG). Hier hat die Stadt Wien für die WBG auf Grund eines Übereinkommens gegen Kostenersatz die Bauaufsicht durchgeführt.

Mit Baubeginn 1. August 1989 wurde mit zwei Baulosen am Projekt der Verlängerung der A 23 Südosttangente Richtung Hirschstetten der Startpunkt gesetzt. Dabei handelt es sich um die Bauabschnitte Tieflage 1 — Stadlauer Tunnel und Tieflage 2 — Hirschstettner Tunnel. Die Tieflage 1 besteht aus einer Damm- und Niveaulage mit einer Länge von rund 440 m, Rampenstrecken in Tieflage mit einer Länge von 570 m sowie einem Tunnel mit einer Länge von 465 m. Weiters umfaßt die Tieflage 1 die Abfahrtsrampe 100, die einen Tunnel mit einer Länge von 384 m sowie eine Rampenstrecke in Tieflage von rund 100 m enthält. Weiters sind der Umbau des Tragwerkes über der Unterführung Erzherzog-Karl-Straße, die Verbreiterung der Fußgängerpassage, die Verlegung der Einbauten, die Errichtung eines Einbautenkollektors, die Errichtung eines Betriebsgebäudes in der Smolagasse und die ÖBB-Arbeiten zur Baufeldfreimachung Bestandteil des Bauloses Tieflage 1. Im Zuge des Umbaus der Passage und der Unterführung Erzherzog-Karl-Straße wird eine neue Schnellbahnstation miterrichtet, wobei zwei Bahnsteige auf dem bestehenden Tragwerk gebaut werden. Im Zuge dieser Umbauarbeiten müssen die Umsteigerelationen zwischen der Schnellbahn, der Straßenbahnlinie 26 und mehrerer Buslinien hergestellt werden, wobei der öffentliche Verkehr und der Individualverkehr während der Bauzeit aufrecht erhalten werden müssen. Die Tieflage 2 besteht aus einem 280 m bzw. 305 m langen Tunnel sowie aus einer 195 m langen Eindeckung der Richtungsfahrbahn Kaisermühlen. Die Rampenstrecken in Tieflage sind 320 m bzw. 100 m lang. Weitere Bestandteile der Tieflage 2 sind die Beschüttungs- und Straßenbauarbeiten, die Auffahrtsrampe 200 (die Einbindung der Erzherzog-Karl-Straße in die A 23, die aus einem 184 m langen Tunnel und einer 180 m langen Einhausung besteht) und die Ostbahnwegbrücke über die A 23, die weitgehend fertiggestellt werden konnte. Beide Bauabschnitte wurden im Jahre 1992 zügig vorangetrieben und befinden sich im vorgeschriebenen Bauablauf. Für die Verlängerung der A 23-Südosttangente Richtung Hirschstetten waren weitere vier Brückenbauwerke im Knoten Kaisermühlen zu errichten. Es waren dies die Brücke A 23 über das Mühlwasser, die Rampenbrücke XI als Zubringer der A 23 zur A 22-Donauufer Autobahn Richtung Süden, die Rampenbrücke XII als Zufahrt der A 22 — Richtung Lobau zur A 23 Richtung Stadlau und in der Trasse der A 23 die Brücke über die Neuhau-fengasse. Drei dieser Brücken überqueren das Naturschutzgebiet Oberes Mühlwasser und wurden unter den strengen Auflagen einer naturschutzbehördlichen Genehmigung, die eine Minimierung der Auswirkungen auf den Landschaftshaushalt vorschreibt, bis Dezember 1992 fertiggestellt. Weiters waren im Bereich der Tieflage 1 vier Stahlkonstruktionen für den Fußgängerverkehr in der Zeit von März 1992 bis Ende des Jahres zu errichten. So mußte nach dem Abbruch des alten Steges im Zuge der Arbeiten der Tieflage 1 die wichtige Fußgängerrelation über die Bundesbahn zwischen Vernholzgasse und Smolagasse wieder hergestellt werden. Bei dem neu zu errichtenden Vernholzsteg wurde besonders auf eine behindertengerechte Ausführung geachtet. Zum ersten Mal wurde ein Fußgängersteg in Wien mit einer Liftanlage ausgestattet. Die Haupttragkonstruktion bilden zwei Fachwerkträger (Spannweite 28,8 m, Breite der Brücke 3,3 m).

Der Stiegenturm Stadlauer Ohr wurde errichtet, um eine direkte Verbindung des Fußgängerweges zwischen Polgarstraße und Fußgängerpassage zu ermöglichen. Mit dem Stiegenturm wird die Höhendifferenz von rund 5 m auf die Rampe 200 der A 23 überwunden. Die Verbindung ist eine Ergänzung zu der neben der Rampe 200 verlaufenden Fußgängerrampe. Die Fußgängerbrücke Stadlauer Ohr ermöglicht eine Verbindung im Zuge des neuangelegten Fuß- und Radwegnetzes im „Stadlauer Ohr“ (des Bereiches innerhalb der ohrförmigen Auffahrtsrampe 200) und überquert den Fuß- und Radweg in Verlängerung der Passage unter der A 23 und der Station Erzherzog-Karl-Straße. Die architektonisch besonders gestaltete Brücke hat eine Breite von 3,5 m und eine Spannweite von 11,6 m. Die Tragkonstruktion besteht aus zwei Hauptträgern mit einer orthotropen Platte. Die Vordächer Ost und West bilden eine Überdachungskonstruktion für die Bushaltestellenbereiche und die Abgänge zu den Haltestellen in der Unterführung Erzherzog-Karl-Straße. Es wurden dabei alte, nicht mehr entsprechende Vordächer ersetzt.

In Verlängerung der neuen Bauabschnitte der A 23 wird eine neue Bundesstraße (B 302 — Wiener Nordrandstraße) zur Wagramer Straße geführt. Hier sind zwei Objekte situiert, für die ebenfalls die Abteilung die Bauauf-

sicht durchgeführt hat. Im Auftrag der Liegenschaftsverwertungsgesellschaft WESU wurde die Anschlußstelle Gewerbepark mit dem Brückenobjekt HS 4 über die Wiener Nordrandstraße errichtet. Die Brücke dient der niveaufreien Anbindung des Gewerbeparkes Stadlau an die B 302 und weist mit ihrer schuppenartigen Betonstruktur eine ähnliche Gestaltung wie die 1991 errichtete Zwerchackerwegbrücke auf. Da die Brücke später in die Erhaltung der Stadt Wien übertragen werden soll, wurde die Bauaufsicht gegen Ersatz der Kosten durch die Firma WESU von der Abteilung vorgenommen.

Kurz vor Einmündung der B 302 in die Wagramer Straße muß eine neu errichtete ÖBB-Brücke unterfahren werden. Um eine freie Durchfahrts Höhe von 4,5 m zu gewährleisten, muß wegen des hohen Grundwasserstandes die Grundwasserwanne beim Objekt HS 6 errichtet werden. Die Grundplatte ist eine 1,7 m starke Stahlbetonkonstruktion, die anfallenden Tragwässer werden von einem Hebewerk in den Vorfluter gepumpt. Die Bauarbeiten wurden im November 1991 begonnen und bis auf wenige Restarbeiten im Jahr 1992 abgeschlossen. Die Bauzeiten sämtlicher Brückenobjekte und Tunnelbauten der Baulose im Zuge der Verlängerung der A 23 und der B 302 sind so ausgelegt, daß mit den notwendigen Straßenbauten eine Verkehrsfreigabe vom Knoten Kaisermühlen bis zur Wagramer Straße im Sommer 1993 möglich ist.

Im Bereich der Brückenerhaltung — städtische Bauvorhaben wurden bei der Stützmauer Dominikanerbastei die bestehende Stützmauer sowie die Stiegenanlagen einer Generalinstandsetzung unterzogen, wobei die Stiegen komplett erneuert wurden, ebenso die Stützmauer und das gesamte Geländer. Vor die bestehende Mauer wurde eine Betonvorsatzschale vorgesetzt. Die Arbeiten wurden in der Zeit von Mai bis Oktober 1992 durchgeführt. Bei der Aspernbrücke über den Donaukanal wurde der Korrosionsschutz des Tragwerks überarbeitet sowie das gesamte Tragwerk mit Taubenschutzgittern versehen. Die Arbeiten wurden in der Zeit von Juni 1991 bis Februar 1992 durchgeführt. Im Jahre 1992 wurden noch Restarbeiten an den Taubenschutzgittern durchgeführt.

Die aus dem Jahre 1930 stammenden Dilatationen der Augartenbrücke wurden gegen wasserdichte Dilatationen ausgewechselt. Der Korrosionsschutz des gesamten Tragwerkes wurde überarbeitet, zur Hintanhaltung der Taubenplage wurde das Tragwerk mit Taubenschutzgittern versehen. Die Arbeiten dauerten von Mai 1992 bis Februar 1993. Im Jahre 1992 wurde mit den Detailplanungen und mit den Materialbestellungen für die neuen Tragwerke der Steganlage Schwechat Wildbach begonnen und die Werksfertigung in Angriff genommen. Die 1991 begonnene Instandsetzung des Verkehrsbauwerkes Lobkowitzbrücke konnte dank guter Witterung im Jänner 1992 mit der Betoninstandsetzung der oberstromigen Fertigteilträger sowie der Instandsetzung des Randbalkenbereiches abgeschlossen werden. Nach dem erforderlich gewordenen Abbruch der alten Stiegenanlage Schmelzbrücke wurde mit den Bauarbeiten für eine neue Stiegenanlage, die dem Erscheinungsbild der alten entspricht, im Mai 1992 begonnen. Fertiggestellt wurde das Bauwerk im November 1992. Bei der Stiegenanlage Spießweg wurde die bestehende Stiegenanlage abgetragen und eine neue Stahlkonstruktion, fundiert auf Brunnen Gründungen, hergestellt. Die Bauarbeiten wurden im Mai 1992 begonnen und im Juli 1992 abgeschlossen. Nach der zu Pfingsten 1991 im Bereich des Stützbauwerkes Sophienalpenstraße Kehre 2 nach schweren Regenfällen erfolgten Hangrutschung wurde die Instandsetzung dieses Bereiches der Abteilung übertragen. Nach Bereitstellung der finanziellen Mittel konnte Ende 1992 mit der Errichtung eines neuen Stützbauwerkes begonnen werden. Zusätzlich zum Stützbauwerk aus großen Bruchsteinen mit Böschungsgestaltung wurden eine Begrenzungsmauer mit Leiteinrichtungen sowie ein Einlaufbauwerk mit Rohrunterquerung der Sophienalpenstraße errichtet. Die Arbeiten konnten trotz schwieriger Witterungslage noch am 23. Dezember 1992 abgeschlossen werden. Im November 1992 wurde die Abteilung mit der Errichtung einer Höhensicherung vor dem Siemenssteg und der Bahnbrücke über die Siemensstraße beauftragt. Nach kurzfristiger Planung konnten die beiden Höhensicherungen noch im Dezember 1992 einschließlich flächenhafter, rückstrahlender, abgehängter Leitbaken sowie neuer Verkehrszeichen errichtet werden.

Im Rahmen der Brückenerhaltung bei Bundesbauten wurden bei der Stadionbrücke im Zuge der B 227 — Donaukanal Straße im Bereich der äußeren Fahrspuren sowie der beiden Gehwege auf Grund der festgestellten Mängeln an den im Jahre 1991 abgeschlossenen Instandsetzungsarbeiten Probeöffnungen hergestellt und Überprüfungen für die Bauvorbereitung der notwendigen Instandsetzung vorgenommen. Die Durchführung der Mängelbehebung ist für Mitte 1993 geplant.

Nachdem bei der Praterbrücke im Zuge der A 23 — Südosttangente vor allem im Bereich des Stromtragwerkes der Verschleißbelag bereits äußerst schadhaf ist und eine Instandsetzung der Praterbrücke voraussichtlich erst im Zuge der Hebung 1996/97 erfolgen kann, mußte Ende 1992 die Erneuerung der Fahrbahnverschleißschicht der rechten Fahrspur des Stromtragwerkes durchgeführt werden.

Im Fahrbahnbereich der Reichsbrücke im Zuge der B 8 — Angerer Straße erfolgten eine Überarbeitung der Fahrbahnverschleißschicht sowie die Neuherstellung von Notausstiegen aus dem Kollektor im Mittelstreifenbereich einschließlich der Belags- und Abdichtungsanschlüsse. Diese Arbeiten konnten Ende 1992 abgeschlossen werden. Weiters erfolgte eine Überarbeitung der Fertigteilabhängungen sowie der Entwässerungsmasseleitungen an den Tragwerksuntersichten über den Gehwegen; diese Arbeiten werden 1993 weitergeführt.

Bei der Gürtelbrücke im Zuge der B 221 — Wiener Gürtel Straße wurde im Bereich der Auffahrtsrampe von

der B 227 — Donaukanal Straße Richtung Döblinger Gürtel beim Rampenwiderlager die Dilatation ausgebaut, instand gesetzt und wieder eingebaut, in diesem Zusammenhang erfolgte auch eine Überarbeitung der angrenzenden Fahrbahnbeläge. Im Bereich der Stiegenanlage Wasserleitungswiese erfolgten eine komplette Überarbeitung und Instandsetzung der Stiegenuntersichten sowie der Einbau einer neuen Gehwegdilatation und die Instandsetzung der Randbalken sowie der Belags- und Abdichtungsanschlüsse. Im Stützmauerbereich von der linken Donaukanalbegleitstraße bis zur Klosterneuburger Straße erfolgte eine betonmäßige Instandsetzung der Stützmauerkrone bzw. des Randbalkens der Stützmauer Rampe 20. Bezirk.

Nachdem zufolge der Straßenverlegung im Zusammenhang mit der U6 zusätzliche Parkflächen für die Wohnhausanlage Klosterneuburger Straße 99 geschaffen worden waren, wurde im Bereich der Abfahrtsrampe 20. Bezirk neben dem Parkplatz dieser Wohnhausanlage ein neues Aluminiumgeländer einschließlich gewellten Aluminiumspritzen montiert.

Die im Jahr 1991 begonnene Herstellung von Entwässerungsleitungen, einem Kanalsystem und einem Absetzbecken bei der Hochstraße Inzersdorf im Zuge der A 23 wurde im Jahr 1992 abgeschlossen.

Nachdem eine Neuerrichtung der Bitterlichbrücke im Zuge der B 225 — Wienerberg Straße in den nächsten Jahren nicht in Sicht ist, mußte Ende 1992 die Fahrbahnverschleißkonstruktion aus Holzbohlen (Brückenstreu) neu hergestellt werden.

Als sich die mit Tag- und Nachtarbeit ausgeschriebene Generalinstandsetzung der Edelsinnbrücke im Zuge der B 224 — Altmanndorfer Straße als zu teuer herausstellte, wurde im Sommer 1992 nur der östliche Gehweg der Edelsinnbrücke neu hergestellt. Im Zuge dessen erfolgten auch eine örtliche Instandsetzung im Fahrbahnbereich sowie eine Überarbeitung der Randbalken und Geländer. Die Generalinstandsetzung wurde um einige Jahre verschoben.

Nach der im Sommer 1991 durchgeführten Instandsetzung der Stützmauer Unterfahung Kennedybrücke im Zuge B 1 — Wiener Straße wurde im Sommer 1992 die erforderliche örtliche Instandsetzung der Feuchtigkeitsabdichtung im Bereich der Anschlüsse der Dachstützen des Verkehrsbauwerkes durchgeführt und abgeschlossen.

Im Bereich der Flötzersteigbrücke erfolgten im Sommer 1992 eine örtliche Belagsinstandsetzung sowie vor allem die Instandsetzung der Dilatationsbereiche.

Im Bereich des stadtauswärtigen Widerlagers der Heiligenstädter Hangbrücke im Zuge der B 14 — Klosterneuburger Straße wurden im August/September 1992 Betoninstandsetzungen, die Ergänzung von Lagerstockern sowie eine Lagerauswechslung durchgeführt und abgeschlossen.

Im Bereich der Objekte B 1958 und B 1983 bis B 1986 der Hochstraße Nußdorf im Zuge der B 14 wurde in den Hohlkästen das gesamte Oberflächen- und Unterflächenentwässerungssystem überarbeitet und zum Teil neu fixiert.

Im Bereich der Hangsicherung Leopoldsberglehne im Zuge der B 14 erfolgten eine weitere Überarbeitung der Hangbereiche sowie eine Räumung des angefallenen Geröllmaterials.

Im Frühjahr 1992 wurde mit der Überarbeitung des Korrosionsschutzes der beiden Tragwerke der Floridsdorfer Brücke im Zuge der B 226 — Floridsdorfer Straße über die Donau und Neue Donau begonnen. Im Zuge dessen sind auch Arbeiten an den begehbaren Gitterrosten der Untersichten erforderlich. Die Arbeiten werden noch bis Ende 1993 dauern.

Beim Tragwerk der Floridsdorfer Brücke Plateau A 22 im Zuge der B 226 über die A 22 — Donauuferautobahn erfolgte im Sommer 1992 eine Instandsetzung der Tragwerksfugen sowohl im Anschlußbereich zur Brücke über die Neue Donau bzw. zum Kollektor als auch zu den vier Rampenbauwerken der Auf- und Abfahrten. Im Bereich der beweglichen Lager wurden dauerelastische Vergußfugen eingebaut.

Im Fahrbahnbereich der Inzersdorfer Brücke im Zuge der B 230 — Laxenburger Straße erfolgte im Sommer 1992 eine Überarbeitung und Teilerneuerung der Fahrbahnverschleißschicht. Im Bereich des Bundeslagerplatzes Leberstraße wurde als Begrenzung zur Leberstraße eine Stützmauer hergestellt. Im Zuge dieser Mauererrichtung wurde auch eine neue Einfahrt geschaffen. Innerhalb des Lagerplatzbereiches konnten die Erdbewegungen abgeschlossen und ein weiterer Teilbereich (rund 3.000 m²) asphaltiert werden. Im Bereich einzelner Stiegenanlagen wurden Radschieberillen hergestellt und montiert (Gürtelbrücke, Stadionbrücke usw.). Bei verschiedenen Brückenobjekten erfolgte eine örtliche Überarbeitung des Belages bzw. die Erneuerung der Fugenvergüsse, wie z.B. bei der Nordbrücke, der Rampe im Zuge des Knotens Nußdorfes usw. Die Arbeiten für die laufende Brückenwartung wurden ebenso durchgeführt wie die Schadensbehebungen nach Verkehrsunfällen. Im Zuge der laufenden Instandhaltung und Instandsetzung der diversen Gemeinde- und Bundesobjekte wurden die entsprechenden Baumeisterarbeiten, Stahlbauarbeiten, Korrosionsschutzarbeiten sowie Belags- und Abdichtungsarbeiten im Rahmen von Kontrahentenverträgen durchgeführt.

Der Fachbereich Grundbau bearbeitet mit seinen vier Gruppen das zweite große Aufgabengebiet der Abteilung.

Die Gruppe Geologie und Baugrunderkundung betreute neben den von den anderen Gruppen des Fachbereiches Grundbau behandelten Bauvorhaben und den Aufschlußbohrungen im Wiener Raum auch die großen laufenden U-Bahn-Baustellen (U3 und U6-Nord bzw. U6-Süd) sowie die Altlastenerkundungen der MA 45 (Lackenjöchl und Langes Feld). Im Zuge der Arbeiten wurden Erhebungen für 51 neue Bauakte durchgeführt.

Die MA 31 wurde insbesondere bei aktuellen Problemen der Hangsicherung im Verlaufe der II. Wiener Hochquellenwasserleitung, der Wassergewinnung (Kräuterbrunnen) und der Wahl einer neuen Trasse für die II. Wiener Hochquellenwasserleitung im Raume östlich von Scheibbs sowie hinsichtlich der Einflüsse von Wildfütterungen im weiteren Bereich von Wildalpen geologisch beraten. Weiters wurden gemeinsam mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien und der Abteilung für Karstforschung und Höhlenkunde des Naturhistorischen Museums Karstforschungsprojekte entwickelt, die der Erkundung der hydrogeologischen Verhältnisse in den Quellgebieten der steirisch-niederösterreichischen Kalkalpen dienen. Diese Projekte werden von der MA 31 bzw. der MA 22 unter finanzieller Beteiligung des Bundes (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung — Rohstoffforschung) durchgeführt. Auch beim U-Bahn-Bau erfolgte im Zuge der Tunnelvortriebe beim Bauabschnitt U3/15 die geologische Betreuung. Die Planungsarbeiten bei den zukünftigen Bauabschnitten U3/16 — 18 und bei der U3-Ost wurden geologisch-geotechnisch unterstützt. Das Projekt „Tiefensüßwasser“ ist im Juni 1992 abgeschlossen worden. Die MA 45 wurde hinsichtlich des Verdachtsflächenkatasters intensiv beraten und unterstützt.

Die Sammlung der Daten über den Baugrund von Wien (Baugrundkataster) wurde systematisch weitergeführt. So konnten dem Bestand 717 neue Einlagen zugeführt werden. Die Bedeutung des Katasters wird auch durch die zunehmende Benutzung der darin gesammelten Unterlagen unterstrichen: Im Jahre 1992 erfolgten 246 Einsichtnahmen vor allem durch Zivilingenieurbüros. Die Einnahmen von 189 bezahlten Einsichtnahmen betragen 30.240 S.

Die MA 30 wurde hinsichtlich der Planung eines Kanalsystems im rutschgefährdeten Teil des Satzberges, dem „Kordon“, unterstützt. Die MA 49 konnte bezüglich der Erosionsgefährdungen im Bereich des Karlgrabens am Südrand des Hochschwabs (Gemeindegebiet St. Ilgen) beraten werden. Dem Dezernat 6 der MD-BD stand die Gruppe Geologie bei einer dezentralisierten Brauchwasserversorgung im 21. und 22. Bezirk beratend zur Seite. Gemeinsam mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien wurde (mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) das Projekt Strong-Motion-Meßnetz in Wien begonnen. Die dazu notwendigen Meßgeräte wurden angeschafft und bereits an den vorgesehenen Standorten montiert.

Von der Gruppe Baugrunduntersuchungen wurden für eine Vielzahl von Bauvorhaben in direkter Rückkopplung mit der Planung die erforderlichen Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Dabei sind insbesondere nachstehend angeführte Bauvorhaben hervorzuheben:

Für den Neubau des Wientalsammler-Entlastungskanals Bereich Urania bis Stubenbrücke sind die Baugrunduntersuchungen begonnen worden. Zur Erfassung von Altdeponien und Altlasten in Wien wurden zahlreiche Bohrungen abgetäuft und Grundwassermeßpegel hergestellt. Desgleichen sind zur Erfassung der Wasserqualität in Wien in Vollziehung des Hydrographiegesetzes zahlreiche Grundwassermeßstellen hergestellt worden. Für die projektierte U-Bahn-Linie U3 im Abschnitt Ost wurden orientierende Probebohrungen ausgeführt. Im Rahmen des zwischen der Stadt Wien und dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) getroffenen Übereinkommens, das die Mitwirkung bei der Durchführung von grundbautechnischen Vorarbeiten für die Stadterweiterungsfläche Nr. 33/05 östlich Süßenbrunner Straße betrifft, wurden Baugrunduntersuchungen gegen Ersatz des Personal- und Sachaufwandes durchgeführt. Insgesamt sind im Jahre 1992 von der Gruppe Baugrunduntersuchungen rund 3.000 Laufmeter Schächte und Bohrungen, 40 Grundwassermeßstellen und etwa 300 Laufmeter Rammsondierungen (schwere Rammsonde SRS) hergestellt worden.

Die Gruppe Bauberatung — Tiefbau und U-Bahn-Bau betreute über Ersuchen der Wiener Bundesstraßen AG die Verlängerung der A 23 Südosttangente (Abschnitt Kaisermühlen-Hirschstetten) und die B 302-Wiener Nordrandstraße (Abschnitt Hirschstettner — Wagramer Straße). Sämtliche in Ausführung begriffene Erd-, Straßen-, Brücken- und Straßentunnelbaustellen wurden grundbautechnisch beraten und auf der Baustelle fachlich betreut. Hervorzuheben sind die Baustelle Grundwasserwanne, bei der unter Anwendung von verschiedensten Spezialtiefbaumaßnahmen wie Spundungen, Ankerungen, Rütteldruckverdichtung, Hochdruckbodenvermörtelung und Grundwasserhaltung unter dem bestehenden ÖBB-Brückenobjekt HS 6 im Grundwasser eine wasserdichte Straßenwanne entstand. Das im Herbst 1992 in Betrieb gegangene Großkraftwerk Simmering wurde während der gesamten Bauzeit grundbautechnisch erfolgreich betreut. Im Bereich des U-Bahn-Baus lag das Schwergewicht der Tätigkeit auf der grundbautechnischen Betreuung der laufenden Baulose U3/11 bis U3/13, U3/15, der Baulose U6/11 bis U6/16 (Erweiterung der U6 nach Norden-Floridsdorf) und der Baulose U6/9 Teil 1 bis Teil 5 (Erweiterung der U6 nach Süden-Siebenbrunn). Dabei lagen die Schwerpunkte vor allem bei den Herstellungen der Tunnelneubauweise in geschlossener Bauweise, den Schlitzwandherstellungen der einschaligen-offenen Bauweise, den Grundwasserhaltungen und Grundwasserausgleichsanlagen mit Brunnen, Pegelanlagen und Dükkern sowie den Pfahlgründungen der Hochstrecken und der Herstellung der Pfeiler für die Donaubrücke im Zuge der U6/14. Für die Erweiterung der U-Bahn-Linie U3 nach Westen mit den Baulosen U3/16 bis U3/18 erfolgte die Mitarbeit bei der Ausschreibung und bei den technischen Anbotsbearbeitungen. Die U3-Ost wurde im Zuge der generellen Planung geotechnisch mitbetreut. Weiters erfolgte im gesamten U-Bahn-Bereich die Tätigkeit als Amtssachverständige mit der Erstellung grundbautechnischer Auflagen im eisenbahnrechtlichen Geneh-

migungsverfahren und deren Überwachung. Ferner wurden beispielsweise die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, vor allem in Zusammenhang mit Fremdbauten im Einflußbereich bestehender U-Bahn-Anlagen, die MA 30, MA 31 und Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. bei tiefliegenden Leitungsbauten, die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke (Kraftwerke Simmering und Donaustadt) oder die Gruppe Brückenbau (z.B. B 3 — Gleisdreieck Floridsdorf, Überplattung der A 22) im Zuge eigener Bauführungen grundbautechnisch beraten und bei der Bauüberwachung fachlich unterstützt. Zu nennen sind vor allem hier die Baustelle Hirschstettner Straße der MA 30, bei der mit begleitender Schwingungsmessung Rammarbeiten so gesteuert wurden, daß nur minimale Beeinflussungen des Bestandes auftraten, sowie die geotechnische Mitarbeit bei der schwierigen Planung der MA 31 für den Ersatzstollen „Umgehung Scheibbs“. Desgleichen erfolgte bei vielen behördlichen Bauverfahren die Tätigkeit als grundbautechnische Amtssachverständige. Im Rahmen des Referates geotechnische Meßtechnik und EDV wurden für die Wiener Wasserwerke im Trassenbereich der II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Gebiet Preßbaum-Scheibbs) und im Wiener Raum für verschiedene U-Bahnbaulose Horizontalverschiebungsmessungen durchgeführt. Diese Tätigkeiten beinhalten die Messung, Auswertung und die Erstellung entsprechender Stellungnahmen zu den einzelnen Messungen. Weiters wurden in ausgewählten Grundwassermeßstellen (Pegel) elektronische Pegelsonden installiert, abgelesen und ausgewertet. Schließlich sind die geotechnische Beratung und Betreuung bei der Absicherung von Altlasten zu erwähnen, wobei im Jahr 1992 vor allem das Projekt „Langes Feld“ erwähnt werden muß. Ebenso erfolgte die stete grundbautechnische Amtssachverständigkeit im Wasserrechtsverfahren für alle Altlastenbeurteilungen.

Die Gruppe Bauberatung-Hochbau führte bei zahlreichen städtischen Bauten die grundbautechnische Beratung sowohl bei der Projekterstellung als auch bei der Bauausführung durch. So waren im Rahmen des derzeitigen, sehr umfangreichen Schulbauprogramms zahlreiche Projekte zu betreuen, wobei es sich stets um Zubauten zu bestehenden Schulen, teils um Neugründungen handelte. Beispielsweise wurden für die Projekte in 21, Prießnitzgasse und Irenäusgasse, 13, Hietzinger Hauptstraße 166—168, 11, Fuchsröhrenstraße und 14, Waidhausenstraße, Baugrund- und Gründungsgutachten erstellt. Auch die Mitarbeit am Wohnbauprogramm der Stadt Wien wurde in gewohnter Weise fortgeführt, unter anderem wurden für folgende Wohnbauvorhaben Gutachten verfaßt: 4, Goldeggasse 28, 12, Altmannsdorfer Straße 10—14, 4, Argentinier Straße 44, 16, Ludo-Hartmann-Platz/Koppstraße, 4, Karolinengasse 15, 4, Mommsengasse 18, 12, Grieshofgasse 10, 12, Gaßmannstraße/Edelsinnstraße, 15, Viktoriagasse 10 und Würffelgasse 6—8, 13, Speisinger Straße 44—48, 21, Jedlersdorfer Straße 296—300, 21, westlich Brünner Straße, 13, Hofwiesengasse 22, und 21, Prager Straße/Rudolf-Virchow-Gasse. Es handelte sich dabei teils um Baulückenverbauungen, bei denen häufig in Zusammenhang mit der Frage der Sicherung der Nachbargebäude gründungstechnische Probleme auftraten, teils um umfangreiche Projekte im Rahmen der Stadterweiterung. Ein neues Aufgabengebiet wurde der Abteilung durch einen Vertrag mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) eröffnet. So übernahm die Gruppe Bauberatung-Hochbau die fachliche Beratung des WBSF bei den Stadterweiterungsprojekten in 22, östlich Süßenbrunner Straße und in 21, westlich Brünner Straße. Bei zahlreichen in der Ausführungsphase befindlichen städtischen Bauvorhaben wurde eine grundbautechnische Beratung vor Ort durchgeführt. Als Beispiele sind die Wohnbauten in 11, Simmeringer Hauptstraße 30—32, 20, Pappenheimgasse/Romanogasse, 3, Würtzlerstraße/Barthgasse, 8, Skodagasse, 2, Rueppgasse, 5, Wiedner Hauptstraße 132, und 5, Margaretenstraße 105, die Schulbauten in 13, Hietzinger Hauptstraße, 15, Schweglerstraße, 21, Prießnitzgasse und in 23, Dirmhirngasse sowie das Kindertagesheim in 21, An der oberen Alten Donau zu nennen.

Die Gruppe Bauberatung-Hochbau wurde auch wieder häufig von der Baubehörde zu Beratungs- und Gutachtertätigkeit im Rahmen von Baubewilligungsverfahren bei privaten Bauvorhaben herangezogen. Dabei standen insbesondere Fragen der Sicherung von Nachbargebäuden im Rahmen von Lückenverbauungen während den Bauarbeiten im Vordergrund.

Im Fachbereich Allgemeines, Brückenprüfung und Sonderbauten wurden von der Gruppe Brückenprüfung im Jahre 1992 154 Hauptprüfungen, 513 periodische Überwachungen und 1.449 Befahrungen durchgeführt. Die Prüfung der Überkopfwegweiser erfaßte 145 Objekte (davon 17 Hauptprüfungen). Die Hauptprüfungen bezogen sich unter anderem auf die Praterbrücke, Salztorbrücke, Hochstraße St. Marx, Brigittenauer Brücke usw., aber auch auf 11 Brücken in den Quellschutzgebieten der Stadt Wien. Außerdem wurden 1992 42.000 lfm Stützmauer, Schallschutzwände und Stiegenanlagen überwacht und überprüft. Ferner wurden 426 Schwertransportansuchen in brückenbautechnischer Hinsicht bearbeitet. 51 Transporte mußten auf Grund des hohen Fahrzeuggewichtes über die Brückenobjekte geleitet werden.

Im Wirkungsbereich der Gruppe Sonderbauten wurden bei der Gürtelbrücke — Auffahrtsrampe Heiligenstädter Straße, Auffahrtsrampe von der B 227 Donaukanal Straße auf die Gürtelbrücke und dem Tragwerk über den Betriebsbahnhof und die Heiligenstädter Lände die Spannglieder auf ordnungsgemäße Ausinjizierung überprüft und, wo erforderlich, nachinjiziert. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten mußten auch 10 Revisionsöffnungen in den Bodenplatten der Hohlkästen hergestellt werden. Auf Grund stark korrodierter Spannglieder bei den Rampenniederhängungen Widerlager R“ (Bereich B 227) wurden aus sicherheitstechnischen Gründen sofort erforderliche Ersatzmaßnahmen durch Stabilisierung des Tragwerkes bei der Stütze Q2 durchgeführt.



Amtsführender Stadtrat Dr. Michael Häupl bei der Ausstellung „Frühlingsblumen“

Foto: Landesbildstelle

Die österreichischen Olympiasieger im alpinen Schilauf werden von Wiens Bürgermeister empfangen

Foto: PID





Stadtrat Dr. Michael Häupl bei der Tropenwaldwoche

Foto: Landesbildstelle

Eröffnung der Stephaniewarte auf dem Kablenberg

Foto: Rohrmoser



Ebenso wurden im Herbst bei der Salztorbrücke die Spannglieder auf ordnungsgemäße Ausinjizierung überprüft und, wo erforderlich, nachinjiziert. Beim Brückenobjekt B 2242 im Knoten Donaupark A 22 — Donauufer Autobahn wurden zwei schadhafte Lagersockel durch Auspressen der vorhandenen Risse und einer Umwehrung mit Bandstahl saniert.

Im Rahmen der Tätigkeiten der Gruppe Allgemeines wurde in der Außenstelle der MA 29 in 19, Grinzing Straße 151, ein Verbindungsgang zwischen zwei getrennt situierten Bürogebäuden errichtet.

Im Rahmen der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) wurden unter ständiger Mitwirkung von Mitarbeitern der Abteilung in der Arbeitsgruppe „Brückenbau“ wichtige Detailprobleme, die die laufenden Brückenprüfungen, die Brückenerhaltung und den Neubau von Brücken (Randbalken, Übergangskonstruktionen, Leitschienen, Brückenabdichtungen usw.) betreffen, sowie in der Arbeitsgruppe „Tunnelbau“ die Erfordernisse für die Projektierungen, den Bau, den Betrieb und die Erhaltung, die Sicherheitseinrichtungen und die Dokumentation diskutiert und an der Ausarbeitung dementsprechender Richtlinien und Leistungsbeschreibungen, die vor allem im Bundesbereich und in weiterer Folge auch im Gemeindebereich zur Anwendung kommen sollen, weitergearbeitet.

In der Arbeitsgruppe „Brückenbau“ waren zahlreiche Mitarbeiter der Abteilung, aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Brückenprüfung und Brückenerhaltung“, „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten (Neubau bzw. Erhaltung)“, „Korrosionsschutz“, „Brückenausrüstung“, „Brückenabdichtung“ und „Stahlkonstruktionen“, tätig. Hierbei werden in den drei Unterausschüssen „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung“, „Sondertransporte, Belastungsannahmen für Brücken und Brückendaten“ und „Instandsetzungsmethoden, Richtlinien und Zulassungen“ des Arbeitsausschusses „Brückenprüfung und Brückenerhaltung“ neue Richtlinien erarbeitet.

Im Unterausschuß „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung“ wurde die Erarbeitung der „Richtlinie für die Überwachung und Prüfung von Straßenbrücken (Fassung April 1992)“ abgeschlossen und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten für verbindlich erklärt.

Im Rahmen des Ausschusses „Instandsetzung, Richtlinien und Zulassungen“ wurden im Jahre 1992 die Gutachten und die Prüfanforderungen, die die hydraulischen Betoninstandsetzungsmörtel sowie Betonbeschichtungen betreffen, beraten und die entsprechenden Anträge zur Beschlußfassung an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gestellt.

Im Rahmen des Arbeitsausschusses „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten“ wird an der Erstellung einer entsprechenden EDV-gerechten Leistungsbeschreibung für den Brückenbau gearbeitet. Alle Kapitel für die Herstellung von Rohtragwerken wurden fertiggestellt und stehen nach der Bearbeitung von Einsprüchen vor der Veröffentlichung. Die Kapitel für Brückenausrüstung, Belag und dgl. wurden weiter bearbeitet und zum Teil zur Begutachtung ausgesandt. Die Kapitel für den Korrosionsschutz bei Neuherstellungen und Instandhaltungen wurden begonnen.

Im Rahmen des Unterausschusses „Leistungsbeschreibung für Brückeninstandsetzung“ wurde die Erstellung einer EDV-gerechten Leistungsbeschreibung für Brückeninstandsetzungen fortgesetzt, einige wesentliche Kapitel wurden bereits dem Koordinationsausschuß vorgelegt.

Im Arbeitsausschuß „Brückenausrüstung“ wurde in den Unterausschüssen „Übergangskonstruktionen“, „Leitschienen“ und „Randleisten“ bei der Überarbeitung bestehender Richtlinien bzw. Entwicklung und Verarbeitung neuer Erkenntnisse im Hinblick auf Sicherheit und Wartungsfreundlichkeit weiter mitgearbeitet, wobei die im Unterausschuß „Leitschienen“ entwickelten Leitschienensteher mit Verankerung durch Aufschraubung Ende 1992 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zugelassen wurden. Die Arbeiten im Unterausschuß „Randleisten“ wurden abgeschlossen und das Ergebnis dem Hauptausschuß zugeleitet.

In der Arbeitsgruppe „Tunnelbau“ sind zwei Mitarbeiter des Fachbereiches „Grundbau“ und ein Mitarbeiter des Fachbereiches „Brückenbau und Straßentunnel“ aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Tunnelbau im Stadtbereich“ und „Projektierung und Bau“ tätig.

Im Arbeitsausschuß „Tunnelbau im Stadtbereich“ sind vier Unterausschüsse tätig („Bautechnische und geotechnische Vorarbeiten“, „Leistungsbeschreibung“, „Statisch-konstruktive Richtlinien zur geschlossenen Bauweise“ und „Statisch-konstruktive Richtlinien zur offenen Bauweise“). Alle oben angeführten Unterausschüsse erarbeiten die Grundlagen für die zur Planung und Ausschreibung von Tunnelbauwerken im Stadtbereich nötigen Unterlagen, die dann von der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) veröffentlicht werden. Die Unterlagen über die „Statisch-konstruktive Richtlinie zur offenen Bauweise“ wurden zum Großteil dem Veröffentlichungsausschuß vorgelegt.

Der Arbeitsausschuß „Projektierung und Bau“ befaßt sich mit oben genannten Problemen in den außerhalb von Städten liegenden Bereichen (Land). Diese Grundlagen werden derzeit erarbeitet und in den nächsten Jahren veröffentlicht.

Neben diesen Gremien im Rahmen der FVS werden auch unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten in verschiedenen Arbeitskreisen auf höherer Ebene Themen des Brücken- und Tun-

nelbaues, der Brückenkontrolle und -erhaltung unter Beiziehung von Mitarbeitern der Abteilung diskutiert und generelle Richtlinien erarbeitet.

Im Arbeitskreis zur Überwachung und Prüfung von geankerten Konstruktionen wurde die Erarbeitung von Prüfrichtlinien weitergeführt.

Schließlich waren im Jahre 1992 in folgenden Fachausschüssen bzw. in deren Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen des Österreichischen Normungsinstitutes Vertreter der Abteilung tätig: FNA 010-Beton-, Stahlbeton- und Massivbau, FNUA 010b-Spannbeton, FNA 013-Stahlbau, FNA 014-Brückenbau-Allgemeines, FNA 023-Grundbau, FNUA 023a-Klassifikation, Probeentnahme und Dokumentation, FNUA 023b-Labor- und Feldversuche, FNUA 023c-Grundbau-Berechnungsverfahren, FNUA 023d-Besondere Gründungsverfahren, AG 023.01-Erd- und Felsanker, FNA 050-Anstrichmittel, FNA 051-Natürliche Gesteine, FNA 097-Bergbau, FNA 157-Abfallwirtschaft, 157b.02-Deponieabdichtungen, FNA 169-Bauleistungen, FNA AG 169.02-Untertagebauarbeiten, AG 169.05-Erdarbeiten, FNA 174-Korrosionsschutzarbeiten und FNA 211-Straßenausstattung, FNUA 211a-Verkehrslenkung, AG 211.01-Schutzbarrieren, Anpralldämpfer und Brückengeländer, AG 211.04-Lärmschutzeinrichtungen, Brandschutzwände, Notrufsäulen und andere Einrichtungen.

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaus von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1992 rund 8.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 132.207 Leuchten mit insgesamt 224.209 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 13.444 kW, der Stromverbrauch 49.648.545 kWh. Die Verminderung der statistischen Werte der Stadt Wien gegenüber 1991 entstanden aus der kompetenzmäßigen Ausgliederung der öffentlichen Beleuchtung auf Bundesstraßen A (Stadt-autobahnen) mit 1. Jänner 1992.

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im folgenden nur einige hervorgehoben werden: Ausgelöst durch den Straßenneubau in der Babenbergerstraße mußte die Ausleuchtung neu situiert werden. Die Ausleuchtung der Hauptfahrbahn erfolgt nun durch beidseitig angeordnete Lichtmaste mit Bogenausleger und einer Leuchte der Type „Stephansplatz“. Als Leuchtmittel ist eine Natriumhochdruckdampfampe 150 W eingesetzt. Der überbreite Gehsteig auf der Häuserseite wird von Kandelabern der Type „Ringstraße“, bestückt mit einer Natriumhochdruckdampfampe 70 W, ausgeleuchtet.

Der Rückbau der Steudelgasse im 10. Bezirk erfolgte durch Einbau eines einseitig angeordneten Fuß- und Radweges, der durch einen Grünstreifen mit einer Baumreihe baulich von der Verkehrsfläche getrennt wurde. Infolge der Verkehrsachsenverschiebung wurde ein Umbau der bestehenden Mittelbeleuchtung auf längshängende Leuchtstoffleuchten, 2 x 40 W, erforderlich wobei auch eine Erneuerung der Stahldrahtverspannung und Versorgungsleitungen durchgeführt wurde.

Mit Mitteln aus dem Bezirksbudget wurde am Paltramplatz im 10. Bezirk eine neue Parkanlage errichtet, wobei als Beleuchtung konische Lichtständer mit Leuchten der Type „Lamprecht“ ausgewählt wurden. Als Lichtquelle fand eine Natriumhochdruckdampfampe 70 W Verwendung.

Ebenfalls aus Mitteln des Bezirksbudgets bedeckt wurde im Zuge der Umgestaltung der Parkanlage am Lorenz-Bayer-Platz im 17. Bezirk die Beleuchtung erneuert. Die Ausleuchtung der Parkanlage erfolgt mit Kandelaber der Type „Altstadt“, als Leuchtmittel wird eine Natriumhochdruckdampfampe 70 W verwendet.

Im Zuge der Verwirklichung eines Wohnstraßenprojektes der MA 19 wurde die bestehende Mittelbeleuchtung in 18, Schopenhauerstraße-Staudgasse demontiert und durch eine Lichtständeranlage mit Leuchten der Type „Lamprecht“ ersetzt. Als Lichtquelle ist eine Natriumhochdruckdampfampe 70 W eingesetzt. Auf Anregung des Bezirkes entwickelten Mitarbeiter den Prototyp einer formschöneren Ausleger-Leuchtenkombination für Holzmastanlagen, der der Öffentlichkeit im Rahmen einer Probebeleuchtung vorgestellt wurde und Zustimmung fand. Die Kombination, bestehend aus einem Bogenausleger mit größenangepaßter Hängeleuchte, wurde im 19. Bezirk in der Bellevuestraße auf Holzmaße und in der Kaasgrabengasse auf Lichtständerrohre montiert. Als Lichtquelle wurde nach Versuchen mit verschiedenen Lampentypen eine Natriumhochdruckdampfampe 70 W verwendet.

Im Zuge der Errichtung eines größeren Wohnareals in 22, Hausfeldstraße-Pilotenweg — Riegelgasse und der damit verbundenen Straßenbauten wurde auch der Neubau der öffentlichen Beleuchtung notwendig. Als Beleuchtungsart wurden Lichtständer der Type „Stadhalle“ mit Ansatzleuchten, die mit Leuchtstofflampen 2 x 40 W bestückt sind, gewählt. Auf Wunsch der Bevölkerung wurde aus Mitteln des Bezirksbudgets auf dem Fußweg zwischen Meggagasse und Linke Wasserzeile im 23. Bezirk die Ersterrichtung einer öffentlichen Beleuchtung ausgeführt. Eine in der Abteilung neue Lichtständertypen diente hier erstmals als Beleuchtungsart. Es handelt sich dabei um ein zylindrisches PVC-Rohr mit einer rotationssymmetrischen Aufsatzleuchte, die als Lichtquelle eine stromsparende Kompaktleuchtstofflampe 2 x 13 W verwendet.

Die Abteilung betreute zur Zeit 196 öffentliche Uhren, und zwar: 78 Würfeluhrn, 8 Springzifferuhren, 77

Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 16 Uhren auf sonstigen Objekten. 183 davon werden auf dem Funkwege ferngesteuert. 5 Uhren erhalten das Steuersignal vom Uhrenfunktender der Abteilung (Frequenz 445,2 MHz), 178 Uhren werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der deutschen Bundespost (Frequenz 77,5 kHz) synchronisiert.

1992 wurden Wüfeluhren (Lichtmastuhren) in 1, Schwarzenbergplatz, 2, Lassallestraße — Vorgartenstraße, 3, Ludwig-Koefler-Platz, 8, Josefstädter Straße — Skodagasse, 9, Währinger Straße — Währinger Gürtel, 12, Breitenfurter Straße — Altmannsdorfer Straße, 16, Johann-Nepomuk-Berger-Platz, 18, Pötzleinsdorfer Straße — Schafberggasse, 19, Sieveringer Straße — Billrothstraße, 20, Friedrich-Engels-Platz, 21, Prager Straße — Rußbergstraße und in 22, Wagramer Straße — Schüttaustraße generalüberholt. Bei Kirchen- bzw. Gebäudeuhren in 7, Lerchenfelder Straße (Alt-Lerchenfeld), 10, Keplerplatz (St. Johann), 11, Kobelgasse (Alt-Simmering), 14, Laurentiusplatz (Breitensee), 15, Kardinal-Rauscher-Platz und 23, Kalksburg, Kirchenplatz waren zum Teil aufwendige Instandsetzungsarbeiten durchzuführen.

Von den Projekten, die 1992 im Versuchsaum bearbeitet wurden, sind folgende zu nennen: Die vorhandenen Programme zur Beleuchtungsberechnung auf dem Rechner HP 9825 mußten neu erstellt werden, da das Gerät nicht mehr funktionsfähig war. Die Programme wurden in C++ neu geschrieben und sind nun auf jedem PC lauffähig. Ein Ziel dieser Umarbeitung war ein höherer Bedienungskomfort, außerdem sollte das neue Berechnungsverfahren der LTAG berücksichtigt werden.

Die Marktgemeinde Finkenstein hatte an die Abteilung das Ersuchen gerichtet, ihr beim Neubau der Beleuchtung für die Ortsdurchfahrt im Wege der Amtshilfe behilflich zu sein. Es wurde ein Projekt erstellt, das auf die Leuchtenwünsche der Gemeinde eingeht und gleichzeitig die Bestimmungen der ÖNORM O 1050 erfüllt.

Ferner konnte eine Reihe von bei der Abteilung verwendeten Leuchten, von den Herstellern in neuen, verbesserten Ausführungen vorgestellt werden (AEG 2xPL18, AE-Krischanitz, AE-Lamprecht usw.). Die Leuchten wurden fotometriert, beurteilt und den Referaten zur Verwendung empfohlen.

Im Auftrag der MA 7 wurden die Anstrahlungsanlagen für das Burgtheater, das Casino — Haus (Dr.-Karl-Renner-Ring 14), die Michaelerkirche, den Michaelerplatz 2 (Bauplastik), die Oper, die Radetzkybrücke, die Seces-sion, die Urania und das Stadtgartenamt (Am Heumarkt 2b) errichtet bzw. instand gesetzt.

Stadtvermessung

Die Abteilung ist für die vermessungstechnische Betreuung sämtlicher Magistratsdienststellen zuständig. Darüber hinaus werden vor allem der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds und der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds vermessungstechnisch unterstützt. Insgesamt umfassen die Schwerpunkte der Aktivitäten alle Vermessungsleistungen für die Stadtentwicklung, Messungen an Großbaustellen und die Produktion der digitalen Stadtkarte. Die Abteilung ist nach den Fachbereichen der Vermessungstechnik in die Dezernate „Ingenieurgeodäsie“, „Liegenschaftsgeodäsie“ und „Kartografische Geodäsie“ gegliedert.

Im ingenieurgeodätischen Bereich stand 1992 die U-Bahn-Vermessung im Vordergrund. In allen Bauabschnitten mußten von Technikern des Referates „Baustellenmessungen“ laufend Vortriebsrichtungen kontrolliert, Absteckungen, Deformations- und Setzungsmessungen vorgenommen sowie die Toleranzen des Roh- und Innenausbaues meßtechnisch erfaßt werden. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten im Bereich der Abschnitte U 3/11 (Kirchengasse) bis U 3/15 (Johnstraße), die zusätzlich auch die Absteckungen für die Neugestaltung der Mariahilfer Straße umfaßten.

Technisch anspruchsvolle und aufwendige Präzisionsmessungen waren beim Bau der für die Linie U 6 errichteten Brücken auszuführen: das Einrichten der Pylonköpfe der Schrägseilbrücke über den Donaukanal, die Kontrolle der Pylone und des Tragwerkes während der Spannvorgänge sowie die kontinuierliche Lage- und Höhenkontrolle dieser im Taktchiebverfahren hergestellten Donaubrücke.

Die Vermessungen für den Ausbau der A 23 im Bereich Hirschstetten wurden fortgesetzt.

Das Referat Allgemeine Vermessungen hat für kommunale Projekte 149 Lage- und Höhenpläne zur Verfügung gestellt. Dazu zählen unter anderem Unterlagen für die Projektierung der U 3-West (Bereich Ottakring) und U 3-Ost (Bereich Simmering) sowie Straßenvermessungen, die den A 23-Laaerbergstunnel und die Prater Hochstraße, den B 3-Rückbau Prager Straße, den Umbau der Längenfeldgasse im 12. Bezirk, die Neugestaltung des Gaußplatzes im 20. Bezirk und die Neugestaltung des Franz-Jonas-Platzes im 21. Bezirk betreffen. Vor allem bei den Vermessungen der Stadtautobahnen handelt es sich um technisch schwierige Arbeiten, da die Straßenflächen möglichst ohne Einschränkung des Autoverkehrs aufzunehmen waren. An Projektsunterlagen für den Hochbau waren wieder Vermessungspläne für das Wohnbauprogramm der Stadt Wien, das Schulbauprogramm und für die Errichtung von Kindertagesheimen herzustellen. Im Rahmen der Stadterweiterung wurden Lage- und Höhenpläne für die Projekte westlich Brünner Straße, Süßenbrunner Straße und Leberberg als Grundlagen für das Widmungsverfahren, die Bauplatzschaffung und die Bauausführung ausgearbeitet. Bei einer Vielzahl dieser Vermessungspläne war von den Benützern die Eignung für eine CAD-Bearbeitung gefordert. In zunehmendem Maße konnten auch Mehrzweckkarten mit vereinzelt Ergänzungen sehr kostengünstig als

Projektgrundlagen verwendet werden. Zusätzlich waren 12 bestehende Lage- und Höhenpläne zu ergänzen und Absteckungen für 37 Straßen- und Hochbauvorhaben vorzunehmen. Bei der MA 37 wurden für kommunale Vorhaben 90 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen und der Höhenlage sowie um Absteckung der Baulinie eingebracht, wobei sämtliche Vermessungsunterlagen beizustellen waren.

Für den Aufbau eines digitalen Leitungskatasters wurde die Einmessung neuerlegter Kanäle und Wasserleitungen fortgesetzt. Durch das sukzessive Einmessen der neuen Versorgungs- und Entsorgungsleitungen soll der Aufbau eines Netzinformationssystems, das neben genauen Lage- und Höhenangaben auch sämtliche technische Daten der Leitungen enthält, ermöglicht werden.

In 44 Fällen war für die MA 7 zu prüfen, ob die im Veranstaltungsgesetz definierte Verbotszone eingehalten ist. Die Einmessung von Sonden, die Aufschluß über Grundwasserströme und Grundwasserqualität geben, wurde fortgesetzt. Mit der koordinativen Bestimmung dieser Sonden ist ein eindeutiger Raumbezug für das im Aufbau stehende Grundwasserinformationssystem gewährleistet.

Von den zahlreichen Arbeiten, die dieses Referat außerhalb Wiens vorzunehmen hatte, waren die Vermessungen für die Sanierung der 2. Hochquellenleitung in Wilhelmsburg und das Bauvorhaben Aigelsbach die umfangreichsten.

Das Referat Nivellement hat in den U-Bahn-Bauabschnitten U3/16 (Hütteldorfer Straße) und U 3/17 (Kendlerstraße) 604 Höhenmeßmarken angebracht und vor Baubeginn eingemessen. Um das Setzungsverhalten aller Gebäude, die sich im Einflußbereich des Bauvorhabens befinden, beurteilen zu können, werden diese Höhenmarken während des gesamten Baugeschehens laufend mit Zehntelmillimetergenauigkeit kontrolliert. Weiters hatten die Mitarbeiter dieses Referates 24 städtische Gebäude auf Höhenänderungen zu untersuchen. Das städtische Höhenfestpunktfeld wurde weiter überarbeitet. Dazu waren 28 km Präzisionsnivellement anzulegen. Außerhalb von Wien fielen Höhenmessungen hoher Genauigkeit im Wasserleitungsstollen von Kienberg an.

Ein neu entwickeltes Digitalnivellierinstrument wurde hauptsächlich für die im Bereich des städtischen Höhenfestpunktfeldes anfallenden Erneuerungs- und Ergänzungsmessungen angeschafft. Dieses Instrument ermöglicht bei Verwendung von Invarstrichcodelatten vollautomatische Höhenmessungen höchster Präzision sowie automatische Speicherung und Verarbeitung der Meßwerte. Erste Erfahrungen im Einsatz bestätigen die erwarteten Produktivitätssteigerungen bei Messungen und Auswertung.

Zu den Hauptaufgaben des Dezernates Liegenschaftsgeodäsie gehören die Evidenthaltung von Landes- und Bezirksgrenzen, das Erstellen von Lage-, Teilungs-, Servituts- und Entschädigungsplänen für stadteigene Liegenschaften und kommunale Projekte sowie Grenzvermessungen stadteigener Liegenschaften.

Der Wunsch nach Änderung von Bezirksgrenzen, um zweckmäßige Abgrenzungen zu erreichen, hat in letzter Zeit zugenommen. Mit Landesgesetzblatt für Wien Nr. 8/1992 wurde auf Antrag der MA 41 sowohl die Bezirksgrenze zwischen dem 14. und 15. Bezirk im Bereich des Auer-Welsbach-Parks als auch die zwischen dem 16. und 17. Bezirk im Bereich Oberwiedenstraße-Wilhelminenstraße geändert. Diese Änderungen machten Teilungsverfahren erforderlich, um die Grundstücksgrenzen den neuen Bezirksgrenzen anzupassen; auch war beim Vermessungsamt Wien die Angleichung der Katastralgemeindengrenzen vorzunehmen. Neben diesen beiden erfolgten Bezirksgrenzänderungen wurde eine Reihe von weiteren Anforderungen für die Beschlußfassung der zuständigen Organe vorbereitet.

Im Laufe des Jahres 1992 trafen im Dezernat Liegenschaftsgeodäsie 820 Anforderungen ein, von denen 499 noch im selben Jahr abgeschlossen werden konnten. Die von anderen Magistratsdienststellen in Auftrag gegebenen Arbeiten wurden zum Teil vergeben, zum Teil von Mitarbeitern des Dezernates ausgeführt. So wurden 100 Arbeiten mit einer Auftragssumme von 3,8 Millionen Schilling vergeben, wobei wie in den vorhergehenden Jahren auch 1992 eine rückläufige Tendenz feststellbar war. Ursache dafür ist nicht der mangelnde Bedarf an Vermessungsleistungen, sondern eine weitere Reduktion der den bestellenden Dienststellen zur Verfügung stehenden Budgetmittel. Aus diesem Grund waren daher auch vermehrt Pläne von Mitarbeitern auszuarbeiten, insgesamt 25 Pläne mit einer Gesamtfläche von etwa 15 ha, außerdem 19 Grenzfeststellungen mit einer Gesamtlänge von etwa 4,5 km und 120 Grenzpunkten. Von diesen Arbeiten sind hervorzuheben: die Erstellung von Teilungsplänen für den „Heinz-Nittel-Hof“ in Floridsdorf und das neue Eisstadion in der Hopsagasse, die Festlegung von Grundstücksgrenzen für die 2. Hochquellenleitung im Bereich der Westautobahn bei Altlegbach sowie für das „Brandgut“ in Kapellen, die Sicherung der Grenzen von in Verwaltung der MA 49 stehenden Grundstücken in Stammersdorf und in der Katastralgemeinde Vöstenhof, die Erstellung eines Trassenplanes für die 1. Hochquellenleitung in der Katastralgemeinde Mauer und eines Servitutsplanes für die RAG-Leitung im Bereich des Ölhafens Lobau. Weiters waren all jene behördlichen Genehmigungen für Teilungspläne der Stadt Wien zu erwirken, die für die grundbücherliche Eintragung erforderlich sind. Dazu waren insgesamt 295 Ansuchen zu stellen. Die Zahl der Zustimmungserklärungen bei privaten Grundstücksteilungen, bei denen der Grenzverlauf zwischen den Privatgrundstücken und den Grundstücken der Stadt Wien überprüft werden mußte, beträgt 270 und ist somit leicht zurückgegangen. In Zusammenarbeit mit dem Vermessungsamt Wien wurden 490 Katastralmappenblätter erneuert. Mit dem im Dezernat installierten Terminal zur Grundstücksdatenbank des Bundes wurden etwa 13.000 Daten abgefragt. Diese Grundstücksdaten und die Katastralmappen wurden zum Teil für Arbeiten

der Abteilung verwendet und zum Teil an andere Dienststellen weitergegeben. Zum weiteren Aufbau des digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurden 240 koordinativ festgelegte Fluchtlinienverläufe in die Datenbank der MD-ADV eingebracht.

Das Dezernat *Kartografische Geodäsie* ist in die Fachbereiche Luftbildauswertung, Mehrzweckkarte und Kartografie gegliedert. Von den im Referat Luftbildauswertung eingesetzten, nach und nach angeschafften Auswertegeräten ist das älteste bereits seit über 30 Jahren im Einsatz. Es war daher notwendig, die Geräte durch Anschaffung neuer Rechner und einer Softwareumstellung auf eine einheitliche modernere Basis zu bringen. Trotz der durch die Umstellung eingetretenen Arbeitsausfälle konnten 149 Blätter der digitalen Stadtkarte 1:1000 neu ausgewertet und 80 Blätter auf den letzten Stand gebracht werden.

Schwerpunkt der Tätigkeiten des Referates ist weiterhin die Luftbildauswertung für die digitale Stadtkarte; es konnten jedoch fotogrammetrische Verfahren sehr wirtschaftlich auch für etliche andere Anforderungen eingesetzt werden. So wurden für die Stadtplanung die Höhenlagen von Dachflächen für 16 Blätter 1:1000 ermittelt sowie Gebäudehöhen für einzelne Umwidmungsverfahren gemessen.

Mittels Luftbildinterpretation werden regelmäßig die Veränderungen in der Nutzung der Grundflächen des gesamten Stadtgebietes festgestellt und in der sogenannten Realnutzungskartierung dargestellt. Die sich dazu aus der 1991 vorgenommenen Gesamtbefliegung Wiens ergebenden Arbeiten konnten abgeschlossen werden.

Das Einrechnen projektierte Gebäude in Fotografien ermöglicht die Beurteilung, wie sich die neuen Baukörper in den vorhandenen Bestand einfügen. Zu diesem Zweck wurden für einige Varianten des geplanten Museumsquartiers Bildkonstruktionen einiger markanter Stadtansichten angefertigt. Die technische Entwicklung bei solchen Konstruktionen geht jedoch vom Einzelbild bereits weiter zum Videofilm. So entstand unter Mitwirkung der Abteilung erstmals für Wien ein Videofilm, der eine geplante Überbauung, in diesem Fall das Projekt U 4-Station Meidling, als Computeranimation zusammen mit der realen Umgebung zeigt.

Für die regelmäßige Überwachung des Schüttvolumens der Mülldeponie Rautenweg wurden in halbjährlichen Abständen Luftaufnahmen vorgenommen. Deren Auswertung und die Darstellung in einem digitalen Geländemodell gestatten es, die Zuwächse und Setzungen automatisch zu ermitteln und die Nutzungsdauer abzuschätzen.

Im Referat *Mehrzweckkarte* ist es — betreffend das verbaute Gebiet — zum Abschluß der Straßenvermessungen des 22. Bezirkes gekommen. Damit sind programmgemäß für die Erfassung in der Mehrzweckkarte nahezu drei Viertel aller Blätter des verbauten Bereiches von Wien vermessen. Insgesamt wurde 1992 der Straßenraum von 242 Blättern 1:1000 erstmalig vermessen; die Einmessung von Veränderungen brachte 90 Blätter auf den letzten Stand.

Mit dem Einsatz von nunmehr fünf Bildschirmarbeitsplätzen ist im Referat *Kartografie* der Anteil an händisch gezeichneten Karten weiter zurückgegangen. So konnten für die Ausgabe 1:1000 205 digitale Stadtkartenblätter fertiggestellt und 31 auf den neuesten Stand gebracht sowie 40 digitale Blätter 1:2000 neu herausgegeben und 4 evident gehalten werden. Für den Bereich des nicht verbauten Stadtrandgebietes wird aus Kapazitätsgründen weiterhin nur die händisch gezeichnete Stadtkarte 1:2000 angeboten. In diesem Kartenwerk wurden 24 Blätter erneuert.

Für den digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurde die Bearbeitung von weiteren 100 Blättern 1:1000 und zugleich die Überarbeitung von 68 Blättern abgeschlossen. In der Ausgabe 1:2000 sind nunmehr 85 Blätter verfügbar. An konventionellen kartografischen Arbeiten können beispielsweise diverse Veröffentlichungen im Amtsblatt der Stadt Wien und die Fertigstellung des Luftbildplanes von Wien im Maßstab 1:10.000 mit Stand 1992 erwähnt werden.

Im Archiv der Stadtvermessung wird mit mehr als 20.000 Planwerken, die zum Teil aus vielen einzelnen Plänen bestehen, ein sehr wertvoller visueller Datenbestand verwaltet. Nach Durchsicht, Registrierung in Übersichten, Mikroverfilmung und Reproduktion stehen sie sämtlichen Dienststellen zur Verfügung. Die Bedeutung des zentralen Planarchives läßt sich auch aus der Entlehnzahl von etwa 2.700 Planwerken ermesen.

Das Referat *Technisches Zeichnen* ist hauptsächlich für die Herstellung der von den Technikern der Abteilung verfaßten Pläne eingerichtet. So wurden neben anderen allgemeinen grafischen Arbeiten 95 Lage- und Höhenpläne und 29 Teilungspläne fertiggestellt sowie 129 Pläne ergänzt oder geändert.

In der Gesetzgebung sind keine Neuerungen eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Abteilung bewirkt hätten. Fachliche Kontakte werden ständig mit den Technischen Universitäten, dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen sowie den Vermessungsstellen der Bundesländer gepflegt. Durch den Besuch von Fachveranstaltungen im In- und Ausland war es möglich, das Fachwissen über die neuesten, technischen Entwicklungen im Bereich der Vermessungstechnik zu vertiefen. So wurden besonders die Entwicklungen im Bereich der satellitengestützten Vermessung und der digitalen Luftbildverarbeitung eingehend studiert und die Möglichkeit von künftigen Anwendungen geprüft. Die Zahl der Besuche aus den Oststaaten hat 1992 zugenommen, wobei das Interesse neben den allgemeinen Aufgaben und der Struktur der Abteilung vor allem der Herstellung der digitalen Karten galt. Mitarbeiter der Abteilung nahmen auch 1992 an Beratungen der Österreichischen Raumordnungskonferenz, des Österreichischen Normungsinstitutes sowie an fachspezifischen Arbeitskreisen des DIN, CEN und ISO teil.

Mit 2.164 neuen Geschäftsfällen ist die Anzahl der Anforderungen gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben. Davon wurden 1.081 abgeschlossen, aus den Vorjahren 938. Obwohl ein großer Anteil der anfallenden Arbeiten vom Personal der Abteilung erledigt wurde, mußten Aufträge im Rahmen von etwa 41 Millionen Schilling nach außen vergeben werden. Dieses Auftragsvolumen entspricht in etwa dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die Stabstelle und sechs Gruppen, von denen fünf in Referate unterteilt sind. Zur Stabstelle gehört die Informationsstelle, die auch die Dienstaufsicht über die Verkehrspermanenzstelle hat. Als Zentralstelle der Abteilung ist sie für die Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und für sonstige Terminakten zuständig. Dabei sind im besonderen zwei Aufgaben wahrzunehmen, und zwar die zentrale und somit koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung sowie die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen und deren allfällige Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter. 1992 hat die Informationsstelle 1.334 Vorlageberichte entweder auf Grund von Ergebnissen der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder auf Grund von Erhebungen ausgearbeitet und den jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen übermittelt. Weiters wurden aus 220 Bezirksjournalen, aus der Rathauskorrespondenz sowie aus rund 1.960 Tageszeitungen und anderen periodischen Druckwerken etwa 450 Artikel, die mit dem Aufgabengebiet der Abteilung im Zusammenhang standen, entnommen und auf einem öffentlichen Aushang den Bediensteten der Abteilung zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die erforderlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außerdem wurden verkehrstechnische Anfragen aus Bevölkerungskreisen mündlich oder schriftlich beantwortet. Gutachten bzw. Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren wurden 1992 in insgesamt 942 Fällen abgegeben.

Die Verkehrspermanenzstelle ist mit jeweils drei Bediensteten der Gruppe 2 — Straßenverkehrsbehörde besetzt, und zwar Montag bis Freitag von 7.00 bis 18.00 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23. Dort werden Anträge, die Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt, soweit dies aus Termingründen erforderlich und im kurzen Weg möglich ist. Diese Arbeiten werden innerhalb eines Tages behandelt und sind als besondere Serviceleistung anzusehen. Weiters wurden in 2.247 Fällen Bewilligungen für Ladetätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölabschlauchungen und ähnlichem erteilt. Die Permanenzstelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlaßt gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Weiters werden Termine, die den Baubeginn oder das Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße betreffen, Meldungen über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Gefahrguttransporten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen. Außerdem wurden telefonische Auskünfte über den Geschäftsbereich der Abteilung erteilt. In der Verkehrspermanenzstelle wird auch eine Ablage zur Erfassung aller im Raume Wien bewilligten Baustellen, aller von der MA 35-Gebrauchserlaubnisse bewilligten Baustellen und aller von den Dienststellen mittels „rosa Formular“ durchgeführten Bauarbeiten geführt; diese Ablage ist bezirksweise und alphabetisch nach Straßennamen geordnet. Zu den sonstigen Aufgaben gehört auch die Funkverbindung mit dem Referat für Sofortmaßnahmen in der MD-VR.

Zur Gruppe 1 — Verkehrsorganisation und Planung, die sich in drei Referate gliedert, gehört das Referat 1 — Verkehrsorganisation. Es arbeitet unter anderem an der Planung und Realisierung von Verkehrskonzepten für Bezirke oder Bezirksteile unter Berücksichtigung der Verkehrskonzeption für Wien. Weitere Aufgabengebiete sind die Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan und bei Bezirksentwicklungsplänen, bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten der MA 18, weiters die Planung und Realisierung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und anderer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die Mitwirkung bei verkehrstechnischen bzw. verkehrsbehördlichen Problemen in Stadterneuerungsgebieten sowie Stellungnahmen bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Außerdem gibt das Referat Gutachten zur Verkehrserschließung von Großbauvorhaben ab und plant die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs. Das Referat arbeitet an der generellen Planung der Oberflächengestaltung nach Abschluß der Bauarbeiten für den U-Bahn-Bau im 14. und 15. Bezirk mit.

Die Umorganisation des Verkehrs betrafen im 1. Bezirk die Verkehrsorganisation im Rathausviertel, im 2. Bezirk die des Stuwerviertels, des Cerninviertels, im 3. Bezirk die des Radetzkyplatzes, Reisnerviertels, der Margergasse, die Verkehrsorganisation innerhalb des Landstraßer Gürtels, im 6., 7. und 8. Bezirk die Verkehrsorganisation im Zusammenhang mit den Problemen um die Mariahilfer Straße, in der Neubaugasse, Fußgängerzone Barnabitenegasse, Wohnstraße Stuckgasse und Hermannngasse, die Verkehrsorganisation in der Tigergasse (Garage), im 9. Bezirk in der Pulverturmngasse, im 10. Bezirk im Bereich der Straße Altes Landgut, im Stadterweiterungsgebiet Rothenusiedl, im Kurzentrum Oberlaa, in der Grenzackerstraße und Gußriegelstraße, im 11. Bezirk die Verkehrsorganisation in der Brambillagasse, im 12. Bezirk in der Meidlinger Hauptstraße, Wilhelmstraße, Rothenburgstraße — Hetzendorfer Straße, im 13. Bezirk die Verkehrsorganisation über das Büro Neukirchen,

im 14. Bezirk in der Meiselstraße, im 15. Bezirk die Verkehrsorganisation um die Stadthalle — Lugner City, den Vogelweidplatz, im 16. Bezirk um den Kongreßpark, die Johann-Staud-Straße, im 17. Bezirk in der Lacknergasse, im 18. Bezirk in der Schopenhauerstraße — Staudgasse, im 19. Bezirk die Verkehrsorganisation in der Philippovichgasse, im 20. Bezirk im Bereich Nordbahnhofgelände, um den Gaußplatz, im 21. Bezirk im Stadterweiterungsgebiet östlich der Josef-Baumann-Gasse, in der Stammersdorfer Straße, im Bereich östlich Mühlweg, im 22. Bezirk im Stadterweiterungsgebiet südlich der Donaufelder Straße, weiters die Verkehrsorganisation um den Ortskern Süßenbrunn, in Kaisermühlen, im Bereich Strassecker sowie im 23. Bezirk um das Güterverkehrszentrum Inzersdorf und den Bereich Ortskern Inzersdorf.

28 Tempo-30-Anträge wurden für ganz Wien bearbeitet, davon vier Bereiche noch im Jahre 1992 realisiert. Die restlichen 24 Anträge müssen, meist auf Grund von Einsprüchen, neuerlich behandelt werden, bzw. sind noch Stellungnahmen der Bezirke ausständig oder die Anträge wurden direkt bei der Verhandlung zurückgestellt. Weiters wurde in sämtlichen Gebietsbetreuungungen der Stadt Wien mitgearbeitet, Bürgerversammlungen abgehalten oder daran teilgenommen, ebenso an Amtsbesprechungen der MA 18, MA 19, MA 21, MA 28 sowie anderer Dienststellen der Stadt Wien. Die „Nachheruntersuchung für Tempo 30 im 12. Bezirk“ wurde durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit betreut. Weiters wird eine Broschüre über die Entwicklung von Tempo-30-Zonen in Wien mit dazugehörigem Plan mittels EDV (Autocad) entwickelt. Im Referat 1 wurden rund 100 Beantwortungen an Bezirksvorstehungen, amtsführende Stadträte, an die MD-Präsidialbüro als auch an Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle erstellt. Weiters wirkt das Referat bei mehreren Wettbewerben bei verschiedenen Bezirksentwicklungsplänen sowie bei Fragen von Park-and-Ride-Anlagen mit. Außerdem werden Garagenstandorte, auch im Zusammenhang mit neuen Wohnbauvorhaben, auf ihre Eignung hinsichtlich der umgebenden Verkehrsorganisation überprüft.

Das Referat 2 — Planung befaßt sich mit der generellen Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie mit der Überprüfung ihrer Notwendigkeit. 1992 wurden weiters die erforderlichen Ermittlungsverfahren für jene Örtlichkeiten weitergeführt, bei denen VLSA-Regelungen auf möglichen Blinkbetrieb untersucht, prinzipiell als möglich angesehen wurden und bei denen von den Bezirken nach Anfrage entsprechende Rückmeldungen erfolgt sind. Außerdem wurden 480 Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues begutachtet und entsprechende Änderungen zur Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs angeregt.

Einen wesentlichen Arbeitsaufwand erfordern die Großprojekte, wie etwa die von der Wiener Bundesstraßen AG. werden. Hier sind Projekte wie die West- und Südeinfahrt, Wiedner Gürtel, Grünbergstraße sowie die Verlegung der B 1 — Vorplatz Schönbrunn anhängig. Umfangreiche Aktivitäten wurden auch durch das Projekt Donau-City erforderlich. Weiters wurden Park-and Ride-Projekte auf ihre Folgen für den Verkehr überprüft. Unter denselben Gesichtspunkten wurden verschiedene Garagenprojekte überprüft.

Bei Projekten für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A waren die Ermittlungsverfahren und die Einreichung zur Genehmigung beim zuständigen Bundesministerium durchzuführen. So wurden z.B. Projekte für die Änderung der Wegweisung und der Fahrbahnmarkierungen im Knoten Landstraße sowie für die Verlängerung der A 23 bzw. B 302 erstellt. Bei U-Bahn-Projekten folgenden Straßendetailprojekten sowie bei der generellen Planung der U 3 sowie U 6-Nord und Süd wurden Stellungnahmen und Änderungsvorschläge ausgearbeitet. Weiters wurden verkehrstechnische und verkehrsorganisatorische Überprüfungen diverser Bevorrangungsprojekte der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe durchgeführt.

Das Referat 3 — Radverkehrsanlagen konnten das für 1992 mit 30 km prognostizierte Radwegenetz mit tatsächlich gebauten 33,78 km wieder übertreffen. Ende 1992 standen daher 464,24 km Radwege zur Verfügung. Auch die Fahrradabstellanlagen konnten um 150 auf derzeit 799 Örtlichkeiten erweitert werden. Der Projektkoordinator hat Koordinations- und Planungsgespräche mit Abteilungen des Magistrates sowie mit dem Umland Wiens zur Herstellung von regionalen und überregionalen Radwegerouten geführt.

Die Gruppe 2 — Straßenverkehrsbehörde ist in fünf Referate unterteilt und mit folgenden Aufgaben befaßt: Der erste Aufgabenbereich umfaßt die Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie die periodische Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen. 1992 wurden in diesem Zusammenhang 3.744 Anträge behandelt. Diese kamen in der Regel von Bezirksvorstehungen, der Magistratsdirektion, dem Bürgerservice, der Bundespolizeidirektion Wien — Verkehrsamt, den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und von Privatpersonen. Weiters wurden Verkehrsmaßnahmen nach Fertigstellung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt, aber auch auf der Grundlage von Untersuchungen der Gruppe für Verkehrssicherheit Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallsschwerpunkten geführt.

Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 Straßenverkehrsordnung (StVO) und in der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen. Im Jahr 1992 waren dies 10.401 Fälle. Die Antragsteller sind vor allem die MA 28, 29, 30, 31, 33 und 42, die Wiener Stadtwerke — Elektrizitäts-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe, das Fernmeldebauamt Wien, die Österreichischen Bundesbahnen, die Heizbetriebe Wien, Telekabel und auch Private. Im Jahre 1992 wurde die Linie U 6 im

20., 21. und 23. Bezirk verlegt und damit verbundenen Umlagungen der Einbauten durchgeführt, Ersatzfahrbahnen errichtet, Schienen umgelegt und Umleitungen für den Individualverkehr vorgenommen. Die Arbeiten an der Verlängerung der A 23 — Südost-Tangente sowie der B 302 wurden weitergeführt, ebenso die Arbeiten der U 3 im Bereich Mariahilfer Straße — Europaplatz sowie im 15. und im 16. Bezirk. Die Hadikgasse, Felberstraße, Franzensbrückenstraße, Mariahilfer Straße — Babenbergerstraße, Gablenzgasse, Ketzergasse, der Biberhaufenweg, die A 4 — Ostautobahn u.a. wurden neugestaltet bzw. saniert. Fertiggestellt wurde die Verbreiterung der A 23 im Knoten Gürtel. Schließlich wurden Verkehrsmaßnahmen wie Umleitungsstrecken usw. unter anderem für die Erneuerung des Gaswerknetzes sowie den Ausbau des Kanal- und Wassernetzes vor allem in den Siedlungsgebieten festgelegt.

Für die Arbeiten der fünf Referate der Gruppe 3 — Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen wurden die für die Vergabe von Leistungen erforderlichen Maßnahmen, u.a. die Aufstellung und Ausführung von Voranschlägen, Ausschreibung und Einholung von Angeboten, Bauüberwachung, Kollaudierung und Rechnungsprüfung, durchgeführt.

Das Referat 1 — Detailprojekt und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) überprüfte 1992 auf Grund von Anträgen und Beobachtungen 373 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt. Davon betrafen 62 Projekte die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs. An 18 Örtlichkeiten wurden neue, teils koordinierte VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet. Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 45 teilweise komplizierte VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und gegebenenfalls den geänderten Umleitungsverhältnissen angepaßt. Ferner nahm das Referat 363 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor. Weiters wurde an den Grundlagen für die dezentrale Ausschreibung und Angebotprüfung mit Hilfe der EDV weitergearbeitet. Mit vorhandenen und laufend selbst ergänzten EDV-Programmen erstellte man die erforderlichen Projektunterlagen. Für die zentrale Verkehrsregelung wurden 49 Kabellegungen und Verteilerausbauten durchgeführt und 26 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen. Für Erdarbeiten im Zuge von Baumaßnahmen für VLSA wurden 71 Anträge vergeben.

Das Referat 2 — Betrieb und Erhaltung von VLSA und Verkehrsleitzentrale beantwortete 526 gerichtliche Anfragen, stellte Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA bei und beantwortete 12 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren. Weiters wurden an den 933 in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 16 Fremdanlagen wie etwa Feuerwehrausfahrten) und 84 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt, Schäden behoben, sowie der Betrieb ständig überprüft. Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wurde die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. In diesem Zusammenhang wartete man turnusmäßig zweimal die Schaltgeräte, reinigte die Signalgeber, führte einen zweimaligen Lampentausch durch, wofür etwa 105.000 Glühlampen einschließlich des Verbrauches für Ausfälle erforderlich waren. Etwa 1.060 Störungen mußten behoben und eine abschließende Prüfung der Anlagen durchgeführt werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 36 Fernsehbeobachtungsstellen und den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, aber auch die Überprüfung von Lampenausfällen in Hinblick auf eine Qualitätskontrolle. 1992 wurden sieben Steuergeräte, deren Zustand dem technischen Standard nicht mehr entsprach, getauscht sowie Gewitterschäden an diversen Einrichtungen behoben. Zu nennen ist noch die Mitwirkung im Fachnormenausschuß für VLSA des Österreichischen Normeninstituts sowie bei der Errichtung von Sonderanlagen.

Das Referat 3 — Verkehrsleiteinrichtungen ist für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser zuständig. Insgesamt wurden Ende 1992 90.990 Verkehrszeichen in Email- oder Scotchliteausführung (rückstrahlend), 2.041 beleuchtete Verkehrszeichen und 591 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet. Davon wurden 2.973 Verkehrszeichen auf 1.956 Eisenständern neu aufgestellt. Im Zusammenhang mit dem Wegweisungskonzept für Wien wurden 171 Wegweiser aufgestellt. Im Zuge von Erhaltungsarbeiten bzw. der Änderung bestehender Verkehrsmaßnahmen wurden 12.568 Verkehrszeichen, 6.354 Zusatztafeln, 6.302 Eisensteher und 183 Kettensteher erneuert. Weiters stellte man 53 beleuchtete Verkehrszeichen und 25 Verkehrsleuchtsäulen neu auf und demonitierte 73 beleuchtete Verkehrszeichen und 8 Verkehrsleuchtsäulen. Bei Verkehrsmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden 260 transportable Verkehrszeichen aufgestellt. Zu nennen ist noch die Mitwirkung im Ausschuß der Arbeitsgruppe „Verkehrszeichen“ des Österreichischen Normeninstitutes.

Das Referat 4 — Bodenmarkierungen brachte auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, rund 139.000 m Strichmarkierungen (Leit-, Sperr-, Randlinien) sowie rund 27.000 m² Flächenmarkierungen (Schutzwege, Sperrflächen) auf. Von den Strichmarkierungen waren rund 90.000 m, von den Flächenmarkierungen rund 17.200 m² Kurzzeitmarkierungen. Auf den Bundesstraßen B waren es rund 97.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 81.000 Kurzzeitmarkierungen) sowie rund 8.200 m² Flächenmarkierungen (darunter rund 5.200 m² Kurzzeitmarkierungen), auf Autobahnen rund 29.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 18.000 m Kurzzeitmarkierungen) und rund 750 m² Flächenmarkierungen (nur Kurzzeitmarkierung). Außerdem bearbeitete das Referat 36 Verwaltungs- und 504 Gerichtsstrafakte. Weiters wurden die gesamten

Straßenzüge der B 221, B 12, B 13, B 13a und B 225 sowie die A 23 zwischen Knoten Prater und Knoten Kaisermühlen im Rahmen von Erhaltungsverträgen erneuert bzw. nachmarkiert.

Das Referat 5 — Budget ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt für die Referate 1, 3 und die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdadteilungen durch. Im einzelnen betragen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel (einschließlich der Budgetanteile der Bezirke) rund 305,989.000 S, wovon 72,949.000 S auf Betrieb und Erhaltung von Verkehrsanlagen, 15,384.000 S auf Strom, 76,227.000 S auf die Errichtung von Verkehrsanlagen, 12,404.000 S auf die Refundierungen und diverse andere Budgetposten, 102,164.000 S auf die Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen B und 5,742.000 S auf die Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen A sowie 21,119.000 S auf Umbauten und Umleitungen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau entfielen.

Die Gruppe 4 — Sondertransporte, die aus zwei Referaten besteht, ist gleichzeitig die Geschäftsstelle für die Lenkerprüfung beim Amt der Wiener Landesregierung; sie erstellt außerdem Verkehrsgutachten in Bau-, Gewerbe-, Kraftfahr-, Luftfahrt- und straßenpolizeilichen Angelegenheiten.

Vom Referat 1 — Sondertransporte wurden 2.835 Routengenehmigungen für übergroße und überschwere Fahrzeuge und Transporte nach § 40 (3) und (4), § 45 (5), § 101 (5) und § 104 (9) des Kraftfahrzeuggesetzes erteilt. Die eingeschränkte Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen und die Genehmigung von Sondertransporten mit einer Länge bis 45 m, Breite bis 7,6 m und einer Höhe bis 5,2 m sowie mit einem Gesamtgewicht bis 120 t erforderten Routenerhebungen über die fahrtechnische Eignung sowie Ermittlungen über die Tragfähigkeit von Brücken und Straßendecken einschließlich Einbauten. Für bestimmte Fälle waren auch begleitende Maßnahmen auf der Ebene der Straßenverkehrsordnung notwendig, wie z.B. Verordnungen von Halteverbotszonen, die den Zweck haben, schmale Straßen und enge Kurven vom ruhenden Verkehr freizuhalten, sowie Ausnahmen von Mindestgeschwindigkeiten.

Das Referat 2 — Behindertenangelegenheiten, Drehgenehmigungen, Gutachtertätigkeit erteilte insgesamt 1.665 bescheidmäßige Bewilligungen, wovon u.a. 313 Drehgenehmigungen betrafen, 160 Halteverbote für Drehzwecke, 422 Halteverbote „ausgenommen Fahrzeuge mit offizieller Wagenkarte“, 134 Ladezonen, 36 Halteverbote für Spezialkraftwagen, weiters fallweise Halteverbote an 27 Örtlichkeiten, die 1992 insgesamt 71mal beansprucht wurden, sowie 483 Ausnahmegenehmigungen. Für die Erledigung der Drehgenehmigungen waren insgesamt 79 Ortsverhandlungen erforderlich. In 61 Fällen war es notwendig, öffentliche Verkehrsflächen längerfristig zu sperren und für den Verkehr Umleitungsstrecken festzulegen. Außerdem stellte das Referat für Kinder zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr 280 Erlaubnisse zum Radfahren aus. Das Referat behandelte weiters 28 Fälle von sportlichen Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen. Für die Ermächtigung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurden 77 Ermittlungsverfahren durchgeführt. 344 Anträge um die Ausstellung von Behindertenausweisen wurden gemäß § 29b Abs. 4 StVO gestellt. 104 Behindertenausweise wurden tatsächlich ausgestellt. 133 Anträge mußten abgewiesen werden, bei 107 Ansuchen war das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

Das Referat wurde in der zweiten Jahreshälfte 1992 mit zwei weiteren zusätzlichen Aufgaben betraut:

1. Um zu erreichen, daß „mobile Krankenschwestern“ und „freipraktizierende Hebammen“ bei der Suche nach Parkmöglichkeiten auf einer öffentlichen Verkehrsfläche bei Patienten, die sie besuchen, möglichst wenig wertvolle Arbeitszeit verlieren, wurde die Möglichkeit geschaffen, über Antrag Ausnahmegenehmigungen von Halte- und Parkverboten zu bekommen. Es wurden von Personen dieser Berufsgruppe insgesamt 36 Anträge eingebracht, die alle positiv erledigt werden konnten.
2. Um für Fahrzeuge, die behinderte Personen abholen und befördern, ein rascheres Vorwärtskommen im Straßenverkehr zu gewährleisten, wurde die Möglichkeit geschaffen, „Omnibus- und Taxispuren“ mitbenützen zu können. Die dafür eingebrachten sechs Ansuchen wurden alle mittels positiver Bescheide erledigt.

Das Referat ist auch mit der Erteilung von Ausnahmen vom „Wiener Nachtfahrverbot“ für LKW mit über 3,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht (204 Anträge) und von den Bestimmungen des § 42 StVO 1960 „Wochenend- und Feiertagsfahrverbot“ für LKW mit über 7,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht (882 Anträge) befaßt. Ferner wurden auch Fahrzeuge der Wiener Fahrschulen überprüft und Gutachten erstellt, ob diese für die praktische Ausbildung geeignet sind. Dabei war auch 1992 festzustellen, daß es immer mehr Wiener Fahrschulen gibt, die bei der Neuanschaffung ihrer Schulzüge schon auf Fahrzeuge mit den größtzulässigen Maßen und Gewichten und vielstufigen Getrieben umsteigen. Dadurch ist auch weiterhin eine gediegene Berufskraftfahrerausbildung sichergestellt.

Im Bestreben, das Fahrenanfängerrisiko zu senken, wurde die Führerscheingruppe A in Leichtmotorräder (A1) und schwere Motorräder unterteilt und der Erwerb der Lenkerberechtigungen für Motorräder einer Neuregelung zugeführt. Um die Sachverständigen damit vertraut zu machen, hat die MD-VA im Zusammenwirken mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien-Sektion Verkehr, Fachgruppe Kraftfahrerschulen, ein Fortbildungseminar veranstaltet. Nach einem kurzen Einführungsvortrag, nach dem auch Gelegenheit zu einer Diskussion gegeben war, wurden den Sachverständigen im ARBÖ- Trainingszentrum Wien am ehemaligen Flug-

hafen Aspern, das der ARBÖ für diesen Zweck zu Verfügung gestellt hatte, zunächst die neuen Schulmotorräder von Instruktor Wiener Fahrschulen vorgestellt. Hernach konnten die Sachverständigen einige Übungen aus dem sogenannten 12 Stationenplan selbst probieren. Schließlich wurde ihnen Gelegenheit zu einer längeren Ausfahrt auf Straßen mit öffentlichem Verkehr gegeben.

Weiters wurden Gutachten für behinderte Personen über die notwendigen Ausgleichseinrichtungen an Fahrzeugen erstellt, teilweise nach Beobachtungsfahrten mit den Behinderten. In luftfahrbehördlichen Angelegenheiten, die von der MA 64 wahrgenommen werden, wird der luftfahrtechnische Amtssachverständige gestellt. Während des Parteienverkehrs werden Projektanten und Private in Bau- und Gewerbeangelegenheiten verkehrstechnisch beraten. 1992 waren dies etwa 450 Stellungnahmen.

Die Gruppe 5 — Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte ist zuständig für Sachverständigen- und Behördentätigkeit auf dem Gebiet Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte. Im einzelnen sind dies die Tätigkeiten aus dem Referat 1 und 2, wie die

- Genehmigung von Fahrzeugen gemäß § 31 KFG 1967 sowie Ausnahmegenehmigung von Fahrzeugen gemäß § 34 KFG 1967 in 6.176 Fällen,
- Genehmigung von Änderungen an Fahrzeugen gemäß § 33 KFG 1967 (4.697 Genehmigungen),
- Erstellung von Gutachten in allen diesen Verfahren durch vom Landeshauptmann nach § 125 KFG ernannte Sachverständige,
- als Behörde für die wiederkehrende Begutachtung nach §§ 55, 57a („Pickerl“) und 24 KFG 1967 (Fahrten-schreiber),
- Überwachung der gemäß §§ 55, 57a und 24 KFG ermächtigten Gewerbetreibenden und Vereine,
- Erstellung von Fahrzeuggutachten im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit durch vom Landeshauptmann bestellte Sachverständige gemäß § 125 KFG 1967,
- Erstellung von fahrzeugtechnischen, verkehrstechnischen bzw. verkehrsdynamischen Gutachten über Anforderung des Unabhängigen Verwaltungssenats für Wien (210 Gutachten),
- Fahrzeugüberprüfungen in diesem Zusammenhang,
- Genehmigung von Fahrzeugen für den Transport gefährlicher Güter auf Straßen,
- Erstellung von Gutachten über diese Fahrzeuge durch einen vom Landeshauptmann gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen,
- Genehmigung von Strecken für den Transport gefährlicher Güter auf Straßen,
- Ausnahme für Fahrzeuge und Güter nach § 25 GGSt (Zuständigkeit des Landeshauptmannes),
- Überwachung des Transportes gefährlicher Güter auf Straßen im Sinne § 26 GGSt (Zuständigkeit des Landeshauptmannes),
- Erteilung der Ermächtigung zur Lenkerausbildung nach § 40 GGSt sowie Überwachung der Ausbildungsstätten,
- als Amtssachverständige im Bau- und Gewerbeverfahren bei KFZ-Werkstätten,
- besondere Überprüfung von Fahrzeugen nach § 56 KFG 1967 durch vom Landeshauptmann gemäß § 125 KFG 1967 bestellte Sachverständige im Zusammenhang mit der Behörden- und Überwachungstätigkeit,
- Abgasüberprüfung von Kraftfahrzeugen, auch ausländischer, über Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien hinsichtlich der Einhaltung der Abgasbestimmungen sowie
- Überprüfung von ausländischen Omnibussen auf Grund der Unfallhäufung dieser Fahrzeuge.

Das Referat 3 Werkstätten und Gefahrguttransporte hat 1992 595 Geschäftsfälle für die wiederkehrende Begutachtung gemäß § 57 a KFG, 179 Genehmigungen im Bereich des Transportes gefährlicher Güter sowie 42 Geschäftsfälle für die Ermächtigung zur Überprüfung und Plombierung von Fahrschreiberanlagen behandelt. Weiters hat dieses Referat in 50 Fällen Verkehrsgutachten im Bau- und Genehmigungsverfahren abgegeben.

1992 hat die Gruppe 5.209 Gutachten im Verwaltungsstrafverfahren für den Unabhängigen Verwaltungssenat erstellt. Dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wurden zwei Sachverständige für die Typengenehmigung (§ 124 KFG 1967), die vom Herrn Bundesminister hierfür bestellt wurden, zur Typengenehmigungskommission zur Verfügung gestellt. Durch die Anpassung an den EWR ist bei Anwendung der EG-Richtlinien eine Steigerung der Prüftätigkeit zu erwarten. Die Zunahme der Tätigkeit erfordert daher den Neubau einer Landesfahrzeugprüfstelle, da mit den bisher angemieteten Räumlichkeiten in Hinkunft kein Auslangen gefunden werden kann.

Die Gruppe 6 befaßt sich mit Verkehrssicherheit und Statistik. Das Jahr 1992 war für Wien seit 1983 das Jahr mit der geringsten Zahl an Personenschadenunfällen, Verletzten und Toten im Straßenverkehr. Waren 1983 7.742 Personenschadenunfälle mit 10.303 Verletzten und Toten zu verzeichnen, konnten 1992 nur mehr 6.427 Unfälle mit 8.206 Verunglückten (vorläufiges Ergebnis) registriert werden. Dies bedeutet also einen Rückgang von mehr als 1.300 Unfällen und 2.100 Verunglückten seit 1983. Allein gegenüber dem letzten Jahr ergibt sich eine Abnahme um 300 Unfälle und mehr als 450 Verletzte. Auch die Zahl der Toten mit 63 (3-Tages-Frist wie in den Vorjahren) liegt immer noch deutlich unter dem Wert der Vorjahre. Verglichen mit den Zahlen

von 1983 (169) ist es fast nur mehr ein Drittel. Diese Zahlen bestätigen, daß die Maßnahmen der Verkehrssicherheit und der Geschwindigkeitsreduktion richtig sind.

In Zukunft werden folgende Maßnahmen weiter verfolgt: Neben der planmäßig systematischen Sanierung von Unfallstellen werden Maßnahmen für die Geschwindigkeitsreduktion gesetzt und auch sicherheitstechnische Planungsbegutachtungen durchgeführt. Für die Exekutive werden in regelmäßigen Abständen Auswertungen für Überwachungsschwerpunkte erstellt. In den letzten Jahren wurden 200 sicherheitstechnische Untersuchungen über Stellen, an denen sich extrem viele Unfälle ereignen, veranlaßt. Hierbei zeigte sich, daß für die Unfallstellenanierung in Zukunft noch mehr Budgetmittel bereitzustellen sind. In der Wiener Westein- und -ausfahrt sowie am Süd- und Westgürtel wurden gezielt nach dem Unfallgeschehen Radarkästen aufgestellt. In Ergänzung sind Geschwindigkeitswarnblinkanlagen beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten eingerichtet und bereits bewilligt worden, die Aufstellung ist im Gange. Für 1993 ist die Errichtung weiterer Geräte geplant. Zur Bekämpfung der hohen Fahrgeschwindigkeiten in den Wohngebieten (Anliegerstraßen) wurden in sensiblen Bereichen weitere bauliche Fahrbahnerhöhungen eingerichtet. 1992 wurden routinemäßig auch ständig sicherheitstechnische Planungsbegutachtungen von Projekten der MA 28 und der Abteilung durchgeführt. Hierbei hat sich gezeigt, daß in vielen Planungen von Ziviltechnikern der Sicherheitsaspekt zu wenig berücksichtigt ist und deshalb Überarbeitungen vorgenommen werden müssen. Überhaupt sollten alle generellen Planungen der Gruppe Verkehrssicherheit vorgelegt werden. 1992 wurde das Verkehrssicherheitstelefon (811 14-9200) eingeführt, wo Anregungen zur Hebung der Verkehrssicherheit unmittelbar gemeldet werden können.

Der Wiener Verkehrssicherheitscomputer wurde 1992 auf PC umgestellt, das aktuelle Unfallgeschehen ist somit über Laptop-Geräte (Klein PC) bereits abrufbar, weitere Auswertprogramme sind in Ausarbeitung. Verschiedene Bundesländer haben bereits Interesse angemeldet, die Software für ihre Verkehrssicherheitsaufgabe übernehmen zu wollen. Die ständige sicherheitstechnische Information der Verkehrsbehörde mit Hilfe von Sicherheitsdaten, Untersuchungen über Fußgänger und Geschwindigkeitsmessungen hilft mit, Entscheidungen fachgerechter treffen zu können. Das Fachwissen der Gruppe Verkehrssicherheit wird auch ständig bei internationalen Tagungen eingebracht, womit auch eine positive Breitenwirkung für die Stadt gegeben ist.

Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn-, Verkehrs- und Luftfahrtangelegenheiten

Im Jahre 1992 wurden die Beratungen für eine Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen weitergeführt und zum Teil den verfassungsmäßig zuständigen Organen zur Beschlußfassung zugeleitet:

Zur Bauordnung für Wien (BO) ist u.a. im Hinblick auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 11. Dezember 1991, womit der § 69 Abs. 1 BO als verfassungswidrig aufgehoben wurde (Kundmachung, LGBl. für Wien Nr. 8/1992), eine Bauordnungsnovelle vorbereitet worden, die im LGBl. für Wien Nr. 48/1992 verlaubar wurde. Diese Novelle brachte neben einer Neufassung der Bewilligungsvoraussetzungen für unwesentliche Abweichungen von Bebauungsvorschriften (§ 69 BO) Anpassungen der Brauchbarkeitsanforderungen an Baustoffe bzw. Bauprodukte im Hinblick auf die Erfordernisse der Europäischen Integration im Zusammenhang mit der Einführung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und eine Modernisierung der Hochhausbauvorschriften. Nach Vorarbeiten der vom Herrn Magistratsdirektor im Jahre 1989 eingesetzten „Wiener Bauordnungskommission“, in der die Abteilung maßgeblich vertreten ist, wurden vom Wiener Landtag in einer weiteren Novelle, LGBl. für Wien Nr. 28/1992, Regelungen zur Verbesserung der Bauablaufplanung bei Bauführungen in weiterhin bewohnten Häusern beschlossen. In der umfangreicheren Bauordnungsnovelle 1992, LGBl. für Wien Nr. 34/1992, wurden Verfahrenserleichterungen für kleinere Bauführungen innerhalb von Wohnungen oder Betriebseinheiten mittels einer Bauanzeige geschaffen (§ 62 BO), weiters die Sanierung mit Standardverbesserungen alter Gebäude (§ 68 BO) neu geregelt, die technischen Bestimmungen über die Anlage von Rauchfängen mit mehreren Einmündungen (§ 114 BO) komplettiert, die Überwachung der Bauausführung (§ 127 BO) zur Entlastung der Baubehörde weitgehend auf private Prüfingenieure übertragen und die subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte (§ 134 BO) im Baubewilligungsverfahren exakter festgelegt.

Die kurzfristig vorbereitete Wiener Kleingartengesetznovelle 1992, LGBl. für Wien Nr. 31/1992, schuf die Basis für die Widmung von Kleingartengebieten für ganzjähriges Wohnen mit der Möglichkeit, künftig Kleingartenwohnhäuser bis zu 50 m² bebauter Fläche zu errichten.

Im Zuge der Rechtsbereinigung konnten alte Verordnungen aus 1930, 1954 und 1967 aufgehoben werden. Die neue Bauplanverordnung wurde nach Beschluß der Landesregierung vom 1. Dezember 1992 im LGBl. für Wien Nr. 1/1993 verlaubar. Die Verordnung über Rauchfänge usw. konnte zufolge der Bauordnungsnovelle 1992 ersatzlos mit Verordnung der Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 44/1992, aufgehoben werden. Ebenso konnte eine Magistratsverordnung über Aufzugssicherheitsvorschriften im Hinblick auf neue Önormen aufgehoben werden (ABL. der Stadt Wien Nr. 4/1993).

Zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz wurde die Verordnung LGBl. für Wien Nr. 33/1986 bezüglich des Kreises der zur Kontrolle der einwandfreien Funktion und des Wirkungsgrades von

Feuerstätten berufenen Überprüfungsorgane entsprechend der Abgas- und Emissionsgrenzwertverordnung, LGBl. für Wien Nr. 6/1989, novelliert. Die Neufassung des LGBl. für Wien Nr. 43/1992 erlaubt nun eine Anerkennung der Fachprüfungen anderer Länder unter Beachtung der Gegenseitigkeit. Weiters wurde der Höchsttarif valorisiert (Überprüfungsentgelttarif 1992, LGBl. für Wien Nr. 42/1992).

Zum Wiener Garagengesetz wurde im Rahmen der Bauordnungsnovelle 1992, LGBl. für Wien Nr. 34/1992, die ausnahmsweise Zulässigkeit der Errichtung von Kleingaragen in Abstandsflächen neugefaßt. Eine weitergehende Novellierung im Hinblick auf eine Modifikation der Stellplatzpflicht in zentralen, vorrangig durch öffentliche Verkehrsmittel erschlossenen Bereichen wird vorbereitet.

Zu den fünf über Antrag der Gemeinde auf Grund des Stadterneuerungsgesetzes, BGBl. Nr. 287/1974, erlassenen Verordnungen LGBl. für Wien Nr. 21 bis 25/1991, womit Teilbereiche des 2. Bezirkes zu Assanierungsgebieten erklärt werden, wurde zufolge der Stadterneuerungsgesetz-Novelle 1992, BGBl. Nr. 421/1992, auf neuerlichen Antrag der Gemeinde eine Beschlußfassung der Landesregierung am 22. Dezember 1992 herbeigeführt, die Liegenschaften, insbesondere die die Assanierung nicht hindernden Eigentumswohnhäuser, von der Anwendung der Maßnahmen in den fünf Assanierungsgebieten herausnimmt. Die betreffenden fünf Verordnungen wurden im LGBl. für Wien Nr. 13 bis 17/1993 verlaubar.

Der Immobilienverkehr im 2. Bezirk (Veräußerungen von Liegenschaften, Miteigentumsanteilen, aber auch von Eigentumswohnungen) — allein die natürliche Fluktuation bedingt jährlich etwa 300 Erwerbsvorgänge — beansprucht wie schon im Vorjahr einen enormen Aufwand für die Erteilung individueller Informationen. Auf Grund der Genehmigungspflicht bzw. Überprüfungspflicht, ob befreite Rechtsgeschäfte, z.B. unter Verwandten oder echte Schenkungen, vorliegen, ergaben sich aufwendige Verfahren, wobei die Lockerung des Landesgesetzes über die Gutachterkommissionen durch die vom Landtag am 15. Dezember 1991 beschlossene Novelle, LGBl. für Wien Nr. 60/1991, für Eigentumswohnungen bereits eine Entlastung brachte. In etwa 8 Prozent der Fälle ergaben sich im Zuge der Überprüfung der Preisangemessenheit auf Grund der Gutachten erhebliche Überschreitungen, die in der Regel zu Vertragsanpassungen führten.

Mit Vertretern aller Bundesländer wurden und werden laufend Gespräche über die Angleichung der bautechnischen Vorschriften aller Bundesländer sowie über ein gemeinsames „Österreichisches Institut für Bautechnik“ für den Harmonisierungsprozeß im Rahmen der Europäischen Integration — Vorbereitung der Teilnahme im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft (EG) — geführt. Dazu gelang der Abschluß einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen, die von den Landeshauptmännern am 8. Oktober 1992 unterfertigt, vom Wiener Landtag am 17. Dezember 1992 genehmigt und im LGBl. für Wien Nr. 24/1993 kundgemacht wurde. Zur gleichen Zeit kam nach intensiven Vorberatungen eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über zivilrechtliche Bestimmungen betreffend den Verkehr mit Baugrundstücken zustande, die im LGBl. für Wien Nr. 18/1993 kundgemacht wurde. Diese soll im Hinblick auf den EWR auf Basis der mit der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 276/1992, den Ländern neu zukommenden Kompetenz neben dem Grundstücksverkehr für Ausländer auch den Verkehr mit bebauten oder zur Bebauung bestimmten Grundstücken verwaltungsbehördlichen Beschränkungen unterwerfen und ein vereinheitlichtes zivilrechtliches Instrumentarium gewährleisten. Ein konkreter Regelungsbedarf in Wien wird noch geprüft.

In Vorbereitung auf den EWR wurde weiters eine Novellierung des Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetzes zur Gleichstellung von EWR-Staatsangehörigen mit österreichischen Staatsbürgern als Konzessionswerber vorbereitet. Die Novelle wurde im LGBl. für Wien Nr. 2/1993 verlaubar. Ferner wurde der Entwurf einer neuen Baumaschinen-Emissionswertverordnung auf Grund des Wiener Baulärmgesetzes in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 17/1991 vorbereitet, der im Hinblick auf den EWR aus Europäischen Normen Schalleistungspegel als Grenzwerte übernehmen soll.

Zu den vom Bund und anderen Bundesländern ausgehenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfen war in über 100 Fällen im externen Begutachtungsverfahren Stellung zu nehmen, darunter waren auch straßenpolizeiliche sowie kraftfahrrechtliche Gesetze und Verordnungen zu begutachten. Hervorzuheben sind dabei besonders Entwürfe zu Gesetzen und Verordnungen, die den Transit durch Österreich betreffen (Transitvertrag zwischen Österreich und der EG, der ein Ökopunktesystem vorsieht).

In Vollziehung der Bauordnung hatte die Abteilung als Behörde erster Instanz das Baubewilligungsverfahren für einige bemerkenswerte Bauvorhaben des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, durchzuführen. Als Beispiel sind die Baubewilligungen für den Neubau eines Bundesamtsgebäudes für Bewährungshilfe in 5, Castelligasse 17, die Generalsanierung des Bundesrealgymnasiums in 9, Wasagasse, den Neubau eines Postamtes beim Westbahnhof in 15, Gassgasse 6, die Generalsanierung des Bezirkspolizeikommissariates Floridsdorf und die Erweiterung des Gerichtsgebäudes in 21, Hermann-Bahr-Straße 1—3, für das Landesgericht Wien-Nord, zu nennen. Insgesamt waren über Antrag der Bundesbaudirektion Wien, der Post- und Telegrafendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie der Burghauptmannschaft Wien für mehr als 200 Bauvorhaben die entsprechenden Bauverhandlungen einschließlich Benützungsbewilligungen durchzuführen.

Auf Grund von Ermächtigungen des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr bzw. für den Lan-

deshauptmann sind Eisenbahnvorhaben von der Abteilung zu behandeln. Zu zahlreichen Straßenbahnhaltestellen konnten Bewilligungen für neue transparente Fahrgastunterstände („City-light-Vitrinen“) erteilt werden. Bau- und Enteignungsverfahren waren für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U 3 im 15. Bezirk bis zur Breitenseer Straße zu führen, ebenso Verhandlungen für den Ausbau der U-Bahn-Linie U 6 im Bereich Gürtel bis Floridsdorf.

Weitere Enteignungsverfahren wurden nach dem Stadterneuerungsgesetz und nach der Bauordnung für Wien, insbesondere zum widmungsgemäßen Ausbau von Verkehrsflächen und auch in der Erfüllung der Abtretungsverpflichtung zu öffentlichen Verkehrsflächen im Zuge von Bauplatzschaffungen durchgeführt. Auch Anträge auf Einlösung von Liegenschaften, die durch Umwidmungen der Gemeinde ihre Bebaubarkeit verloren haben oder in den Wald- und Wiesengürtel zu liegen gekommen sind, waren zu bearbeiten. Dies betraf Grundstücke im 19. und 22. Bezirk. Auch über Enteignungsanträge zur Arrondierung von neu zu schaffenden Bauplätzen durch benachbarte Ergänzungsflächen, etwa im 14. Bezirk, war zu entscheiden.

In Beaufsichtigung des Kraftfahrlinienverkehrs wurden im Interesse einer Verbesserung des öffentlichen Verkehrs zahlreiche Verhandlungen zur Überprüfung, Verlegung oder Neuerrichtung von einzelnen Haltestellen durchgeführt, weiters wurden Neuerrichtungen von Kraftfahrlinien oder die Verlängerung bestehender Kraftfahrlinien behandelt.

Die nach dem Kraftfahrgesetz eingesetzten Fahrschulinspektoren haben die Revisionstätigkeit zur Überprüfung der Fahrschulräume und -einrichtungen sowie der ordentlichen und gesetzmäßigen Ausbildung der Führerscheinwerber seit dem Vorjahr intensiviert. Dabei waren Beanstandungen wegen Nichtbeachtung der Einhaltung der Mindestausbildung (14-Tage-Kurse) und der Aushangpflicht der Fahrschulen (vollständige und übersichtliche Anführung der Preise aller Fahrschulleistungen) zu verfolgen sowie die Führung der Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler zu überprüfen. Neben der Überwachung der Fahrschulen war darüber hinaus die Lehrbefähigungsprüfung für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein Regulativ für das Niveau der Fahrschulausbildung.

Im Zusammenhang mit dem Lenkerprüfwesen wurden in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien — Verkehrsamt wieder ganztägige Fortbildungsseminare für neu bestellte Sachverständige für die Lenkerprüfung abgehalten. Diese Seminare verfolgen den Zweck, die neu bestellten Sachverständigen in fachlicher, psychologischer und pädagogischer Hinsicht auf ihre Aufgabe vorzubereiten.

Hervorzuheben ist noch die Mitarbeit der Abteilung im Arbeitskreis „Parkraumbewirtschaftung“ und im „Arbeitskreis betreffend Angelegenheiten der Straßenpolizei“. An der Reform des bestehenden Systems der Verkehrsstrafverfahren der Bundespolizeidirektion Wien in Verkehrssachen wurde weiterhin maßgeblich mitgewirkt. Dazu waren auf Grund der Novelle zum Verwaltungsstrafgesetz, BGBl. Nr. 867/1992, Vorbereitungen zur Anpassung des Kataloges der Strafsätze für Organmandate und Anonymstrafverfügungen für 1993 zu treffen.

Für Luftfahrtveranstaltungen (Schauflüge, Fallschirmabsprünge und dgl.), Außenlandungen und Außenabflüge von Luftfahrzeugen (Hubschrauber, Heißluftballons) außerhalb von Flugplätzen oder Flughäfen waren 1992 gegen 100 Anträge zu behandeln, dazu einige Luftfahrzeugvermietungsbevollmächtigungen.

Für das Donaukraftwerk Freudenau waren nach dem Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz die energierechtliche Konzession und Errichtungsbewilligung zu erteilen. Für den Ausbau des Leitungsnetzes der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke waren Starkstromwege- und energierechtliche Bewilligungen zu verhandeln, dazu Leitungsverlegungen der Gaswerke und Aufgrabungsgenehmigungen für Zwecke der Post- und Telegrafenerhaltung sowie des Fernmeldebauamtes.

Anträge von Hauseigentümern, ob Neu- bzw. Umbauten an Stelle von Althäusern im öffentlichen Interesse liegen, sind wieder einige neu eingebracht worden. Die Feststellungsverfahren sind im Hinblick auf die soziale Situation der betroffenen Mieter und die in Wien bestehende qualitative Wohnungsnot mit besonderer Sorgfalt durchzuführen und bedürfen umfassender Erhebungen, um unredlichen Absiedlungsmethoden entgegenzuwirken.

Baupolizeiliche Instandsetzungsaufträge, die der Erhaltung der Gebäude in gutem und vorschriftsgemäßem Zustand dienen, sowie Abtragungsaufträge bezüglich vorschriftswidriger Bauten führten in über 500 Fällen zu Ersatzvornahmeverfahren. Dazu kamen an die 100 Berufungserledigungen zu Kostenvorauszahlungsaufträgen, Vollstreckungsverfügungen und Kostenersatzvorschreibungen.

Die Abteilung hatte weiters noch über 460 Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, vornehmlich in Verkehrsangelegenheiten, zu behandeln. Allerdings ist die Zuständigkeit für die Entscheidung über Berufungen der seit 1991 neu eingeleiteten Verwaltungsstrafverfahren auf den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien übergegangen, der einen Großteil seines Personals aus der Abteilung und der ehemaligen Verkehrsrechtsabteilung rekrutierte.

Die zu bearbeitenden Berufungsakte in Verkehrssachen betrafen polizeiliche Bescheide, die in nahezu 500 Fällen den Entzug der Lenkerberechtigung und in 42 Fällen die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Gegenstand hatten, sowie in 360 Fällen Kostenbescheide in Angelegenheiten der Entfernung von Hindernissen, insbesondere der Abschleppung von Fahrzeugen.

Rund 120 Fälle betrafen Berufungen in Administrativverfahren für die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen bzw. diesbezügliche Entfernungsaufräge, weiters Feuerpolizeianglegenheiten, insbesondere wegen Heizverbo-

ten, aber auch Aufträge auf Instandsetzung von Gassteigleitungen in Wohnhäusern. Hier waren die Entscheidungen für den Berufungssenat der Stadt Wien vorzubereiten.

Magistrats- und Bundesdienststellen haben der Abteilung über 600 Einladungen zu Besprechungen, darunter auch zu Ortsverhandlungen in Verkehrsangelegenheiten, übermittelt, denen Folge zu leisten war. In Länderkonferenzen betreffend Verkehrsbelange, wie z.B. in der StVO-Konferenz, Kraftfahrreferentenkonferenz, im Kraftfahrbeirat und in Fahrschultagungen, die von allen Bundesländern besickt werden, waren die Interessen des Landes Wien zu vertreten, ebenso beim Kuratorium für Verkehrssicherheit. In etwa 200 Fällen waren Stellungnahmen zur Europäischen Integration in bezug auf das Bauwesen, den Abbau technischer Handelshemmnisse, Notifikationsverfahren vor Erlassung technischer Vorschriften sowie die Regelung des Grundverkehrs mit Baugrundstücken abzugeben, vor allem im Hinblick auf den für 1993 zu erwartenden Abschluß eines Übereinkommens zur Begründung des EWR, der die EG- und die EFTA-Staaten umfassen soll. Ferner waren zahlreiche Rechtsgutachten, sei es für die Baupolizei, sei es für die verkehrstechnische Abteilung, abzugeben. Stellungnahmen und Gutachten im Verfahren zu Neufestlegungen und Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen ergaben sich in nahezu 200 Fällen. Grundabteilungen zur Schaffung von Bauplätzen, Abtretungen von Verkehrsflächen, sonstige Parzellierungen, Liegenschaftsteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen waren in ungefähr 1.400 Fällen zu behandeln, in etwa derselben Zahl Gerichtsbeschlüsse der Grundbuchgerichte über solche Grundabteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen zu überprüfen. Schließlich waren im Jahre 1992 auf Grund von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof in 109 Fällen — größtenteils noch in Verkehrsstrafangelegenheiten — Gegenschriften zu verfassen und die belangten Behörden bei Verhandlungen vor den Gerichtshöfen zu vertreten.

Statistisches Amt der Stadt Wien

Die Durchführung der *Großzählung* aus dem Jahre 1991 hatte im Jahre 1992 noch umfangreiche Nachbearbeitungen zur Folge. Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen mußte geklärt werden, in welcher Gemeinde sich der eigentliche ordentliche Wohnsitz befindet. Strittige Wohnsitzfälle waren mit den Gemeinden zu klären. Gegenüber der Volkszählung 1981 erfolgte das Hörverfahren bei der Volkszählung 1991 institutionalisiert. Nach dem § 6a Abs. 2 des Volkszählungsgesetzes, BGBl. Nr. 199/1980, in der Fassung BGBl. Nr. 149/1990, konnten Gemeinden mit Hilfe von Berichtigungsbegehren (Reklamationsverfahren) die Zurechnung von Einwohnern verlangen, die in ihrer Gemeinde Ergänzungsblätter (weiterer Wohnsitz) und in einer anderen Gemeinde Personenblätter (ordentlicher Wohnsitz) abgegeben hatten. Ebenso war das Österreichische Statistische Zentralamt laut § 6a Abs. 3 berechtigt, bei Personen eine Überprüfung der Wohnsitzangaben „von Amts wegen“ (Ex offo-Verfahren) durchzuführen. In beiden Fällen mußte die betroffene Gemeinde gehört werden.

Grundlage für die Einleitung eines Berichtigungsbegehrens waren die Angaben im Ergänzungsblatt. In Wien wurden von 104.171 Personen Ergänzungsblätter ausgefüllt. Von diesen wurde in 38.236 Fällen die Zurechnung für Wien im Rahmen des Berichtigungsbegehrens verlangt. Andere Gemeinden stellten in 16.757 Fällen Berichtigungsbegehren, die sich auf Personen bezogen, die in Wien ein Personenblatt abgegeben hatten. Während zu den 38.236 Wiener Berichtigungsbegehren die anderen Gemeinden gehört werden mußten, hatte Wien zu den 16.757 Berichtigungsbegehren der anderen Gemeinden Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme erfolgte in Form eines Stellungnahmebogens, in dem die Gemeinden eine Reihe von Fragen (Art der Unterkunft, Aufenthaltsdauer in dieser Unterkunft, Mitbewohner, Arbeits- bzw. Schulweg, Arbeits- bzw. Schulort, weitere berufliche Tätigkeiten, Ort des Kindergartens bzw. der Schule der Kinder, gesellschaftliche Betätigungen in der Gemeinde) zu klären hatten.

Die ersten Berichtigungsbegehren von anderen Gemeinden wurden Wien im November 1991 übermittelt. Bis Ende Februar 1992 hatte Wien erst 8.310 Berichtigungsbegehren zur Stellungnahme erhalten. Die letzten Berichtigungsbegehren anderer Gemeinden erhielt Wien Ende Mai 1992. Zu den Berichtigungsbegehren mußte innerhalb drei Wochen — Fristerstreckung war möglich — Stellung genommen werden. In diesem Verfahren hatte Wien entweder die Argumente der Einspruchsgemeinde zu entkräften oder als gerechtfertigt anzuerkennen. Um die Wohnsitzverhältnisse aufzuklären, wurden die Einwohner entweder vorgeladen bzw. telefonisch interviewt oder durch Nacherhebungsorgane befragt. Die Bevölkerung wurde mit zunehmender Entfernung vom Erhebungsstichtag 15. Mai 1991 immer unwilliger, auf die Wohnsitzsituation zum Erhebungsstichtag Auskunft zu geben. In manchen Fällen konnten die Personen nicht mehr angetroffen werden, da sie verstorben bzw. verzogen waren. Da die Angaben am Ergänzungsblatt in der Regel Grundlage für das Berichtigungsbegehren, aber auch für die Stellungnahme waren, war es wesentlich, wer die Fragen beantwortet hatte und ob sie auch wahrheitsgetreu ausgefüllt worden sind. In vielen Fällen wurden von den betroffenen Personen bei Vorladung bzw. telefonischer Kontaktaufnahme die Angaben am Ergänzungsblatt angezweifelt, als manipuliert und in Extremfällen sogar als falsch bezeichnet. Dies bedeutet, daß in vielen Fällen eine objektive Feststellung des Zählwohnsitzes (Mittelpunkt der Lebensbeziehungen) bei Personen mit mehreren Wohnsitzen Monate nach dem Erhebungsstichtag nur mehr schwer möglich war.

Im Zuge der Aufarbeitung der Zählpapiere im Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖSTAT) wurden die Angaben über eine Person im Personenblatt und in der Zählungsliste dahingehend überprüft, ob der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen eindeutig bestimmbar ist. Wenn auf Grund von widersprüchlichen Angaben in den Zählpapieren und bei Verdacht auf Nichtexistenz einer Person der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen von den Bearbeitern des ÖSTAT nicht eindeutig am Abgabort des Personenblattes feststellbar war, wurde dieser Fall zur Wohnsitzüberprüfung der Gemeinde übermittelt (Hörverfahren von Amts wegen). Eine Wohnsitzüberprüfung von Amts wegen wurde in der Regel vom ÖSTAT bei Doppelzählungen, bei Ersatzausfüllungen ohne Begründung und bei nicht den Zuordnungsregeln entsprechender Ausfüllung des Personenblattes eingeleitet. Die ersten Wohnsitzüberprüfungen von Amts wegen wurden Wien erst Anfang April 1992 zur Stellungnahme übermittelt. Insgesamt mußten bei 42.615 Personen Wohnsitzüberprüfungen durchgeführt werden. Die Hauptmasse der Wohnsitzüberprüfungen war in den Sommermonaten Juni, Juli, August und September 1992 zu bearbeiten, ein Zeitraum, der für eine ordnungsgemäße Abwicklung von Wohnsitzüberprüfungen sehr ungeeignet ist. Mitte Oktober 1992 erhielt Wien die letzten Fälle zur Wohnsitzüberprüfung.

Wie bei der Behandlung der Wohnsitzberichtigungsbegehren anderer Gemeinden wurden in Wien die zu überprüfenden Personen vorgeladen bzw. telefonisch interviewt. In etwa 80 Prozent der Fälle hatten die zu überprüfenden Personen tatsächlich den Mittelpunkt der Lebensbeziehungen in Wien. Eine große Zahl von Ersatzausfüllungen ließ sich dadurch aufklären, daß die betreffende Person während der Erhebungsphase auf Urlaub, im Spital bzw. vorübergehend im Ausland beschäftigt war. Manche widersprüchlichen Angaben in den Zählpapieren waren auf Ausfüllungsfehler und Sorglosigkeit der Befragten zurückzuführen. In vielen Überprüfungsfällen wurde bei verheirateten Personen festgestellt, daß kein gemeinsamer Wohnsitz vorhanden war. Bei Ausländern konnte sehr oft die Wohnsitzsituation nicht mehr aufgeklärt werden, da sie bereits verzogen waren.

Die Wohnsitzüberprüfung wurde vor allem durch die Tatsache erschwert, daß die Verhältnisse zum Erhebungsstichtag über ein Jahr später rekonstruiert werden mußten. Viele betroffene Personen reagierten in verständlicher Weise daher sehr ungehalten.

Am 18. Dezember 1992 gab das Österreichische Statistische Zentralamt erste endgültige Ergebnisse der Großzählung 1991 bekannt.

Ergebnisse der Volks-, Häuser- und Wohnungszählung 1991 nach Bezirken

Bezirk	Gebäude	Wohnungen			Einwohner mit Hauptwohnsitz		
		insgesamt	mit	ohne	insgesamt	Inländer	Ausländer
			Hauptwohnsitz von Einwohnern				
1	1.582	11.259	9.276	1.983	18.002	15.957	2.045
2	5.220	48.593	43.920	4.673	93.542	75.190	18.352
3	3.837	48.507	42.134	6.373	84.500	71.946	12.554
4	1.589	18.620	15.725	2.895	31.410	27.070	4.340
5	2.094	30.507	26.221	4.286	51.521	41.277	10.244
6	1.504	17.264	14.858	2.406	30.298	25.265	5.033
7	1.801	17.859	15.277	2.582	30.396	25.261	5.135
8	1.215	14.316	11.770	2.546	23.850	20.656	3.194
9	2.073	25.394	20.477	4.917	40.416	34.439	5.977
10	12.440	82.589	71.862	10.727	147.636	129.530	18.106
11	6.476	33.518	30.469	3.049	66.881	61.081	5.800
12	6.739	44.295	39.479	4.816	79.592	68.673	10.919
13	9.950	29.240	25.062	4.178	54.909	51.593	3.316
14	12.507	46.560	38.786	7.774	80.822	72.448	8.374
15	3.037	39.179	34.696	4.483	69.309	52.953	16.356
16	6.653	53.216	45.099	8.117	88.931	72.009	16.922
17	5.846	30.865	24.953	5.912	50.944	41.268	9.676
18	4.636	29.188	24.223	4.965	49.761	42.911	6.850
19	8.366	38.873	33.157	5.716	67.377	61.452	5.925
20	2.469	39.540	35.603	3.937	71.876	58.955	12.921
21	16.892	61.535	54.901	6.634	119.415	113.789	5.626
22	22.488	53.029	45.456	7.573	106.589	102.687	3.902
23	14.279	39.145	35.558	3.587	81.871	76.786	5.085
Wien	153.693	853.091	738.962	114.129	1,539.848	1,343.196	196.652

Im Rahmen des Mikrozensus wurden wie jedes Jahr vierteljährlich, und zwar im März, Juni, September und Dezember, an rund 4.000 Adressen Erhebungen mit einem Fragebogen durchgeführt. Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, die den Zweck hat, im Zeitraum zwischen zwei Volkszählungen laufend aktuelle Daten über die Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur in Wien zu erhalten. Diese Erhebung wird in allen Bundesländern durchgeführt, die Fragebögen werden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt erstellt und den Ländern übermittelt. Der Fragebogen besteht aus einem bis 1994 gleichbleibenden Grundprogramm, mit dem Personen-, Haushalts- und Wohnungsdaten erfaßt werden, sowie aus einem Sonderprogramm, das jeweils eine andere Thematik behandelt. Im Jahre 1992 wurden folgende Sonderprogramme erhoben:

- März — Erweiterte Wohnungserhebung, Zeitverwendung
- Juni — Arbeitskräfteerhebung
- September — Erreichbarkeit, Zeitverwendung
- Dezember — Kultur und Freizeit

Das Sonderprogramm „Erweiterte Wohnungserhebung“ wird jedes Jahr im März durchgeführt. Im März konnte das Grundprogramm an 3.129 Adressen (77 %), im Juni an 3.129 (76 %), im September an 3.185 (74 %) und im Dezember an 3.111 (76 %) durchgeführt werden.

Im Jahre 1992 waren folgende agrarstatistische Erhebungen durchzuführen:

- Schweinezwischenzählung mit Stichtag 3. März (Stichprobenerhebung — 50 Betriebe) und 3. September (Stichprobenerhebung — 135 Betriebe)
- Schweine- und Rinderzwischenzählung mit Stichtag 3. Juni (Stichprobenerhebung — 50 Betriebe)
- Erhebung des Anbaues auf dem Ackerland (Anbaustichprobe) mit Stichtag 3. Juni (223 Betriebe)
- Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität mit Stichtag 30. November (Vollerhebung — 295 Betriebe)
- Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 3. Dezember (Stichprobenerhebung — 144 Betriebe).

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik wurden sämtliche Wiener Standesfälle (Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle) bearbeitet. Bei den Todesfällen erfolgte die Vercodung der Todesursachen nach der „Internationalen Klassifikation der Krankheiten“, wobei oftmals langwierige Nacherhebungen angestellt werden mußten. Von den Geburten wurden ebenfalls wichtige, gesundheitsstatistische Daten erfaßt. Besondere Beachtung erfuhren verstorbene Säuglinge, Totgeburten, Unfallopfer und Selbstmorde. Die monatlichen Auswertungen der aktuellen Ergebnisse und ein umfangreicher Jahresbericht sind für einige Dienststellen (Stadtplanung, Gesundheitsamt, Schulverwaltung, Verkehrsorganisation) wichtige Arbeitsgrundlagen. In Zusammenarbeit mit der MA 18 wurde ein Bericht zur aktuellen Bevölkerungsentwicklung erstellt, der neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auch die Wanderungsergebnisse analysierte.

In der Gesundheitsstatistik konnten erstmals nach Inkrafttreten der Änderung des Krankenanstaltengesetzes im Jahre 1988 wieder Daten aus der Krankenanstaltenstatistik publiziert werden. Aus den vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden Statistiken über das ärztliche und das Pflegepersonal, den Bettenstand und die durchschnittliche Belagsdauer, gegliedert nach der Art der Krankenanstalten, für die Jahre 1989 und 1990 errechnet. Außerdem wurde die auf Grund der geänderten Diagnoseerfassung umgestellte Spitalsentlassungsstatistik für 1989, die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt auf Bundesländerebene zur Verfügung gestellt wurde, bearbeitet und veröffentlicht. Zur Verbesserung der Statistik über selbständige und Anstaltsambulatorien wurden erste Vorarbeiten durchgeführt und Besprechungen abgehalten. Der „Wiener Todesursachenbericht 1992“ enthielt neben der ausführlichen Auswertung der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht der Verstorbenen und jener der Todesursache im Textteil die Beschreibung der aktuellen Entwicklungstendenzen und eine Analyse über den Verlauf von Sterblichkeit und Lebenserwartung in den Bundesländern seit 1960.

Die Ergebnisse des Mikrozensus-Sonderprogramms vom März 1991 über „Umweltbedingungen von Wohnung und Arbeitsplatz“ stellten eine besondere Bereicherung für die Umweltstatistik dar. Erstmals konnten damit nicht nur wohnungs-, sondern auch personenbezogene Aussagen über die Betroffenheit von Lärm- und Geruchsbelästigungen gemacht werden. Im Bereich der Abfallstatistik war es möglich, bei der Altstoffsammlung umfassendere Daten anzubieten.

Im Rahmen der Wohnbaustatistik waren wie jedes Jahr die statistischen Erhebungsformulare, und zwar die Baubewilligungsmeldungen über Neu- und Umbau, die Fertigstellungsmeldungen über bezugsfertige Wohnungen und die Meldungen über Wohnungsabgänge durch Revitalisierungs- und Sanierungsmaßnahmen, durch Wohnungszusammenlegung, Umwidmung und Abbrüche, zu bearbeiten. In weiterer Folge mußten in beiden Baufortschrittsverzeichnissen (laufendes und besonderes Baufortschrittsverzeichnis) entsprechende Kontrollarbeiten durchgeführt werden. Um verbesserte, aktuelle Zahlen über die Wiener Wohnbautätigkeit zu erhalten, wurde immer wieder mit allen Dienststellen der Baupolizei, dem Bauwerber, aber auch mit dem Verband der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigung mündlich oder schriftlich Kontakt aufgenommen. Die im Jahre 1992 gemeldeten zugehenden (rund 6.500) und abgehenden (rund 3.000) Wohnungen wurden nach zahlreichen Merk-

malen, wie Bauherr, Datum über den Eingang der Baubewilligung und Fertigstellung, Wohnbauförderung, Ausstattung, Garagenflächen, Einstellplätze, Schutzräume usw., erfaßt und ausgewertet, dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt und veröffentlicht.

Auch 1992 wurde der alljährliche Bericht über den Fremdenverkehr erstellt. Die Meldungen der Wiener Fremdenverkehrsbetriebe (Ankünfte und Nächtigung der Gäste) wurden mittels PC erfaßt und EDV-mäßig ausgewertet. Die Fremdenverkehrsstatistik wird monatlich dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie weiteren Institutionen übersandt. Eine wesentliche Verbesserung der Datenaktualität wurde durch die 1992 realisierte einzelbetriebliche Hochrechnung fehlender Betriebsmeldungen erreicht. Dadurch wird die Nichtberücksichtigung verspätet einlangender Meldungen durch das Österreichische Statistische Zentralamt, die eine statistische Nächtigungsdifferenz von rund 300.000 Nächtigungen für Wien verursachte, in Zukunft vermieden. Einmal jährlich erfolgt mit Stichtag 31. Mai die Erhebung der Ausstattungsdaten der Betriebe mittels Bestandsbögen. Sie umfaßt qualitative Kriterien bezüglich sanitärer und heizungstechnischer Ausstattung der Zimmer und deren Bettenausstattung. Weiters werden der Öffnungszeitraum und die Kategorie erfaßt. 1992 wurden in Wien 342 Fremdenverkehrsbetriebe gezählt; 210 davon waren Hotels, 101 Pensionen und 31 Studentenheime (Saisenhôtels).

Für die Gewinnung des Österreichischen Verbraucherpreisindex waren 1992 in 285 Geschäften monatlich 5.800 Einzelpreise von Bediensteten des Marktamtes zu erheben. In Absprache mit dem Marktamt erfolgten die Aufarbeitung und Kontrolle der monatlichen Preismeldungen durch das Statistische Amt der Stadt Wien. Neben diesen Aufgaben mußten die Interessen Wiens bei den Sitzungen des örtlichen Wiener Preiskomitees und des zentralen Redaktionskomitees vertreten werden. Vom Referat für Preisstatistik waren in zahlreichen Anfragen Auskünfte über den Verbraucherpreisindex und Wertsicherungsklauseln zu geben. Da mit 1. Jänner 1993 die Preiserhebungen für den Verbraucherpreisindex in den 285 Geschäften vom Marktamt dem Statistischen Amt übertragen wird, mußten seit September 1992 umfangreiche Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden. Diese Vorbereitungsarbeiten umfaßten die Anwerbung von Preiserhebungsorganen, die Einteilung Wiens in Erhebungssprengel, die Zuordnung der Sprengel zu den Erhebungsorganen, die Ausarbeitung von Werkverträgen und die Gestaltung eines Ausweises für die Preiserhebungsorgane.

Von der Umstrukturierung der Statistik des Sozialwesens war am stärksten die Jugendwohlfahrt betroffen; die Daten über Vormundschaft, Sachwalterschaft sowie familienfördernde Maßnahmen wie die Pflege und Erziehung von Kindern und Jugendlichen wurden neu erfaßt und umstrukturiert dargeboten. Die neue Gesetzeslage ermöglichte eine einheitliche Bundes- und Landesstatistik sowie die automatische Verarbeitung von Landeszahlen durch Bundesdienststellen. Dabei wurde dem sozialpädagogischen Auftrag sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene im Sinne der Jugendfürsorge besonders Rechnung getragen.

Weil einige geplante Dokumentationen in den vergangenen Jahren nicht erstellt werden konnten, konzentrierte sich die Arbeit des Referates Kulturstatistik auf neue Erfassungs- und Aufbereitungsmodalitäten — vor allem im Medienbereich. Auch wurde verstärkt nach legislatorischen Möglichkeiten bzw. Maßnahmen gesucht, um die Erfassung von Daten zu vereinfachen, Widerstände abzubauen und eine zu aufwendige Administration zu vermeiden.

Ein Novum in der Schulstatistik stellt die Aufnahme einer Tabelle über die Verteilung der Schüler/innen der 5. bis 8. Schulstufe auf Hauptschule, Sonderschule und AHS-Unterstufe in das „Statistische Jahrbuch“ dar. Diese Zeitreihe von 1960/61 bis 1990/91 ist nach Bezirken gegliedert. In der Hochschulstatistik wurden im Einklang mit hochschulpolitischen Entwicklungen bei den Absolventen die Erst- bzw. Zweitabschlüsse berücksichtigt, wodurch verlässlichere Aussagen über die tatsächliche Zahl der Absolventen möglich waren.

Die Reihe des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien“ (Ausgabe 1991) wurde auch im Jahre 1992 fortgesetzt. Diese Publikation umfaßt die wichtigsten Angaben (Statistiken) aus nahezu allen Bereichen der Wiener Wirtschaft sowie des Wiener kommunalen Lebens. Das Statistische Jahrbuch erschien im Dezember 1992 in einer Auflage von 1.000 Stück. Die 425 Tabellenseiten wurden in 26 Kapitel aufgeteilt. Zur besseren Verständlichkeit der publizierten Daten wurden 12 Farbtafeln (Witterung, Bevölkerung, Umwelt, Verkehr, Beschäftigte und das Wiener Budget) angefertigt. In sechs Farbkarten wurde für bestimmte Bereiche (Flächenwidmung, Abfallbehandlungs- und Sammeleinrichtungen, Wärmeversorgung, Pensionisten- und Pflegeheime, Tagespendler nach Wien und Bildungsstruktur) die räumliche Verteilung der Daten anschaulich wiedergegeben. Zur Erleichterung der Lesbarkeit wurde den Tabellenzeilen erstmals ein Raster unterlegt.

Das Statistische „Taschenbuch der Stadt Wien“ für das Jahr 1991 umfaßt 143 Seiten und ist in 20 Kapitel gegliedert. Es stellt eine Zusammenfassung des Statistischen Jahrbuches dar und erscheint ein halbes Jahr früher als das Jahrbuch, um möglichst früh die neuesten statistischen Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Vergleich zum Statistischen Jahrbuch enthält es zusätzlich Tabellen über Wien und andere österreichische Städte, weiters Rechenmaterial über die Stellung Wiens in der Ostregion sowie eine Gegenüberstellung von Wien und anderen europäischen Metropolen, wobei 1991 Budapest besonders hervorgehoben wurde.

Die „Statistischen Mitteilungen“, eine Vierteljahresschrift der Abteilung, enthalten Fachartikel, einen ausführlichen Tabellenteil und fallweise Rezensionen von Fachliteratur. 1992 erschienen folgende Artikel:

- Die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen am 10. November 1991 in Wien
- Der Tourismus in Wien
- Mailand — Wien: Zwei Metropolen
- Die Bundespräsidentenwahl in Wien am 26. April und 24. Mai 1992
- Schulen in Wien — Innere Struktur des Schulwesens

Die Zeitschrift erschien pro Quartal in einer Auflage von 750 bis 850 Stück hergestellt.

Als Sonderpublikation wurde eine Analyse mit Tabellen über die Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen (Auflage 1.000 Stück) vom 10. November 1991 herausgegeben.

Die Publikation „Die Verwaltung der Stadt Wien“ wurde in einer Auflage von 700 Exemplaren im Dezember 1992 veröffentlicht. Der Verwaltungsbericht über das Jahr 1991, der mit zahlreichen Fotos und einem Sachregister ausgestattet war, gab auf 379 Seiten Auskunft über die Maßnahmen der Stadtverwaltung, der städtischen Unternehmungen, des Wiener Fremdenverkehrsverbandes sowie der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien.

Die Broschüre „Wien in Zahlen“ wurde 1992 in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Ungarisch und Tschechisch aufgelegt. Diese Zahlenübersicht gibt auf 16 Seiten eine kurze Information über die wichtigsten Lebensbereiche dieser Stadt. Die Broschüre erschien Ende 1992 in einer Auflage von 55.000 Stück.

In den „Statistischen Schnellberichten“ wurden monatlich die wichtigsten, aktuellen Wirtschaftskennziffern bekanntgegeben. Zahlreiche Anfragen aus den Bereichen der Stadtplanung und der Sozialforschung wurden durch Abfragen und Auswertungen aus der ISIS-Datenbank des Österreichischen Statistischen Zentralamtes oder der WIPLAN-Datenbank der MD-ADV beantwortet, wobei sich das Interesse auf kleinräumige Daten konzentrierte.

Der Bücherbestand in der „Statistischen Fachbibliothek“ betrug am Ende des Jahres 8.933 Bände, wobei während des Jahres 1992 allein 470 Bücher und Zeitschriften katalogisiert wurden. Nur ein geringer Teil dieser Neuerwerbungen gelangte durch Kauf, der überwiegende Teil durch Tausch in den Besitz der Abteilung. Mit 150 Stellen des In- und Auslandes wurde regelmäßig ein Tauschverkehr unterhalten, der zur Aktualisierung der Bestände noch weiter beitrug. Im statistischen Archiv wurden die Unterlagen für die Publikationen der Abteilung sowie zur Information öffentlicher Dienststellen, Mandatare und privater Personen gesammelt, geordnet und abgelegt.

Um die Durchführung der Preiserhebung für den österreichischen Verbraucherpreisindex mit 1. Jänner 1993 durch die Abteilung sicherzustellen, wurde im September 1992 eine Projektgruppe „Preiserhebung“ gegründet, die die notwendigen Vorarbeiten vorzubereiten hatte.

Im EDV-Bereich wurde neben der Erstellung weiterer Statistik- und Auswertungsprogramme die Software der Bevölkerungsstatistik neu dokumentiert.

An den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der Abteilung nahmen im Jahre 1992 an der 82. und 83. Sitzung des Fauchausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 10. und 11. März in Eisenstadt und am 7. Oktober in Wels, an der 18. Konferenz der Regional- und Städtestatistiker (SCORUS) von 5. bis 9. April in Prag, an der Statistischen Woche 1992 von 21. bis 25. September in Braunschweig sowie an der 27. Kommunalstatistischen Tagung am 8. und 9. Oktober in Wels teil.

Am 15. Juni 1992 fand die 3. Sitzung des statistischen Beirates für Wien statt. Als Tagesordnungspunkte wurden behandelt: die Übermittlung von anonymisierten Einzeldaten der KFZ-Zulassungen, die Planung einer Umwelterhebung sowie der Bericht über den Ablauf der Großzählung 1991 in Wien.